DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

322/323 28. JAHRGANG Juli/August 2011

4,50 €

VOR 75 JAHREN BRACH DER SPANISCHE BÜRGERKRIEG AUS

Geschichte wird gemacht

Für alle libertäre Menschen ist bis heute die Spanische Revolution von 1936 ein Hoffnungsschimmer. Gleichzeitig gibt es wohl kaum eine soziale Revolution, die so gut dokumentiert und mit einer Fülle von Publikationen – aus unterschiedlichen Sichtweisen – präsent ist, wie jene drei Jahre in Spanien. Trotz aller (scheinbaren) Geschichtsverdrossenheit der jüngeren Generation lohnt es an jene Zeit zu erinnern. Nicht nur, weil es ein Teil unserer Geschichte ist, sondern auch, trotz der letztlichen Niederlage, ein Beispiel dafür ist, dass die Soziale Revolution auch funktionieren kann. Unsere Utopien schwirren nicht im luftleeren Raum umher.

Gedenkmarsch für die Internationalen Brigaden 2011 Foto: Alvaro Minguito

Von Jochen Knoblauch ● Als im Juli 1936 General Francisco Franco gegen die gewählte Regierung der Zweiten Spanischen Republik putschte, beschlossen Linke und AnarchistInnen sich dazu, die Republik zu verteidigen. In ihrer Hochburg Katalonien übernahmen sie, ganz gegen ihre Prinzipien, die Macht und setzten gleichzeitig ihre soziale Ideen um. Mit dem Zweifrontenkrieg wurde die anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT allein gelassen. Während die Putschisten, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, von Nazi-Deutschland und dem faschistischen Italien unterstützt wurden, verweigerte die Internationale Gewerkschaftsbewegung den spanischen GenossInnen offiziell ihre Unterstützung – ein unrühmliches Kapitel. Um so stärker sammelten sich die unterschiedlichsten Individuen in den Internationalen Brigaden zur Unterstützung der Republik und der Sozialen Revolution.

Das Ende des Bürgerkrieges im April 1939 war zugleich das Ende der Sozialen Revolution. Der Putschist Franco, verantwortlich für ca. 500.000 Opfer während des dreijährigen Bürgerkrieges, sowie zahlloser Opfer während seiner Diktatur, die bis zu dessen Tod 1975 andauerte, starb selbstgefällig im eigenen Bett. Dazu kam 1939 eine Flüchtlingswelle aus Spanien, die für einige SpanienkämpferInnen – etwa jenen aus Deutschland – in Konzentrationslagern endete.

Jahrzehntelang wurde das Erinnern an die Opfer des Spanischen Bürgerkrieges durch das Franco-Regime einseitig bestimmt. Noch bis vor einigen Jahren hat sich niemand um tausende von vermissten und verscharrten Opfern gekümmert. Während allmählich die Überlebenden immer weniger werden, wird die Chance den bisher unbekannten Opfern noch gerecht zu werden, immer geringer. Schon allein dieses nachhaltig verordnete Stillschweigen über die Menschen, die für eine gerechtere und sozialere Gesellschaft ihr Leben ließen, darf nicht hingenommen werden. Ein Erinnern an die Spanische Revolution bedeutet auch ein Erinnern an die bisher immer noch namenlos verscharrten Opfer.

Und sicherlich gibt es auch Kritik an den Ereignissen von 1936-39, über die sich die HistorikerInnen seit vielen Jahren streiten. Diese sollten wir ernst nehmen, zumal, wenn wir selbst aus der Historie lernen wollen.

Daneben bleibt aber festzuhalten, dass die AnarchistInnen, dort, wo sie aktiv waren, eben kein Chaos angerichtet haben, sondern dafür sorgten, dass es Strom gab, dass die Straßenbahnen auch weiterhin fuhren, usw. Selbst unter den widrigen Umständen eines Bürgerkrieges waren die Menschen in der Lage, ihren Alltag zu organisieren. Es ging nicht nur um ein Überleben, es wurden die Weichen in eine gerechtere Gesellschaftsordnung gestellt, ohne ein Elitesystem, ohne eine Parteidiktatur. Ein anderes Leben ist möglich! Das lehren uns heute immer noch die spanischen Ereignisse von damals.

Die jüngsten Ereignisse in Nordafrika, sowie die Protestbewegungen – von den Anti-GlobalisierungsgegnerInnen bis zu den Protesten gegen die Euro-Diktatur in Griechenland und Spanien – zeigen deutlich, dass es mitunter nur wenig bedarf, um einen Umsturz, bzw. ein Umdenken bei den Menschen zu bewirken. Die Spanische Revolution zeigt uns, dass es eben nicht nur reicht, die Regierungsparteien auszutauschen, sondern es nötig ist, sich eben ganz von diesem System zu trennen. Die Selbstorganisation ist möglich. Und so wie Hans Jürgen Degen in seinem Artikel in dieser Ausgabe den Satz zitiert »Man macht nicht zweimal dieselbe Revolution«, genauso steht der Satz von Andreas W. Hohmann »Eine andere Welt wäre möglich gewesen« – aber eben nicht nur damals in Spanien, nein, sie ist es immer noch und überall.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

Eine andere Welt wäre möglich gewesen
Die Kollektivierung in Spanien
– Eine Kollektivierung von unten Seite 7

Frauen im Spanischen Bürgerkrieg Seite 8

Dossier 1936:
Die schwarz-roten Straßenbahnen von Barcelona Seite 9

Barcelona in Flammen
Innenansichten aus der spanischen Revolution Seite 9

Geist der Revolte
»Man macht nicht zweimal dieselbe Revolution« Seite 10

Mythos & Hoffnung
Um Spaniens Freiheit... Seite 10

Nürnberg:
Ausstellung »Pueblo en Armas« Seite 10

AUS DEM INHALT:

AUSSORTIERT

Der frisch gegründeten »hngeno eG« wurde durch die für den Verkauf zuständige Primondo Speciality Group eine Absage für den Kauf von hess natur erteilt. Die »hngeno eG« möchte jedoch an den Verhandlungstisch zurückkehren. Seite 2

SELBSTORGANISATION

Seit Mitte Mai 2011 besetzen Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen die Stadtzentren in über 60 Städten Spaniens. Was als spontanes Experiment einiger AktivistInnen begann, entwickelte sich innerhalb weniger Tage zur Massenbewegung, die bis heute anhält. Die von der »Euro-Diktatur« betroffenen Menschen Südeuropas haben erkannt, dass ihre Regierungen und auch alle am demokratischen Prozess beteiligten Parteien nicht nur ein in sich korruptes System aufgebaut haben, sondern mittlerweile auch nur noch Marionetten-Regierungen der reichen Industriestaaten sind. Und, dass alle sogenannten EU-Rettungschirme letztendlich nur dem für die Wirtschaft dringend notwendigen Euro dienen. Diese benötigen dringend unsere Solidarität. Seite 3

AUTONOMES ZENTRUM KÖLN

Es steht noch da, das Autonome Zentrum in Köln-Kalk, als wäre nichts geschehen. Geschehen ist aber eine Menge, seit dem das Haus vor über einem Jahr besetzt wurde (siehe Contraste Nr. 312, September 2010). Nicht nur die zahlreichen Veranstaltungen politischer, kultureller, feierlicher und vor allem unkommerzieller Art, oder die Fahrradwerkstatt, der Umsonstladen, die Bücherei und der Infoladen sind etwas Besonderes, auch die Tatsache, dass das Haus noch steht, ist außergewöhnlich. Seite 4

DIE KINDER DES SISYFOS

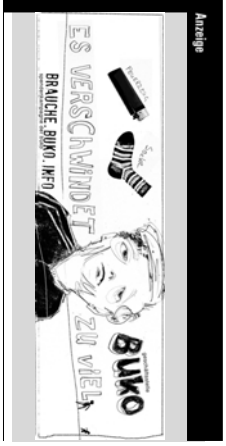
In seinem Zeitroman schildert Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989. Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die LeserInnen an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Der Autor hat zur Gründung des »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt« mit seinen bis zu 30 lokalen Werkstätten beigetragen und in ihnen mitgearbeitet. In über 60 Taschenbüchern und ungezählten Basispublikationen veröffentlichten Arbeiterautoren und ihre bürgerlichen Helfer realistische Informationen aus der Arbeitswelt. Die vierte Folge unserer Artikelserie auf Seite 5.

KOLLEKTIVE

Arbeitsgemeinschaften sind im Baugewerbe keine Seltenheit. Allerdings schließen sich dort vornehmlich Unternehmen zur Abwicklung großer Bauprojekte zusammen. Dass es auch anders geht, zeigte eine Arbeitsgemeinschaft aus der Altmark. Seite 12

www.contraste.org

D 8008



Anzeige

LOS GEHT'S 2011

Das Hubenthalhof-Experiment

In nicht-kommune Kreisen gibt es für die Art von Vorschlägen, die den Orga-Leuten bei unserem ersten Vorbereitungstreffen für das »Los Geht's 2011« stellvertretend von Steffen aus Niederkaufungen vorgelegt wurden, eine Redewendung: Das ist doch eine Schnapsidee!

Von Matthias Zellmer, Kommune Waltershausen (KoWa) ● Trotz latenter Skepsis, ließ sich das Orga-Team auf die Idee ein, das Treffen für Kommune-Interessierte in diesem Jahr nicht in einer bestehenden Gemeinschaft stattfinden zu lassen, sondern auf dem Hubenthalhof in Oberkaufungen. Einem alten Gutshof, der seit längerer Zeit sich selbst und damit dem Verfall, sowie den überwuchernden Kräften der Natur überlassen worden war.

Jedoch gab es bei der Idee noch ein weiteres Detail, welches sie in den Augen vieler erst recht zu einer Schnapsidee machte: Das *Los Geht's* sollte für jene Menschen, die es sich vorstellen konnten, zu einem konkreten Gründungstreffen der noch nicht existenten Hubenthalhof-Gruppe werden. Frei nach dem Prinzip: »Wer will, kann nach dem *Los Geht's* gleich da bleiben.«

Doch bevor an Pfingsten gut 300 Menschen den alten Gutshof und sein etwa 10.000 qm großes Gelände mit Leben füllten, galt es das Areal innerhalb von zwei Arbeitswochen und zum Teil mit schwerem Gerät von Gestrüpp, kleineren Bäumen und jeder Menge Müll und Schrott zu befreien. Die ganz groben Arbeiten wurden schon im Februar erledigt und in der Woche direkt vor dem *Los Geht's* wurde dann aus dem hässlichen Entlein ein fast schon Festival tauglicher Veranstaltungsort u.a. mit Zeltplatz, Duschen, Toiletten, Workshop-Zelten und einer voll ausgestatteten Küche.

Dabei sorgte die Gemeinde Kaufungen für Wasser und Strom und half mit dem passenden Gerät sowie fach-personeller Unterstützung beim Häckseln von Sträuchern und Gestrüpp. Die dadurch gewonnenen Häcksel wurden zu Wegen und vor allem in der zu Anfang ohne Dach dastehende Scheune ausgestreut. Da diese Scheune der Ort für die Plena sein sollte, wurde sie zudem mit einer großen Bühne und insbesondere mit einem provisorischen Dach versehen.

Nachdem auf diese Weise, über die beschriebenen Arbeiten hinaus, noch tausend weitere Kleinigkeiten erledigt waren, trudelten dann am Freitag vor Pfingsten nach und nach die TeilnehmerInnen ein. Das Orga-Team konnte damit erst einmal ein bisschen durchschnaufen. Denn an den kommenden Tagen bis Pfingstdienstag blieben zu unser aller Zufriedenheit größere Katastrophen aus und es wurden in zahlreichen Workshops Gemeinschaften und Gründungsgruppen vorgestellt, Ideen und Konzepte diskutiert sowie an den Abenden kräftig gefeiert. Zudem gab es am Pfingstmontag gut besuchte Führungen durch die Kommunen in der Nachbarschaft – gASTWERKe, Niederkaufungen und Villa Locomuna.

Eine wirkliche Besonderheit im Vergleich mit vorhergehenden *Los Geht's* war die Gründungsgruppe Hubenthalhof. Denn es fanden sich schlussendlich tatsächlich mehr als ein dutzend Menschen, die sich, nachdem sie das ganze Wochenende kontinuierlich in Workshops inhaltlich gearbeitet hatten, nun als solche bezeichnen. Die nächsten drei Treffen am Hubenthalhof sind bereits verabredet und es gibt auch schon erste Ideen für ein konkretes Vorgehen, um in nicht all zu ferner Zukunft zur Hubenthalhof-Gemeinschaft zu werden.

Aber auch das *Los Geht's* als Veranstaltungskonzept hat sich mal wieder mehr als bewährt. Dies besagen zumindest die zahlreichen positiven Rückmeldungen der TeilnehmerInnen, von denen hoffentlich möglichst viele über dieses Treffen in Gemeinschaften landen werden.●

AKTION 2011

Redaktion Heidelberg ● Unsere Erwartungen aus der Verteilung eines Überdruckes zu Werbezwecken auf dem Postwachstums-Kongress im Mai 2011 waren doch etwas zu hochgeschraubt. Einen erkennbaren Zuwachs an Neuabos oder zumindest an Schnupperabos gab es bis jetzt leider nicht. Erfolgreicher war unsere Werbung auf der Auftaktveranstaltung für den Kongress Solidarische Ökonomie 2012 in Wien: Ein neues Förderabo (Baden, 65 EUR) und 60 EUR an Spenden aus dem CONTRASTE-Verkauf.

Ein Abonnement wurde in eine Fördermitgliedschaft umgewandelt (Fellbach, 70 EUR), hinzu kam ein Neuabo. Kündigungen gab es im Monat Juni keine, so dass wir nun noch 133+ Abos benötigen. Zum Vergleich: Im Sommer 2010 waren es noch 152+ Abos.

Auf unserem Spendenkonto gingen 158 EUR ein:

- Armin Scholl, Münster (30 EUR)
- Mark Weinem, Dortmund (8 EUR)
- Subhash, Österreich (5 EUR)
- Udo Blum, Schmitten (55 EUR)
- Spenden CONTRASTE-Verkauf SÖ-Auftaktveranstaltung, Wien (60 EUR)

Herzlichen Dank!

Bitte denkt bei einem Umzug daran, uns Eure neue Anschrift mitzuteilen, denn Zeitschriften werden auch bei erteilten Nachsendeaufträgen von der Post nicht nachgesendet.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto siehe Kasten unten (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

Begrüßungsgeschenk

Die nächsten 5 NeuabonnentInnen der CONTRASTE erhalten als Begrüßungsgeschenk das Buch »Ein Frühling irrer Hoffnung« von Erasmus Schöfer. Es handelt vom gesellschaftlichen Aufbruch im Jahre 1968 und ist das erste Buch der Tetralogie »Die Kinder des Sisyfos«. Aus der Sicht der damals handelnden Personen erzählt der Autor facettenreich und spannend den Lebensweg von Viktor Bliss und seiner politischen WeggefährtInnen. Stets aus der Sicht der damals handelnden Personen: über ihre Versuche und Wagnisse, ihre Hoffnungen und Erfolge, ihre Selbsttäuschungen und Niederlagen. Die Geschichte der Linken dieses Landes zwischen 1968 und 1990 wird so von einem ihrer Zeitgenossen bewahrt.

Wir danken unserer Leserin Marianne Walz, die uns diese Aktion ermöglicht hat. Auszüge aus der Romantetralogie veröffentlicht CONTRASTE seit April in einer Artikelserie.

Erasmus Schöfer: Ein Frühling irrer Hoffnung,

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2011

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2011: 2.272 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 133+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

Foto: Kai Böhne

Viel Unterstützung bekam die Göttinger CONTRASTE-Redaktion bei ihrem Infotisch auf dem Antifee-Festival im Juni. Abwechselnd nahm die Crew – Jürgen, Paulus, Martin und Chivi (von links) – an Workshops und Filmvorführungen teil und diskutierte am Zeitungsstand. Für das kommende Festival wurde eine Medienpartnerschaft angedacht. Neben den aktuellen Ausgaben fand immer noch die Anarchismus-Ausgabe aus vergangenen Tagen Beachtung und Gefallen.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

Gesteuerte Proteste

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Heute, am 28. Mai 2011, soll um 12 Uhr die große Anti-AKW-Demo starten – aber wo? Ein Blick in die taz: Auf der Titelseite eine Demo-Anzeige, und eine Beilage »Gorleben Rundschau« mit dem Hinweis »Heute wird in 21 Städten für den Sofortausstieg demonstriert«. Und wo beginnt die Berliner Demo? Na das habe ich wohl übersehen, also noch mal von vorne, Seite für Seite. Nichts. Warum kann meine Zeitung mir nicht den wichtigsten Termin des Tages verraten?

Dann eine vage Erinnerung: Hing da nicht vorhin ein Demoplakat vorm Haus? Schnell runter, ja, am Stromkasten hängt es und verrät, dass es am Roten Rathaus losgeht. Es ist schon kurz vor 12, also schnell los. Als ich ankomme, ist der Demozug schon losgelaufen, mit etlichen später Ankommenden eile ich hinterher. Wummernde Bässe aus einem LKW, das klingt nach »Love Parade«, verzückte Gesichter junger Menschen, die hinter dem Wagen tanzen. Ich empfinde das als unangenehm, also lieber weiter nach vorne.

Die übliche bunte Demo-Mischung, Grüne, Linke und verschiedene Politsekten, Attac, BUND und andere NGOs, fantasievolle und skurrile Aussagen, keine schwarzen Blöcke, sondern bei strahlendem Sonnenschein die Atmosphäre eines fröhlichen Familienfestes. In groteskem Gegensatz dazu die Polizei in Kampfmontur – wozu?

Vom Wagen des BUND ruft einer durch den Lautsprecher »Atom-Atomkraft« und die Demonstrierenden skandieren »Abschalten«. Sie brüllen Bäume an, denn die Route führt mittlerweile auf der Straße des 17. Juni durch den Tiergarten. Aber wenigstens sind sich alle einig. Ich mag nicht mit den Massen brüllen, und erinnere mich an den taz-Artikel vor 2 Monaten über die »Bewegungsmanager«, die die Strippen der Anti-AKW-Proteste ziehen: Jochen Stay (ausgestrahlt, Hamburg), von dem die taz schreibt: »Wenn er und seine Combo beschließt, es gibt Demos, dann gibt es Demos.« Zur Combo gehören noch Christoph Bautz (Campact, Verden), Thorben Becker (BUND, Berlin), Peter Dickel (Umweltzentrum Braunschweig) und Dirk Seifert (Robin Wood, Hamburg).

Ob diese fünf Männer demokratisch legitimiert sind, ob und wie sie von welcher Basis kontrolliert werden, weiß ich nicht. Und so wichtig ich einerseits diese Proteste finde und mich selbst auch daran beteilige, so unangenehm fühlt es sich andererseits für mich an, mich als Teil einer Manövriermasse zu fühlen, die auf Zuruf einer Führungsclique hauptberuflicher Anti-Atom-Politiker gehorsam auf die Straße geht.

Am Ende der Demo, vor der Zentrale der CDU, gibt es Live-Musik von einer großen, sehr professionellen Bühne. Dazwischen Reden und immer wieder Spendenaufrufe, um »all das hier« zu finanzieren. Und wieder die Aufforderung zu Sprechchören und zu Hinsetzen-Aufstehen-Abschalten-Wellen. Solchen Massenaktionen mag ich mich nicht anschließen. Ich erinnere mich, wie ich es früher genossen habe, mich auf Großveranstaltungen zugehörig zu fühlen, wenn wir die Internationale gesungen haben. Heute fürchte ich mich vor der Manipulierbarkeit der Massen und vor einer Emotionalisierung mit unbeherrschbar destruktivem Potential.

Die Angebote am Ort der Abschlusskundgebung sind überschaubar. Ein reger Handel mit Protestbedarf an T-Shirts, Fahnen und Stickern, ganz reizend der gelbe Aufkleber mit roter Sonne: »Wir sind die Guten und kämpfen gegen das Böse«. Ob das ironisch gemeint ist? Windkraft-Verbände, Lichtblick und Naturstrom, Attac, Linkspartei und Grüne. Zum Essen gibt es nur Brezeln und Currywurst. Mir fehlen alternativkulturelle Angebote, es wirkt alles ziemlich professionell, aber auch steril. Am Stand des Mitveranstalters BUND frage ich nach dem Bühnenprogramm. Das gibt es nicht und niemand weiß, welche Programmpunkte geplant sind.

Ich habe Hunger und mache mich auf den Nachhauseweg. Am Bühnenzaun befestigen gerade zwei junge Männer ein Transparent gegen Uranstreubomben: »30-40% unserer Soldaten kommen verstrahlt nach Hause«. Unsere Soldaten? Irritiert gehe ich nach Hause.●

HESS NATUR: HNGENO AUSSORTIERT

»Wir wollen zurück an den Verhandlungstisch«

Redaktion Heidelberg ● Nach der am 16. Juni 2011 verkündeten Absage für einen Verkauf von hessnatur an die Genossenschaft hnGeno will diese an den Verhandlungstisch zurückkehren, um hessnatur doch noch übernehmen zu können. »hessnatur gehört von seiner Philosophie her in die Hände der Kunden, Mitarbeiter und nachhaltig gesonnener Geldgeber«, so Walter Strasheim-Weitz vom Vorstand der hnGeno. Die für die Absage genannten Gründe seien nicht zutreffend. Das in der Presse genannte Angebot der hnGeno von 21 Millionen Euro sei sachlich nicht richtig: »Wir wollen hessnatur kaufen und können einen angemessenen und höheren Kaufpreis als 21 Millionen Euro finanzieren.« Zudem fordert die Genossenschaft den »Eigentümer und damit tatsächlichen Verkäufer«, den KarstadtQuelle Mitarbeitertrust (KQMT) auf, Klarheit über den Verkaufsprozess zu schaffen.

Die Absage seitens der Primondo Speciality Group (PSG), die den Eigentümer KQMT vertritt und den Verkauf leitet, sei für die hnGeno völlig überraschend gekommen und nicht nachvollziehbar, heißt es in der Pressemitteilung der mittlerweile offiziell eingetragenen Genossenschaft. Die PSG hatte eine solide Finanzierung, die Weiterentwicklung des Geschäfts und die Einhaltung der hessnatur-Standards zur Bedingung für einen Kauf von hessnatur gemacht. Allem Anschein nach gehe es aber nun doch nur um den Preis, so dass diese in der Presse genannten Verkaufskriterien wohl nur ein Lippenbekenntnis gewesen seien, so Strasheim-Weitz.

Für die hnGeno besteht die Bereitschaft, die Verkaufsverhandlungen wieder aufzunehmen und einen für den Verkäufer vernünftigen sowie für das Unternehmen hessnatur tragbaren Kaufpreis zu zahlen. Auch nach der Absage habe die hnGeno weiterhin viele Anfragen von Kunden und größeren Geldgebern, welche nach wie vor hinter der Genossenschaft und ihrem Konzept stehen würden, heißt es abschließend in der Pressemitteilung.●

Aktuelles unter: www.hngeno.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

ArchivCD.3

7 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2009 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2011 - Das alternative Adressbuch
und
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

IMPRESSIONEN AUS DER »SPANISCHEN REVOLUTION«

Yes we camp

Seit Sonntag, den 15. Mai 2011, besetzen Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen die Stadtzentren in über 60 Städten Spaniens. Was als spontanes Experiment einiger AktivistInnen begann, entwickelte sich innerhalb weniger Tage zur Massenbewegung. Obwohl der spanische Staat, wegen der Kommunalwahlen, für den 21. Mai jegliche politischen Aktivitäten für »illegal« erklärt hatte, war eine polizeiliche Räumung der Camps nicht durchsetzbar.

reisechaot, indymedia.org / diego ● Am 15. Mai 2011 finden Demonstrationen des Bündnisses »Democracia real YA« in mehr als 60 Städten in ganz Spanien statt. Unter dem Motto »Wir sind kein Spielball von PolitikerInnen und BankerInnen« gehen etwa 130.000 Menschen auf die Straße. In Madrid kommt es zu verhältnismäßig heftigen Auseinandersetzungen, insgesamt haben die Demos allerdings keinen konfrontativen Charakter. Im Anschluss finden sich mehrere dutzend Menschen im Zentrum Madrids ein, um – unabhängig von »Democracia real YA« – ein Protestcamp als langfristige Manifestation gegen die herrschenden Zustände zu errichten. Am darauf folgenden Dienstagmorgen kommt es zur gewaltsamen (sprich: wegknüppeln) Räumung. Die Meldung darüber verbreitet sich innerhalb weniger Stunden über Twitter & Co. Am selben Abend strömen tausende Menschen zum »Puerta del Sol«, dem zentrale Platz gegenüber dem Sitz des Präsidenten der »Comunidad de Madrid«, um das Camp wieder aufzubauen. Mittlerweile hatte die Polizeiführung erklärt, keine weiteren Räumungsbestrebungen zu unternehmen, solange sich die Protestaktionen nicht »explizit gegen PolizistInnen« richteten.

In anderen Städten gibt es ähnliche Entwicklungen. In Barcelona finden sich am 16. Mai etwa 50 Menschen auf dem »Platz von Katatalonien« im Stadtzentrum ein. Die AktivistInnen sind eher skeptisch und glauben nicht daran, dass die spontane Platzbesetzung die Nacht überdauern wird. Doch das Camp bleibt und die »asambleas general«, die täglichen Vollversammlungen, wachsen explosionsartig von einigen Hundert am Anfang der Woche auf bis weit über 10.000 Menschen im Laufe des Monats Mai an.

Die Gründe hierfür sind so vielschichtig, wie die Menschen, die hier diskutieren, organisieren und leben. Ein Vergleich mit den Demokratisierungsbewegungen in Nordafrika hinkt und wird von den meisten Beteiligten abgelehnt. Dennoch ist ein gewisser Vorbildcharakter und eine Analogie der Aktionsformen (Besetzung des Tahir Platzes in Ägypten) nicht von der Hand zu weisen.

Wutbürger oder Revolutionäre?

Die Camps als »Arbeitslosenbewegung« oder gar als »Protest gegen die schlechte wirtschaftliche Lage« darzustellen, wie es in den deutschen Massenmedien geschieht, wäre zu kurz gegriffen (obwohl die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien bei weit über 40% liegt und die wenigen verfügbaren Jobs prekär und mies bezahlt sind). Vielmehr handelt es sich bei den teilnehmenden Menschen um eine Schnittmenge der Unzufriedenen – und das sind in Spanien (und Katalonien) nicht Wenige. Für Einige spielt die »Abwälzung der Krise auf die Menschen« und die damit verbundene chronische Verschlechterung der Lebensumstände eine Rolle. Für Andere der Mangel an Möglichkeiten zur politischen Partizipation, Perspektivlosigkeit oder auch einfach nur »anticapitalismo«. In der Dynamik der letzten Tage kommt zudem bei vielen sonst eher »unpolitischen« Menschen das Gefühl auf, dabei sein zu müssen, wenn »Geschichte gemacht« wird. Für die radikale Linke Spaniens haben sich die Camps als Ort der Selbstorganisierung und des Zusammentreffens sozialer Bewegungen entwickelt.

Umstritten ist dabei nach wie vor, ob Forderungen an die »politische Klasse« gestellt werden sollen, oder ob sich deren Existenz selbst als das Problem darstellt. Die Meinungen reichen von »das System müsse demokratisiert werden«, bis hin zu »das System ist nicht reformierbar«. In welche Richtung sich die »spanishrevolution« entwickelt, bleibt also spannend.

(Selbst-)Organisierung

In jedem Fall lässt sich sagen, dass Versuche der Vereinnahmung durch Parteien jeglicher Couleur bisher grandios gescheitert sind. Etliche PolitikerInnen gelten als korrupt (und stellen sich trotzdem zur Wiederwahl). Die Wahlbeteiligung ist meist gering, das Misstrauen gegenüber institutionalisierter Politik groß.

Die Camps reichen von kleinen Matrazenlagern in Salamanca bis hin zu ganzen Zeltstädten in Madrid und Barcelona. Es gibt verschiedene Arbeitsgruppen (Infrastruktur, VoKü, Aktionen, Kultur, Kommunikation, usw.) sowie themenbezogene Infopunkte. Entscheidungen werden auf der Vollversammlung, der »asambleas general« getroffen. Darüber hinaus gibt es in einigen Städten »asambleas de barrios«, also den Versuch, Stadtteil-Vollversammlungen aufzubauen.

Ein Konfliktpunkt ist die Frage, ob es »Gesichter der Bewegung« geben soll/darf. Im Gegensatz zum Camp Madrid spricht sich die Vollversammlung in Barcelona gegen jegliche Form von SprecherInnen aus, auch weil ein Mitglied einer rechten Partei gegenüber der Presse behauptet hatte, es handele sich um ein »Protestcamp gegen MigrantInnen«.

Die Verbreiterung und Vernetzung setzt stark auf soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter. Von den größeren Camps gibt es Livestreams im Internet.

Eine Zuspitzung war für den 21. Mai erwartet worden, da in Spanien jegliche Art »politischer Aktivität« am Vortag von Wahlen verboten ist. Doch es blieb ruhig, eine Räumung von tausenden Menschen (Zehntausende in den Abendstunden) kann sich der spanische Staat offenbar politisch nicht leisten.

Demonstration in Madrid am 15.11.2011 Foto: Olmo Calvo

Perspektiven der Bewegung

Die Vollversammlung in Barcelona hatte sich für eine Fortführung des Camps bis zum 15. Juni ausgesprochen. Am 29. Mai gab die bis dahin sehr diffuse Bewegung bekannt, dass man sich künftig dezentralisiert organisieren werde. Auch wurde am 30. Mai 2011 klargestellt, dass man sich als »Movimiento 15-M« zwar mit der Kampagne »Democracia real ya!« verbunden sieht, beide Bewegungen aber nicht zu verwechseln seien. »Wir sind wie Brüder«, erklärten die Bewegungen. Während »Movimiento 15-M« in viele Stadtteile und Gemeinden Spaniens vordringt, plant die Kampagne »Democracia real ya!« (DRY) unterdessen eine weltweite Mobilisierung bis zum 15. Oktober 2011, um auf Demokratiedefizite aufmerksam zu machen. Bis dahin sollen zu jedem 15. eines Monats europaweite Großdemonstrationen stattfinden.

Auf einigen großen Plätzen Spaniens hatten sich am 30. Mai öffentliche Bürgerforen etabliert, in denen diskutiert und über die gemeinsamen Ziele der Bewegung abgestimmt wird.

Am 7. Juni 2011 beschlossen die AktivistInnen in Madrid, die seit dem 15. Mai andauernde dauerhafte Besetzung der »Puerta del Sol« am 12. Juni aufzuheben.

Ob sich die »Spanische Revolution« durch ein paar neue Gesetze und kosmetische Änderungen befrieden lässt, ist zu bezweifeln. Die Protestcamps stehen stellvertretend für eine Kanalisierung der allgemeinen Unzufriedenheit – wohin diese sich entwickelt, wird sich zeigen. Für viele Libertäre liegt in dieser Art der Basisorganisierung und der Hoffnung auf daraus resultierende Aktionen gegenseitiger Solidarität eine langfristige Perspektive.●

MANIFEST – DEMOCRACIA REAL YA

»Wir sind normale Menschen. Wir sind wie du: Menschen, die jeden Morgen aufstehen, um studieren zu gehen, zur Arbeit zu gehen oder einen Job zu finden, Menschen mit Familien und Freunden. Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, um denjenigen, die uns umgeben, eine bessere Zukunft zu bieten. Einige von uns bezeichnen sich als fortschrittlich, andere als konservativ. Manche von uns sind gläubig, andere wiederum nicht. Einige von uns folgen klar definierten Ideologien, manche unter uns sind unpolitisch, aber wir sind alle besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns um uns herum präsentiert: die Korruption unter Politikern, Geschäftsleuten und Bankern macht uns hilf- als auch sprachlos.

Und diese Situation ist mittlerweile zur Normalität geworden – tägliches Leid, ohne jegliche Hoffnung. Doch wenn wir uns zusammentun, können wir das ändern. Es ist an der Zeit, Dinge zu verändern. Zeit, miteinander eine bessere Gesellschaft aufzubauen. Deswegen treten wir eindringlich hierfür ein: Gleichheit, Fortschritt, Solidarität, kulturelle Freiheit, Nachhaltigkeit und Entwicklung, sowie das Wohl und Glück der Menschen müssen als Prioritäten einer jeden modernen Gesellschaft gelten.

Es gibt Grundrechte, die unsere Gesellschaft gewähren muss: das Recht auf Wohnung, Arbeit, Kultur, Gesundheit, Bildung, politische Teilhabe, freie persönliche Entwicklung und das Recht auf Konsum von Gütern, die notwendig sind, um ein gesundes und glückliches Leben zu führen. In ihrem momentanen Zustand sorgen unsere Regierung und das Wirtschaftssystem nicht für diese Prioritäten, sondern stellen sogar auf vielerlei Weise ein Hindernis für menschlichen Fortschritt dar. Die Demokratie gehört den Menschen (demos = Menschen, krátos = Regierung), wobei die Regierung aus jedem Einzelnen von uns besteht. Dennoch hört uns in Spanien der Großteil der Politiker überhaupt nicht zu.

Politiker sollten unsere Stimmen in die Institutionen bringen, die politische Teilhabe von Bürgern mit Hilfe direkter Kommunikationskanäle erleichtern, um der gesamten Gesellschaft den größten Nutzen zu erbringen, sie sollten sich nicht auf unsere Kosten bereichern und deswegen vorankommen, sie sollten sich nicht nur um die Herrschaft der Wirtschaftsgroßmächte kümmern und diese durch ein Zweiparteiensystem erhalten, welches vom unerschütterlichen Akronym PP & PSOE angeführt wird. Die Gier nach Macht und deren Beschränkung auf einige wenige Menschen bringt Ungleichheit, Spannung und Ungerechtigkeit mit sich, was wiederum zu Gewalt führt, die wir jedoch ablehnen. Das veraltete und unnatürliche Wirtschaftsmodell treibt die gesellschaftliche Maschinerie an, einer immerfort wachsenden Spirale gleich, die sich selbst vernichtet indem sie nur wenigen Menschen Reichtum bringt und den Rest in Armut stürzt. Bis zum völligen Kollaps. Ziel und Absicht des derzeitigen Systems sind die Anhäufung von Geld, ohne dabei auf Wirtschaftlichkeit oder den Wohlstand der Gesellschaft zu achten. Ressourcen werden verschwendet, der Planet wird zerstört und Arbeitslosigkeit sowie Unzufriedenheit unter den Verbrauchern entsteht.

Die BürgerInnen bilden das Getriebe dieser Maschinerie, welche nur dazu entwickelt wurde, um einer Minderheit zu Reichtum zu verhelfen, die sich nicht um unsere Bedürfnisse kümmert.

Wir sind anonym, doch ohne uns würde dergleichen nicht existieren können, denn am Ende bewegen wir die Welt. Wenn wir es als Gesellschaft lernen, unsere Zukunft nicht mehr einem abstrakten Wirtschaftssystem anzuvertrauen, das den meisten ohnehin keine Vorteile erbringt, können wir den Missbrauch abschaffen, unter dem wir alle leiden.

Wir brauchen eine ethische Revolution. Anstatt das Geld über Menschen zu stellen, sollten wir es wieder in unsere Dienste stellen. Wir sind Menschen, keine Produkte. Ich bin kein Produkt dessen, was ich kaufe, weshalb ich es kaufe oder von wem.

Im Sinne all dieser Punkte, empöre ich mich. Ich glaube, dass ich etwas ändern kann. Ich glaube, dass ich helfen kann. Ich weiß, dass wir es gemeinsam schaffen können. Geh mit uns auf die Straße. Es ist dein Recht.«

KOMMENTAR

Nach dem Überspringen der Funken aus Arabien nach Spanien: Wann sind »wir« endlich so weit?

Von Rainer Kippe ● Die Proteste gegen die Zumutung des Kapitalismus, die im Frühjahr zuerst in den ehemaligen Kolonialstaaten Ägypten und Tunesien aufgeflammt waren, übersprangen das Mittelmeer und entzünden vielleicht nach Spanien auch die angeblich reichen und erfolgsverwöhnten EU-Staaten. Es zeigt sich, dass – anders als in früheren Krisen – die Probleme sich nicht mehr so einfach in die Dritte Welt auslagern lassen, und dass es auch nicht mehr so einfach wie noch zu Beginn unseres Jahrhunderts ist, den wirtschaftlichen Aufschwung durch Kriegsbrandstiftung herbeizuzwingen. Es hilft auch nichts, wenn man den Chef des Internationalen Währungsfonds in den Knast bringt, dessen Institution in der Dritten Welt viel mehr vergewaltigt hat, als nur eine Asylbewerberin, nämlich ganze Staaten und Kontinente.

In Nordafrika ist von Diktatur und Zensur als Ursache für die Krise die Rede, in Südeuropa von Misswirtschaft. Niemand spricht von der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, und wenn, dann so, als könnten die Regierungen, frei gewählte oder Diktaturen, daran etwas ändern.

Hilfsprogramme verpuffen, denn sie ändern nichts an den Grundlagen des Systems. Tatsächlich sind aber nicht nur Tunesien und Ägypten pleite, genauso wie Griechenland, Spanien, Portugal und Island, sondern auch die Paten des »Systems der Freiheit«, wie es der Urahn Adam Smith genannt hatte: England und die USA. Sie leben auch nur noch auf Pump. Und das Geld pumpen sie bei denen, denen sie es während der Krise in den Rachen geworfen hatten.

Es wird noch ein harter Weg für die neue Generation der liebenswürdigen jungen Menschen, die in Tunis, in Kairo, in Athen und in Madrid auf die Straße gehen, bis sie begreifen werden, dass es nicht genügen wird, auf facebook und twitter Demos zu organisieren, dass es nicht einmal reicht, Regierungen zu stürzen und Gewaltherrscher zu vertreiben, dass wir vielmehr eine neue wirtschaftliche Ordnung brauchen, eine neue Ökonomie, die vom gegenseitigen Nutzen ausgeht und nicht von der gegenseitigen Zerstörung, die nicht auf Gier beruht, sondern auf Zuwendung, nicht auf der Zerstörung der Natur, sondern auf der Erkenntnis, dass wir Teil von ihr sind und dass wir alles, was wir nehmen, auch zurückgeben müssen und nicht als Müll auf die Erde rotzen. Diese Zukunft hat schon begonnen, in Kommunen, Genossenschaften, Selbsthilfen und Graswurzelbewegungen, überall dort, wo die Erde und ihr Reichtum nicht mehr verbraucht, sondern genutzt werden. Wo der Andere nicht mehr Feind und Konkurrent ist, sondern Genosse – was ja bekanntlich von genießen kommt, und auch mit genesen verwandt ist.

Leider geht das nicht über Nacht, und so werden wir in den nächsten Jahren – deutsche Wachstumsprognosen hin oder her – den Zusammenbruch nicht nur der Umwelt und des Klimas und der Weltgesundheit, sondern – auch wenn's keiner glauben will – des Weltfinanzsystems erleben. Und die globalisierte Geld- und Warenwirtschaft wird, wenn überhaupt, nur in radikal veränderter und erneuerter Form überleben – wenn denn die arabischen Funken über Spanien auch zu uns nach Deutschland überspringen.●

Rainer Kippe ist Mitbegründer der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) und der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (SSM).

Aus: NRhZ-Online – Neue Rheinische Zeitung Nr. 303 vom 25.05.2011

EIN JAHR »AUTONOMES ZENTRUM KÖLN«

Kein Tag Ohne

Es steht noch da, das Autonome Zentrum (AZ) in Köln-Kalk, als wäre nichts geschehen. Geschehen ist aber eine Menge, seit dem das Haus vor über einem Jahr besetzt wurde (siehe Contraste Nr. 312, September 2010). Nicht nur die zahlreichen Veranstaltungen politischer, kultureller, feierlicher und vor allem unkommerzieller Art oder die Fahrradwerkstatt, der Umsonstladen, die Bücherei und der Infoladen sind etwas Besonderes, auch die Tatsache, dass das Haus noch steht, ist außergewöhnlich.

Von Insa Pohlenga, Redaktion Köln ● Ende März liefen die Vorbereitungen für das einjährige Bestehen des AZ auf Hochtouren, ein Drei-Tage-Programm war erarbeitet, Bands und Künstler eingeladen, Aufräumarbeiten gestartet, eine Nachttanzdemo vorbereitet. Dann kam überraschend ein anonymer Hinweis: Das AZ solle geräumt werden, am letzten Montag im März. Die Eigentümerin des Hauses, eine Tochterfirma der Stadtsparkasse Köln-Bonn hatte den Räumungs- und Abrissbefehl erwirkt. Viele AktivistInnen wurden mobilisiert,Tränen, Plenum, Warten, Frieren.

Das Haus wurde Montag nicht geräumt. Es kamen mehr Menschen, mehr Polizisten, beide Seiten warteten, den Dienstag, Mittwoch und den Donnerstag. Viele engagierte BesetzerInnen harrten im Haus und innerhalb der gebauten Barrikaden aus, rund 300 UnterstützerInnen waren am Mittwoch nicht mehr durchgekommen und sammelten sich auf der anderen Seite der Polizeisperre. Ein Aktivist erinnert sich: »Dass so viele Leute gekommen sind, um uns zu helfen, aus Köln, aber auch von außerhalb, aus Berlin, Hamburg und sogar Spanien, das war ein absoluter Höhepunkt in der AZ-Geschichte.«

Das große Hin- und Her schien damit zusammenzuhängen, dass sich der Kölner Polizeipräsident Klaus Steffenhagen, Oberbürgermeister Jürgen Roters und Vertreter der Stadtsparkasse vor der Verantwortung einer Räumung und ihren unkalkulierbaren Folgen scheuten. Steffenhagen schrieb sogar öffentlich an Roters und äußerte seine Bedenken gegen eine Räumung, zum einen sei zeitnah mit einer neuen Besetzung zu rechnen, zum anderen sei die städtische Sicherheit nach einer Räumung in Gefahr.

Doch am Donnerstagmittag standen ein Wasserwerfer und Räumpanzer bereit, vier Hundertschaften waren vor Ort und alle machten sich bereit, vor und hinter den Barrikaden. Doch plötzlich schrie jemand: »Stopp! Die wollen jetzt doch verhandeln!«

Ein aufgeregtes Plenum formierte sich unweit des Wasserwerfers. Es stellte sich heraus, dass die Stadtsparkasse bereit war, schriftlich ihren Verhandlungswillen mit groben Eckpunkten festzuhalten, wenn die BesetzerInnen die Barrikaden zurückbauten. Am Mittwoch wurden erste Vorschläge von der Eigentümerfirma noch als inakzeptabel abgelehnt, nun schien sie auf einige Forderungen einzugehen. Das Plenum entschied einstimmig für Verhandlungen. Zwei Tage später wurde ein vorläufiger Vertrag unterschrieben. Das feierten etwa 800 UnterstützerInnen mit einer Jubeldemo quer durch die Stadt.

Nun ist das AZ legal, bis zum 30.9.2011 gibt es eine mietfreie Nutzungsüberlassung, der endgültige Vertrag wird voraussichtlich im Juni unterschrieben. Das bringt Vor- und Nachteile mit sich: »Wir haben viel mehr Planungssicherheit. Bands und Künstler haben keine Angst mehr, dass ihre Sachen bei einer Räumung beschlagnahmt werden und richten sich dauerhaft hier Räume ein. Aber jetzt müssen wir Verträge verstehen und unterzeichnen, müssen uns um Brandschutzauflagen kümmern oder die GEMA und der TÜV können hier durchs Haus kommen«, erklärt Fred.

Auch einen Verein zu gründen, was Bedingung für einen Vertrag gewesen war, sei zwar formal einfach gewesen, aber dahinter stand beispielsweise die Frage, wer den Vorstand übernimmt und sich damit haftbar macht.

Doch neben den formal-rechtlichen Strukturen hat das AZ für den alltäglichen Betrieb andere Organisationsformen. Aufgaben werden in Arbeitsgruppen erledigt, die autonom agieren. Es gibt beispielsweise die Bau-AG, die Nachbarschafts-AG, die Raumnutzungs-AG, die Anti-Konflikt-AG und viele andere. Ein Mal die Woche kommen Vertreter der AGs, die keine festen Delegierten sind, zu einem Koordinierungstreffen zusammen. Dort berichten die Gruppen über den neuesten Stand und entscheiden über Sachen, die das ganze AZ betreffen: hohe Geldausgaben beispielsweise oder es werden Diskussionen über strukturelle Probleme, wie Hierarchien und Sexismus im AZ, angestoßen.

Foto: AZ Köln

In den ersten Monaten war das anders, in der Zeit wurde alles im offenen Plenum besprochen und entschieden, das Plenum löste sich aber im September letzten Jahres selbst auf. »Zu der Zeit saßen immer neue Leute im Plenum, die sonst gar nicht aktiv waren im AZ, viele Entscheidungen hatten im nächsten Plenum keine Bedeutung mehr, weil ganz andere da waren und wieder anders entschieden. Dadurch kam es zu eine Art Stillstand«, sagt Lotta.

Doch die NutzerInnen des Hauses sehen auch Nachteile in der AG-Struktur. Bevor diese Organisationsform eingeführt wurde, sei vieles transparenter gewesen. Bald sollen Informationstafeln über Aktivitäten in den AGs diese Transparenz wieder herstellen. Außerdem wurde in der Vergangenheit auch klar, dass sich in bestimmten Gruppen zu wenig Menschen beteiligen, dadurch waren einige überlastet: »Das sind die Schattenseiten, viel blieb auf den Schultern weniger hängen, weil die Leute oft doch mit einer Konsumhaltung hierher kommen, dadurch waren einzelne Leute überarbeitet und haben sich infolgedessen zurückgezogen.« Doch nicht nur deswegen wollen die neuen Hausbesitzer gerne neue Gesichter sehen in den AGs, zu denen jedeR per Mausklick und Mailkontakt Zugang bekommen kann. Das Projekt hat zum Ziel, offen und vorurteilsfrei zu sein. »Es kommen viele Menschen her, die nicht szenenintern organisiert sind, auch viele junge Leute aus der Nachbarschaft, und das zeigt, dass das AZ offen ist«, betont Lotta.

In einem Jahr ist viel geschehen im und ums AZ herum, viele Menschen konnten sich besser vernetzen und haben Zukunftspläne geschmiedet, beispielsweise für mehr Kollektive in Köln. Lotta meint: »Nach einem Jahr hat sich schon viel entwickelt, spannend ist zu sehen, was in fünf Jahren in Köln sein wird, vielleicht gibt es dann Stadtteil-AZs, neue Besetzungen und Projekte und Kollektive.«●

KURZ BELICHTET

Breiter Protest gegen Gentechnik-Kartoffeln auch in Belgien
Anfang Juni protestierten einige hundert Anwohner, Landwirte und Aktivisten gegen den Versuchsanbau einer Gentechnik-Kartoffel der deutschen Firma BASF in Wettern im Nordosten Belgiens. Einige Protestierende durchbrachen trotz großem Polizeiaufgebot die Sicherheitsabsperrungen und ersetzten Teile der Gentechnikpflanzen mit einer gentechnikfreien Kartoffelalternative, die ebenfalls eine Resistenz gegen Braunfäule aufweist.

Die Gentechnik-Kartoffel soll für den menschlichen Verzehr zugelassen werden. Organisiert war die angekündigte Aktion vom Belgian Field Liberation Movement (FLM), die den Eintrag von gentechnisch veränderten Organismen ins Ökosystem verhindern und die Diskussion über eine nachhaltige Landwirtschaft weiter voranbringen wollte.

Eine belgische Wissenschaftlerin, Barbara Van Dyck, hatte ihre Solidarität zur Aktion bekundet und wurde daraufhin von der Universität Leuven entlassen. Diese unverhältnismäßige Sanktion verstößt gegen die akademische Freiheit und gegen die Meinungsfreiheit. Einen offenen Brief können alle unterzeichnen, die dieser Entlassung ablehnend gegenüberstehen.

Ende Mai versuchten Aktivisten in Schweden, den Anbau der Gentechnik-Kartoffel Amflora zu verhindern. In Deutschland hat die BASF den Vertrag zum Anbau der Gentechnik-Kartoffel Amflora in Mecklenburg-Vorpommern wegen der Proteste gekündigt.

FLM: Pressemitteilung [niederländisch]
http://fieldliberation.wordpress.com/2011/05/29/persbericht-29-mei-succesvolle-veldbevrijding/

Offener Brief [deutsch]
www.nadeshda.org/foren/cl.politik.repression/p1032s1032a20.html

Hintergrund: Gentech-Kartoffel
www.keine-gentechnik.de/dossiers/kartoffel-eh92-527-1.html

Infoladen »Benario« in Fürth eröffnet!
Es ist soweit. In Fürth gibt es seit April 2011 einen eigenen Infoladen! Seit Jahren engagieren sich viele junge Menschen in Fürth für eine antifaschistische Politik und Kultur und haben gerade im Kampf gegen die lokale Naziszene immer wieder ihre Stärke bewiesen. Mit der Eröffnung des Infoladens wurde ein wichtiger Schritt getan, um im Stadtbild kontinuierlich präsent und ansprechbar zu sein.

Der Infoladen »Benario« ist benannt nach dem jüdischen Kommunisten Dr. Rudolf Benario aus Fürth, der zusammen mit Ernst Goldmann, der ebenfalls jüdischer Kommunist war, im KZ Dachau von den Faschisten ermordet wurde.

Im Selbstverständnis des »Verein zur Förderung antirassistischer Jugendkultur« heißt es daher: »der Infoladen will einen Beitrag dazu leisten, Widerstand damals und heute sichtbar zu machen. In Gedenken an zwei Menschen, die erkannt haben, dass eine Welt der Ausbeutung und Unterdrückung überwunden werden muss«.

Info:
http://infoladenfuerth.blogsport.de

Liste der Infoläden in der BRD:
www.contraste.org/infolaed.htm

Anzeige

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky
Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.
Informativ, knapp und klar: **Ossietzky**

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Bestelladresse:
Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B
30167 Hannover
Fax 0511 - 21 55 126
ossietzky@interdruck.net

Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-),
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-
www.ossietzky.net

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Finger weg von meiner DNA!

Eine Kampagne des Gen-ethischen Netzwerks
Die Volkszählung 2011 ist noch im Gange, da widmet sich das Gen-ethische Netzwerk einer weiteren Datenbank, der Gendatenbank des Bundeskriminalamtes. Deren Inhalte stehen – anders als die Daten der Volkszählung – der Polizei direkt zur Verfügung.

Seit ihrer Einrichtung 1998 wächst die DNA-Datenbank beim Bundeskriminalamt beständig. Sie umfasst bereits über 800.000 DNA-Profile. DNA-Proben werden bei jeder sich bietenden Gelegenheit entnommen, etwa bei Wohnungseinbrüchen, Diebstählen oder sogar Fällen von Beleidigung, und oft auch im Rahmen von Massengentests. Jeden Monat kommen über 8.000 DNA-Profile neu hinzu. Bis zum 26. August 2011 sollen diese zudem europaweit der Polizei zur Verfügung stehen.

Es geht nicht allein um Kapitalverbrechen wie Mord oder Vergewaltigung – wenn das jemals die alleinige Zielsetzung der polizeilichen Erfassung biologischer Merkmale gewesen ist. Es geht um die Ausweitung der Grauzone, in der alle Menschen für die Polizei potentiell verdächtig sind, Straftaten zu begehen. Mittlerweile hat sich auch die amtierende Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gegen die »präventive Ausweitung der DNA-Erfassung« ausgesprochen und dagegen, dass »der Verdachtsmoment und der Zugriff des Staates auf den Einzelnen sehr weit nach vorne verlagert wird«.

Wie bei der Volkszählung bleibt jedoch weiterhin im Dunkeln, wer die Inhalte der Datenbanken kontrolliert. Wie sicher sind diese persönlichen Daten, an wen werden sie weitergegeben und garantieren die Stellen für diese Sicherheit auch bei Dritten, die anderen datenschutzrechtlichen Bestimmungen unterliegen? Nachdem der Datenschutzbeauftragte des Landes Baden-Württenmberg die DNA-Datenbank geprüft hatte, mussten 40% der DNA-Profile gelöscht werden. Sie waren selbst nach den laxen gesetzlichen Vorgaben aus 2005 widerrechtlich gespeichert worden.

Daher fordert die offene Petition des Gen-ethischen Netzwerkes

- eine Revision des grundrechtlich höchst problematischen Gesetzes von 2005,
- eine unabhängige, umfassende und regelmäßige datenschutzrechtliche Kontrolle der DNA-Analyse-Datei beim Bundeskriminalamt (BKA),
- ein Verbot der Ermittlung von Verwandtschaftsbeziehungen oder persönlichen Eigenschaften mithilfe von DNA-Proben und -Dateien, sowie
- einen sofortigen Stopp von Projekten des internationalen Datenaustausches wie zum Beispiel des Abkommens über einen transatlantischen Datenaustausch mit den USA.●

Katrin Schubert

Mehr Informationen:
www.fingerwegvonmeinerdna.de
Petition unterschreiben:
www.openpetition.de/petition/online/offener-brief-dna-sammelwut-stoppen

ARTIKELSERIE »DIE KINDER DES SISYFOS«, VIERTE FOLGE

Die Werkstatt hat Kopfschmerzen

Der Autor hat zur Gründung des »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt« mit seinen bis zu 30 lokalen Werkstätten beigetragen und in ihnen mitgearbeitet. In über 60 Taschenbüchern und ungezählten Basispublikationen veröffentlichten Arbeiterautoren und ihre bürgerlichen Helfer realistische Informationen aus der Arbeitswelt.

Von Erasmus Schöfer ● Sie waren um acht schon ziemlich erschöpft, als Hermann forderte, nun endlich zu ihrer Hauptaufgabe vorzustoßen und, ohne auf Muschs und Dietmars weitere Tagesordnungspunkte (Lesungen bei den Metallern in Sprockhövel, Anträge an die Regionalversammlung) Rücksicht zu nehmen, mit einem entschiedenen Ihrkönntmichmal, das ist jetzt wichtiger! die Kopien seines neuen Textes zum BürgerinitiativenRoman zu verteilen.

Er hatte die Stimmung in der Werkstatt richtig verstanden. Die meisten waren froh, sich endlich mit dem beschäftigen zu können, was sie immer noch, und besonders nach solchen zähen Diskussionen, als ihre eigentliche, als die schöne und lustvolle Seite ihrer wöchentlichen Sitzungen erlebten – die Arbeit an einem Stück Literatur. Oft entstand ein solcher Druck durch die von allen prinzipiell als notwendig anerkannten organisatorischen Aufgaben – erforderlich zur Verbesserung, zur vorausschauenden Planung und zur gezielten Verbreitung ihrer Bücher, dass sich das Beiwerk vor ihre Herzenssache schob und sie fast überwucherte.

Manche, die eher aus politischem Interesse in eine der Werkstätten des Werkkreises geraten waren, die lernen wollten gute Flugblätter oder Betriebszeitungen zu verfassen, empfanden das weniger stark. Manchen erschienen die Hemmungen, die scheinbaren Nachlässigkeiten und Umständlichkeiten der schreibenden Arbeiter als lästige Entwicklungsprobleme der Menschen, nicht der Literatur, die zu bewältigen seien durch noch bessere Planung und Organisation. Es gab zwar unter den Frauen und Männern im Werkkreis grundsätzliche Übereinstimmung bei den Zielen ihrer Arbeit, wie sie auch in seinem Programm festgeschrieben waren, immer neu aber flammten die Meinungsverschiedenheiten auf, wie denn diese Ziele zu erreichen, wie die Erfahrungen der einzelnen in eine möglichst allgemeingültige, vor allem von der arbeitenden Bevölkerung verstandene und gern und mit politischem Nutzen gelesene Literatur umzusetzen seien. Die Diskussion darüber entzündete sich an den einzelnen Büchern, die von den verschiedenen, auch individuell geprägten Werkstätten herausgegeben wurden und führte manchmal zu extrem unterschiedlichen Urteilen, so dass schließlich alle Definitionsmühen immer wieder bei Brechts Überlegungen zur Weite und Vielfalt realistischer Schreibweise als letzter Zuflucht und Gewissheit endeten.

Hermann hatte seine Beschreibung der Vorgänge im Reisholzer MannesmannBetrieb um die Kaltstellung von Manfred Anklam fertig gelesen, nicht ohne sich mehrfach durch ein Achduscheiße! Mist! HierfehltEinAbsatz! zu unterbrechen, und jedesmal in ungespielter Bestürzung, wenn er sich in den Verweisen und Nachbesserungen des Manuskripts nicht so schnell zurecht fand, wie es die Dramatik der dargestellten Ereignisse erforderte. Der Beifall, den die sieben andern auf den Tisch klopften, war stark, ließ sein zweifelndes Gesicht in ein befreites Lächeln aufgehn, denn mit erfahrenen Schreibern waren die Kollegen meist streng, anders als bei Anfängern, deren Selbstvertrauen ermutigt werden musste. Hermann war zwar auch für Lob und Zustimmung empfänglich, aber mit seinen Arbeiten gingen sie unverblümt zu Werk – er war nicht nur die fleischgewordne Gutmütigkeit, sondern schluckte sachhaltige Vorschläge mit Neugier, ja Lust.

Die übliche Pause trat ein, hervorgerufen durch die Absicht der erfahrenen Schreiber der Werkstatt, den Neueren nicht durch ihr Urteil den Mut zu spontanen kritischen Äußerungen zu nehmen. Die aber, noch unsicher, warteten lieber, bis Josef oder Armin oder Dietmar erste verbale Schneisen in das noch diffuse Dickicht der Eindrücke gebahnt hatten.

An diesem Freitag allerdings lief alles anders. Musch hatte als einziger kein Zeichen von Zustimmung gegeben, saß mit hängendem Schnäuzer und gefurchter Stirn vor seinem Manuskript-Exemplar, ließ seinen Kugelschreiber Pirouetten tanzen und war sichtlich außerordentlich unzufrieden. Nie machte er bei der Textkritik den Anfang, aber an diesem Abend tat er es. Und zwar nicht, wie es üblich war, mit ein paar allgemeinen Bemerkungen zur Qualität des Textes oder stilistischen Verbesserungsvorschlägen, die fast immer zuerst vorgebracht wurden, bis der kritische Motor der Werkstatt warmgelaufen war, sondern Musch ging direkt in die Vollen: Mein lieber Hermann, sagte er finster und fast schon drohend, das ist vielleicht ein guter Text, jedenfalls scheinen die Anwesenden dieser Meinung zu sein, aber ich muss dir ehrlich sagen: dat Dingen ist ein ganz dicker Hund! Und wenn ihr ausnahmsweise mal auf mich hört, obwohl ich zugegeben von Literatur wenig Ahnung habe, dann rahmst du dir das Manuskript golden ein und schenkst es deiner Frau zum Geburtstag. Veröffentlicht wird das nämlich nur über meine Leiche! Und die ist ziemlich sperrig.

Was ist denn mit dir los Musch! Spinnst du total? Hermann sah aus wie einer, dem jemand hinterrücks einen Schneeball ins Hemd gesteckt hatte. Auch die andern waren verblüfft ob dieser ungewohnten und radikalen Attacke.

Würdest du mal erläutern, was du gegen Hermanns Text hast, sagte Armin, da sind zwar noch ein paar Macken drin, gut, aber –

Dann führ du mal die Verhandlungen mit dem DGB! Musch steigerte sich noch: Lauf du dir die Hacken ab auf dem Bezirk und bei der IGM-Verwaltungsstelle! Dann verstehst du mich vielleicht. Ich hab verdammt keine Lust, da rumzupilgern bei den Gewerkschaftskollegen, mir den Bart fusslig zu quatschen, damit wir am ersten Mai auf die Tribüne kommen und bei den Schulungen Lesungen machen dürfen, jetzt hat mir der Kollege Raumann sogar in Aussicht gestellt, unsre Bücherzettel an die Einzelgewerkschaften zu schicken, dass die mal merken, wer die richtige Literatur macht für die Arbeitnehmer, und dann wollen wir einen Roman veröffentlichen, der das alles in Klump haut! Mit allen Namen und echt wie es gewesen ist, die ganze Trickserei bei der IG Metall und den SPD-Leuten gegen den Anklam.

Mann Musch! Jetzt bin ich aber fertig. Hermann war fassungslos. Wer hat uns denn die ganze Sache mit der MIG (1) und Mannesmann angeschafft?

Hat ja damit überhaupt nichts zu tun!

Moment mal, sagte Dietmar scharf, stimmt es oder stimmt es nicht, was der Hermann geschrieben hat?

Was fragst du mich? War ich dabei? Keiner von uns war dabei!

Sicher stimmt es, warum soll es nicht stimmen? Paul, der sonst fast nie seine Meinung sagte, außer man fragte ihn ausdrücklich, Paul war so böse, dass er dazwischenplatzte: Das ist nicht nur einmal passiert, das passiert hundertmal! Das passiert in meinem Betrieb und überall, wo mal von den Kollegen ein Kommunist gewählt wird. Aber dass seine Kollegen für ihn auf die Barrikaden gehn, wenn er abgeschossen wird, das sind eure Wunschvorstellungen!

Die Vertrauensleute haben für ihn Unterschriften gesammelt, blaffte Hermann zurück. Da wars allerdings zu spät, genau wie ichs geschrieben hab.

Und Armin: Eine Schweinerei war es trotzdem. Ich frag mich, ob wir eine Schweinerei nicht mehr eine Schweinerei nennen sollen, mit Rücksicht auf ein paar verkaufte Bücher mehr oder weniger.

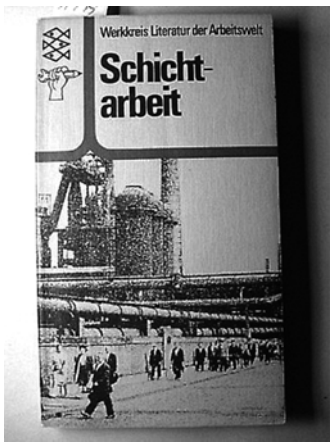
Um ein paar Bücher gehts überhaupt nicht Armin! Es handelt sich um unsre Verankerung in den Gewerkschaften, die wir im Programm haben – muss ich dir das erzählen? Das ist eine verdammt politische Frage!

Jetzt leck mich doch am Arsch Musch – Hermann, der gutmütige Hermann, tigerte um den großen Tisch, redete mit Mund und Armen – ihr könnt mir viel erklärn, was hier opportun ist oder nicht, ich denke nicht daran, mich selbst zu zensiern! Schere im Kopf, was? Bei mir nicht. Wenn ich nicht mehr die Wahrheit schreiben darf im Werkkreis, dann Amen.

Gute Nacht. Kann ich gleich zu Springer gehn. Da gibt's wenigstens Schotter für die Lügen!

Martin versuchte zu schlichten: Die Wahrheit wollen wir alle schreiben Hermann. Oder nicht? Die Frage ist nur, wie kriegen wir sie ans Licht?

Manchmal muss man schon taktieren, sagte Uschi. Rücksichtnehmen, könnte man auch sagen. Was meint ihr, wenn die Linken bei den Naturfreunden ihre Vorstellungen immer hundert Prozent durchsetzen wollten, nach der KopfdurchdieWandMetode. Da wär der Verband schnell kaputt.



Eben, sagte Musch, die Uschi hatet erfasst.

Da offensichtlich jeder recht hatte, wenigstens teilweise, entstand eine schwangere Pause, die nur Dietmar ausnutzte, sich eine Flasche Bier aus dem Vorratsschrank zu holen. Noch ehe er den Öffner am Schlüsselbund aus der Tasche gezogen hatte, fing Armin noch einen Gedanken: Die Frage ist weniger, ob was Wahrheit ist oder nicht, sondern ob sie verstanden wird. Wir reden jetzt so, als ob wir nur für Düsseldorf und Umgebung schreiben, wo die Vorfälle in Reisholz einigermaßen bekannt sind. Gut, wenn wir an einer Reportage oder ner Dokumentation arbeiten würden, aber ein Roman, meinich, der muss nicht auf den Einzelfall zutreffen, der soll beispielhafte Verhältnisse schildern. Also was, wo jeder sagen kann: Genau! Das stimmt, so was kommt vor. Der olle Goethe – entschuldigt! – hat mal ganz frech behauptet Die Natur ist eine Gans. Damit wollte der alte Herr sagen, für die Literatur sind Zufälle, also zufällige Stimmigkeiten, ziemlich uninteressant. Da zählen gesellschaftliche Wahrheiten, das Typische. Wenn der Mann recht hat, dann müssen wir uns fragen, ob die Vorfälle beim Röhrenwerk ein Einzelfall sind oder doch exemplarisch.

Hat der Paul schon gesagt, hundertmal kommt das vor.

Jedenfalls in den großen Betrieben. Sagte Martin.

Musch verlegte sich aufs Bitten: Lassen wir den Roman doch wenigstens in einer andren Stadt spielen, in Hamburg, in Dortmund, weiß der Teufel wo.

Wo wir die Verhältnisse überhaupt nicht kennen, du spinnst Musch. Dann doch gleich in Wolkenkuckucksheim. Bitte – nimm meinen Text, schreib ihn um auf Kleinkleckersdorf oder Buxtehude! Versuchs mal! Ich bin gespannt! Hermann klatschte ihm sein Manuskript auf die Kopie, die vor ihm lag.

Musch, der große Musch, war damit endgültig gewaltlos zum Schweigen gebracht von dem kurzen stämmigen Ringer Spix. Maria bot frischen Kaffee als Friedenstrunk, aber damit war das Problem nicht aus der Welt zu spülen.

Hört mal, meinte Josef, ich hab da noch meine eignen Bauchschmerzen mit Hermanns Text. Aber nicht nur mit dem. Wenn ihr sagt, ihr wollt die Kiste mit dem Betriebsrat als beispielhaft darstelln, dann zielt das ganz klar gegen die Sozialdemokraten. Das haut in eine Kerbe, die mir in letzter Zeit immer stärker auffällt im Werkkreis. Da wird nämlich nur noch gegen die SPD geschossen, als ob die unser Hauptfeind wär und nicht die Unternehmer und die CDU.

Dietmar grinste, zeigte, dass er von Jupp nichts andres erwartet hatte. Das brachte den erst richtig auf die Palme.

Dein hämisches Grinsen Dietmar beweist nur, dass du keine Ahnung hast wovon ich rede. Weil das über deinen Horizont geht. Du denkst, wenn man immer nur draufhaut auf alles was nicht die rote Fahne schwingt, dann kommt die Revolution über Nacht, dann werden die Arbeiter –

Hat mich schon mal einer ne rote Fahne schwingen sehn? fragte Dietmar die Runde, jetzt auch verletzt. Mann, bist du heut wieder emotional!

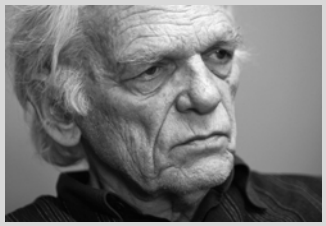
Ich bin auch emotional! gab Jupp eine Tonlage höher zurück. Weil mich das aufregt, wenn so ein paar wildgewordne Hitzköpfe alles kaputtschlagen, was an fortschrittlichen Versuchen gemacht wird! Die SPD haben ein paar Millionen Arbeiter gewählt. Bau das mal ein in deinen Intellektuellenschädel! Arbeiter! Für die wir schreiben. Ich jedenfalls. Das sind meine Leser! Ich weigere mich, die dauernd anzupinkeln, weil sie angeblich zu blöd sind zu merken was gut für sie ist.

Maria schaute hilflos wie ein verregneter Vogel zwischen ihrem Mann und den andern hin und her. Auch Martin war sichtlich bestürzt über diesen Ausbruch offenbar lang angestauten Zorns. Erst recht Uschi und Musch, die Josef so überhaupt noch nicht kannten. Die Verwirrung war allgemein.●

(aus »Zwielicht«)

1) MieterInteressenGemeinschaft

Erasmus Schöfer



Ein Leitgedanke ist, dass ich von Menschen erzähle, die eben nicht vor sich hin leben, in ihrem dumpfen kleinbürgerlichen Glück oder Unglück, sondern dass es Menschen sind, die sich wehren, die darüber nachdenken, was ihre Lebenssituation mit dem Zustand der Gesellschaft zu tun hat, wo denn die Entwicklung der Gesellschaft hingeht. Sie fragen: Was ist unsere Zukunft, was ist die Zukunft der Welt? Sie versuchen einzugreifen und scheitern oft genug dabei. Es ist alles nichthoffnungbend, was man hier erfahren kann. Doch ein Grundzug von Optimismus liegt darin, dass sich Menschen eben nicht abfinden mit dem Gegebenen, sondern darüber hinaus denken. Das sind die Menschen, die mich vor allen Dingen interessieren, im Leben wie in der Literatur. Selten sind das Helden. Es sind einfache, normale Menschen, die als Kinder des Sisyfos den Stein anpacken und weiterrollen.

In seinem Zeitroman »Die Kinder des Sisyfos« schildert der in Köln lebende Schriftsteller Erasmus Schöfer die Geschichte der westdeutschen Linken von 1968 bis 1989.

Mittels vielfältiger literarischer Stilmittel lässt er die Leserinnen und Leser an den Erlebnissen, den Gedanken und Gefühlen der Romanfiguren teilnehmen. Er erzählt von den Erfolgen und Niederlagen, den Hoffnungen und Enttäuschungen der Menschen, die sich mit den in unserer Gesellschaft vorhandenen Ungerechtigkeiten und Machtverhältnissen nicht abfinden. Es sind die Widerstandsleister für eine humane und solidarische Gesellschaft.

In neun Folgen druckt CONTRASTE Auszüge, in denen von selbstorganisierten Aktionen oder der Suche nach Wegen zu einer solidarischen Gesellschaft erzählt wird. Das mehr als zweitausendseitige Epos ist in vier Bänden erschienen. Jeder der Romane kann auch für sich gelesen werden. Wir danken dem Dittrich-Verlag für die Abdruckgenehmigung. Erasmus Schöfer hat für »Die Kinder des Sisyfos« 2008 den Gustav-Regler-Preis bekommen. Wir wünschen dieser Geschichte von unten viele Leserinnen und Leser.

Anzeige

Erasmus Schöfer
Die Kinder des Sisyfos

Ein Frühling irrer Hoffnung
Zwielicht
Sonnenflucht
Winterdämmerung

Ein gewaltiges literarisches Unternehmen ist in diesem Herbst zu einem Abschluss gekommen … Ein parteiisches Buch, auf der Seite der organisierten Arbeiter, der Kommunisten, der Gewerkschafter, der kämpfenden Gewerkschafter, nicht der Funktionäre. Ein kämpferisches Werk, mit einem kraftvollen Glauben daran, dass Literatur die Lebensverhältnisse der Menschen verändern kann.
Volker Weidermann
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

www.dittrich-verlag.de

RISIKEN UND NUTZEN VON ANONYMISIERUNGSDIENSTEN, TEIL 2

Von Zwiebeln und Schnüfflern

Nachdem ja nun alle, die die Autoritäten nicht gerne mitlesen lassen, ihre Mails mit PGP verschlüsseln (ahem), könnte der zweite Schritt kommen: Tor, das am Web ähnlich nützlich sein kann wie PGP – nicht zuletzt, damit es das BKA demnächst nicht mehr so einfach hat mit dem Rückverfolgen, wer alles seine Seiten liest.

Im ersten Teil dieses Artikels (CONTRASTE Nr. 321) haben wir beschrieben, wie Tor dafür sorgt, dass euer Netzwerkverkehr schwerer überwachbar wird – es schickt Pakete so durch etliche Rechner (so genannte Proxies oder Nodes), dass, sofern nicht alle BetreiberInnen zusammenarbeiten, insgesamt nicht mehr realistisch nachzuvollziehen ist, woher ein gegebenes Paket kam.

Warum man das haben möchte, hat das BKA 2007 während des mg-Prozesses schön illustriert: Das BKA hatte eine einschlägige Seite ins Netz gestellt und gespeichert, von welchen Rechnern aus diese Seiten gelesen wurden (das übrigens tun so gut wie alle Betreiber von Webseiten). Das BKA versuchte dann, 400 von diesen Rechnern realen Personen zuzuordnen, was ihm in Zeiten vor der Vorratsdatenspeicherung nur in 120 Fällen gelang (1).

Hätten die Betreffenden Tor benutzt, hätte das BKA nur die Adresse des »Exit Node« (vgl. erster Teil) gesehen, eine Rückverfolgung wäre praktisch unmöglich gewesen. Doch hatten wir warnend hinzugefügt, dass die Benutzung von Tor ihre eigenen Risiken birgt, da durch Tor laufender Verkehr naturgemäß besondere Aufmerksamkeit auf sich zieht und der Inhalt der Datenpakete am Exit Node so vorliegt, wie er auch normalerweise durchs Netz gehen würde. Wenn, und niemand hindert ihn daran, der Verfassungsschutz so einen Exit Node betreibt, würde er eure Daten quasi auf dem Präsentierteller bekommen.

Foto: Chr. Ditsch/Version

Protokolle

Um das zu verhindern, müsst ihr für die Verschlüsselung eurer Daten sorgen, *bevor* ihr sie an einen Anonymisierer schickt. Tatsächlich solltet ihr euch um so eine Verschlüsselung kümmern, egal, ob ihr nachher anonymisieren wollt oder nicht, denn sie erschwert direkt abhörender Staats- oder Lohngewalt das Schnüffeln bereits recht wesentlich (2), während ohne sie die großflächige Überwachung fast schon trivial ist.

Rechner übermitteln inzwischen jede Menge »Typen« von Information, etwa Mails, Internet-Seiten, Dateien, Instant Messages (IM, also etwa ICQ oder jabber), Radio usf. Je nach Art der Daten und Charakter des Dienstes verwenden sie dafür verschiedene »Protokolle«, also Vorschriften, welche Fragen ein Rechner stellen und welche Antworten er darauf erwarten darf. Ein Verfassungsschützer, der versucht Staatsfeinde auszuforschen, hat nun, je nach Protokoll, verschiedene Möglichkeiten. Erschöpfend lässt sich das im Rahmen eines Artikels nicht darstellen. Dennoch lohnt es sich, eine grobe Idee zu haben, was Lauscher so alles wünschen können.

Ein schlichter Mitschnitt der Daten dürfte wohl fast immer erstes Ziel sein. Bei unverschlüsselten Protokollen geht das mit sehr moderatem Aufwand immer, entweder direkt bei euch an der Leitung oder, wenn Tor o.ä. im Spiel ist, eben am Exit Node (wobei dort die Zuordnung zu euch schwierig ist, wenn nicht Personenkennzeichen wie Mailadressen oder Cookies in den Nutzdaten selbst mitschwimmen). Zu diesen besonders einladenden Protokollen gehören ftp und telnet; insbesondere ersteres wird leider immer noch häufig zur Pflege von WWW-Seiten verwendet und lässt sich prinzipbedingt kaum sichern. Ähnliches gilt häufig für »modernere« Protokolle zur Verwaltung vor allem von Webseiten wie etwa DAV – das sich aber immerhin leicht sichern lässt.

Leider sind sämtliche Protokolle, die mit Mail zu tun haben – also POP, IMAP und SMTP – von vorneherein erst mal unsicher. Wenn ihr allerdings eure Mails (etwa mit PGP) verschlüsselt, bekommen LauscherInnen nur das mit, was in den Kopfzeilen steht, also AbsenderIn, EmpfängerIn, Betreff, Datum und noch einiges mehr in der Art. Was ihr am Web macht, ist grundsätzlich auch offen, Seiten mit URLs, die mit http:// anfangen, gehen unverschlüsselt übers Netz. Ähnliches gilt für übliche Internettelefonie (3).

Grundsätzlich: Praktisch alles, was ihr mit dem üblichen Kram im Netz macht, kann geradezu obszön einfach abgehört werden.

Passwortklau

Es kommt aber noch lustiger: Sofern die Dienste, die ihr benutzt, passwortgeschützt sind, kann es sein, dass auch diese Passwörter offen übers Netz gehen. Damit können die LauscherInnen eure Daten gleich abonnieren und häufig (etwa bei Verwendung von ftp zur Pflege von Webseiten oder IMAP zum Lesen von Mails) auch noch ändern – nützlich etwa bei Mangel an Beweisen. Unter welchen Umständen das so ist, ist nicht ganz einfach zu sagen: Bei ftp sind die Passwörter praktisch immer lesbar, bei http häufig, bei POP heute meistens nicht mehr.

Weil speziell der Passwortklau auch für Menschen sehr ärgerlich ist, die staatliche Überwachung nicht kümmert (die sich aber z.B. um ihr Bankkonto sorgen), wurden einige Methoden ersonnen, Passwörter nicht im Klartext übers Netz schicken zu müssen. Auch dann könnte ein Exit Node – je nach Protokoll und Einstellung der Programme – unter Umständen den Rückfall auf Klartextpasswörter erzwingen. Noch subtiler ist das bei http (also im Web), wenn zwar das Einloggen über eine verschlüsselte Leitung abgewickelt wird (https an Anfang der URL), dann aber wieder unverschlüsselt kommuniziert wird. Als Ergebnis des Einloggens wird nämlich auf dem Browser des/der NutzerIn häufig ein Cookie hinterlegt, also letztlich ein paar Bytes, die bei jedem Abruf der betreffenden Seiten übertragen werden. Diese Cookies kann einE AngreiferIn nun abfangen und selbst verwenden. Nicht selten gelten sie lange Zeit und können verwendet werden, um auf der betreffenden Webseite das zu tun, was der/die NutzerIn auch kann.

Abhilfe

Wenn euch jetzt der Kopf schwirrt: Ja, unverschlüsselte Protokolle sind eine Pest und bergen viele Risiken. Liest mensch einfach nur öffentliche Webseiten, mag das mehr oder minder egal sein, denn was auf diesen steht, kann auch der Kontaktbereichsbeamte lesen. Bei fast allem anderen müssen verschlüsselte Protokolle her, auch und gerade bei Verwendung von Tor oder ähnlichem.

Zu den in diesem Sinne »guten« Protokollen gehören ssh (für den Zugang zu Maschinen), sftp (zum Dateitransfer), https (im Web), die SSL- oder TLS-verschlüsselten (4). Varianten von POP3, IMAP oder SMTP (für Mail), SSL-gesichertes Jabber/XMP (für Instant Messaging (IM); werft ICQ, MSN und Co einfach weg, im absoluten Notfall gibts Gateways von Jabber zu diesen proprietären Diensten) oder WebDAV über https (zur Pflege von Webseiten).

Leider gibt es kein allgemeines Rezept, wie man für die Benutzung dieser »sicheren« Protokolle sorgt. Teilweise sind andere Programme nötig (etwa bei Verwendung von Jabber), teilweise müssen die Server kooperieren (im Web etwa werden die meisten Server schlicht nicht antworten, wenn ihr in der URL http:// durch https:// ersetzt), in anderen Fällen reichen ein paar Einstellungen.

Als Beispiel sei der Mailclient Thunderbird erwähnt: Dort könnt ihr unter Bearbeiten/Konten/Server-Einstellungen (o.ä., je nach gewählter Sprache) in »Sicherheit und Authentifizierung« die Optionen TLS oder SSL auswählen und »Sichere Authentifizierung verwenden« ankreuzen sowie Ähnliches unter Postausgangsserver/Bearbeiten tun – immer vorausgesetzt, die Maschinen, über die ihr Mails austauscht, unterstützen das. Tun sie es nicht, geht Versenden oder Empfangen von Mail nicht mehr (dabei dürfte das Versenden gegenwärtig noch kritischer sein als das Empfangen).

Man in the Middle

Leider reicht auch das noch nicht, um das Abgreifen von Information am Exit Node sicher zu verhindern. Zwar ist es extrem schwierig, *in* eine durch SSL gesicherte Kommunikation reinzuhorchen. Es ist aber für den Exit Node möglich, sich eurem Rechner gegenüber als euer Zielrechner auszugeben. Dann würde euer Rechner mit dem Exit Node einen Schlüssel ausmachen. Der Exit Node könnte dann eine weitere Verbindung zum echten Zielrechner öffnen und die Datenpakete nach Inspektion in beide Richtungen weiterreichen. Angriffe dieser Art heißen im Jargon »man in the middle«-Angriffe.

Auch gegen so was ist ein Kraut gewachsen, das LeserInnen unseres PGP-Artikels schon kennen könnten, nämlich die digitale Signatur, die im Zusammenhang mit der Verschlüsselung von Datenströmen meist als »Zertifikat« bezeichnet wird. Im Mailbereich braucht es leider meist recht tiefe Kenntnisse, um die Prüfung solcher Zertifikate zu veranlassen, und wie beim Web of Trust von PGP stellt sich die Frage, wie eigentlich die Echtheit des Zertifikats selbst geprüft werden kann.

Im Web könnte das alles einfacher sein, denn Browser prüfen bei jeder https-Verbindung ganz selbstverständlich die Zertifikate, die der Zielrechner ihnen vorlegt. Wie allerdings üblich, wenn »Sicherheit« ohne nachdenken versprochen wird: das taugt nicht viel. Wenn ihr nicht viel tut, vertraut euer Browser Unterschriften von allerlei zweifelhaften Einrichtungen, etliche Exekutiven der BRD-Obrigkeit eingeschlossen. Insofern müsste, wer bei diesen Dingen sicher sein will, eigentlich die Zertifikate doch manuell prüfen (in Browsern geht das meist durch Doppelklick auf ein Schlüsselsymbol und intensives Studium der resultierenden Seiten) und die Unterschriften zweifelhafter Läden zu ignorieren (in den Firefox-Einstellungen beispielsweise unter Advanced, Encryption, View Certificates).

Ein Fazit zu Tor

Wir hoffen, euch überzeugt zu haben, dass Tor oder auch JAP keine »Silver Bullets« sind. Sie lösen recht weitgehend ein Teilproblem sicherer Kommunikation im Netz – die Anonymität –, verschlimmern die Situation aber, wenn das andere Teilproblem – die Vertraulichkeit der Inhalte – nicht vorher gelöst ist. Es bleibt, dass es einiger Expertise bedarf, um in diesem Sinne »sicher« zu kommunizieren.

Andererseits sind für etliche Anwendungen die beschriebenen Angriffe vielleicht gar nicht relevant. Wenn es euch nur darum geht, Google-Suchanfragen so zu stellen oder Webseiten unter Regierungskontrolle so zu lesen, dass eure Zugriffe im Nachhinein mit großer Sicherheit auch vom Staat nicht auf euch zurückzuverfolgen sind, ist Tor eine gute Wahl – solange ihr wisst, was die Grenzen sind. Im Kasten geben wir ein paar Hinweise, wie man Rechnern so viel Funktionalität ohne große Klimmzüge gibt.

Wer keine Lust hat, sich um all den Wahnsinn zu kümmern, muss deshalb nicht aufs Netz verzichten – viele Zentren bieten beispielsweise Internetzugang an, der häufig von Leuten gebastelt wurde, die all die Schrecklichkeiten verstehen. Wenn ihr die Möglichkeit habt, ist es fast sicher eine gute Idee, einschlägige Kommunikation von dort aus durchzuführen. Selbst Internet-Cafes haben in der Hinsicht klare Vorteile, und verglichen mit dem Geld und der Zeit, die ihr in eigene Rechner und Anschlüsse steckt, kann das durchaus attraktiv sein.●

Datenschutzgruppe der Roten Hilfe Heidelberg

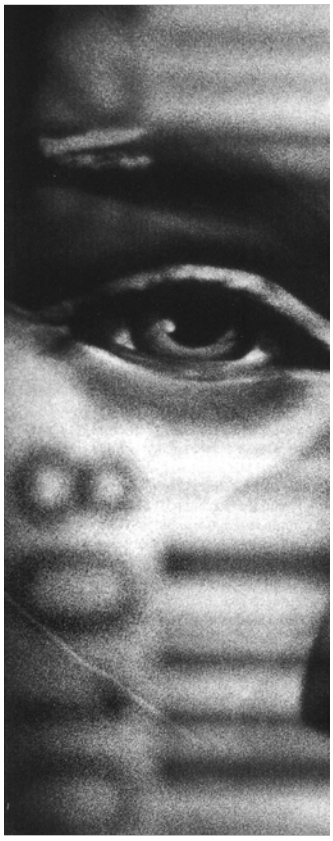


Foto: © Mauritius

Kontakt: datenschutzgruppe@rote-hilfe.de
PGP Fingerprint: a3d8 4454 2e04 6860 0a38 a35e d1ea ecce f2bd 132a
www.datenschmutz.de

1) www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26483/1.html
2) Von 2004 auf 2005 nahm die Zahl der überwachten Mailboxen um 342%, die der überwachten Internetanschlüsse um 110% zu.
3) Das proprietäre Skype ist demgegenüber durchaus verschlüsselt, aber der Hersteller wartet nach eigenen Angaben bereits seit Jahren auf die ersten Abhörgesuche aus der BRD; dass die bisher ausgeblieben sind, dürfte damit zusammenhängen, dass die Verschlüsselung von Skype prima als Argument für Bundestrojaner-verwandte Angriffe (im Neusprech »Quellen-TKÜ«) herhalten soll.
4) SSL (»Secure Sockets Layer«) und TLS (Transport Layer Security) sind Verfahren zur Verschlüsselung von weitgehend beliebigen Datenströmen im Internet – diese beiden Namen werden euch immer wieder begegnen, wenn ihr eure Verbindungen sichert.

TOR IN DER PRAXIS

Die Installation und Konfiguration von Tor und der begleitenden Software ist – wie eigentlich immer, wenn es um Sicherheit und Privatheit geht – nicht ganz einfach. Am einfachsten ist noch anonymes »Surfen«. Dazu braucht es neben Tor noch ein Programm, das die Schwatzhaftigkeit von Web-Browsern kontrolliert und zusätzlich verhindert, dass der Browser allerlei Anfragen an Tor vorbei an so genannte DNS-Server schickt, um herauszukriegen, welche Nummer der Rechner www.steinewerfende-autonome.de wohl hat. Auch unabhängig von Tor empfehlenswert ist dabei Privoxy. Dieses Programm bietet zusätzlich umfangreiche Möglichkeiten, lästige Werbung auszublenden usf.

Eine fertig vorinstallierte Kombo von Tor und Privoxy für Windows bietet der kostenlose xbBrowser, der vom FoeBUD unter dem Namen PrivacyDongle auch komplett mit USB-Stick für 20 Euro (inkl. lohnende Spende) verkauft wird.

Wenn ihr Tor fest in euer System installieren wollt, ist etwas mehr Arbeit nötig. Um euch eine Vorstellung zu geben, beschreiben wir hier das Vorgehen unter Debian oder verwandten Distributionen (z.B. Ubuntu).

Zunächst solltet ihr die Pakete tor, privoxy und xul-ext-torbutton installieren, wie ihr das gewohnt seid, etwa mit synaptic oder auf der Kommandozeile mit aptitude install.

Nach der Installation ist Tor schon als Client konfiguriert und bedarf keiner weiterer Aufmerksamkeit. Privoxy hingegen muss angepasst werden: öffnet als root oder Administrator die Datei /etc/privoxy/config und sucht eine Zeile, in der »chain Privoxy and Tor« steht. Unter dieser ist eine Zeile, die mit »forward-socks4a« anfängt – löscht das # an deren Anfang, um sie zu aktivieren. Um Überraschungen vorzubeugen, wollt ihr so auch die drei Forward-Zeilen darunter aktivieren.

Dann sucht ihr die Zeilen die »logfile logfile«, »jarfile jarfile« und »debug 1« enthalten und deaktiviert sie, indem ihr als erstes Zeichen ein »#« hineinschreibt. Dann den Rechner (oder einfach nur tor und privoxy) neu starten. Mehr Erklärungen, warum ihr das alles tun wollt, findet ihr unter http://tor.eff.org/docs/tor-doc-unix.html.

Nach alldem und ggf. einem Neustart des Firefox solltet ihr unten in der Statusleiste des Firefox einen Knopf »Tor Disabled« ehen (auch andere Browser können ähnlich ausgestattet werden). Wenn ihr darauf klickt, wird Tor aktiviert, und die Beschriftung ändert sich in »Tor Enabled«. Nochmaliges Klicken deaktiviert Tor wieder. Wenn der Browser mit Tor Seiten nicht findet, ohne Tor aber schon, wartet einfach eine runde Viertelstunde, bis Tor genug Informationen aus dem Netz gesammelt hat.

Wenn ihr weitere Dienste (also etwa IRC oder jabber) durch Tor ziehen wollt, hilft häufig das Paket socat – aber wie gesagt, wenn ihr solche Dinge probieren wollt, solltet ihr wissen, was ihr tut. Mehr dazu findet ihr in der Tor-Dokumentation in /usr/share/doc/tor.

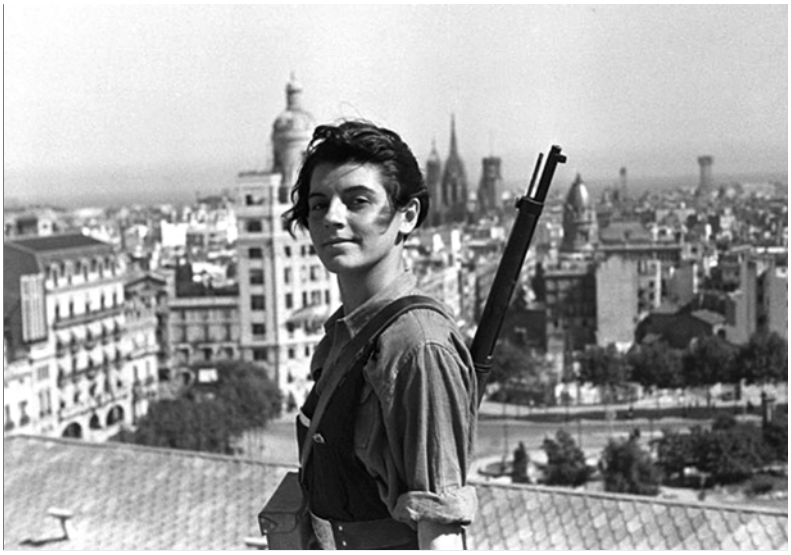
ÜBERSICHT

SPANISCHER BÜRGERKRIEG

Eine andere Welt wäre möglich gewesen

Die Kollektivierung in Spanien – Eine Kollektivierung von unten

Den Kapitalismus zu erklären ist einfach. Viele produzieren etwas und nur wenige profitieren davon; und wie menschenverachtend das kapitalistische System ist, lässt sich überall beobachten. Nehmen wir ein Beispiel von heute: Ein chinesischer Arbeiter muss unter unmenschlichen Bedingungen für einen Hungerlohn und ohne Mindestmaß an Sicherheit und Sozialvorsorge Jeans produzieren (nebenbei vernichten die Profiteure für Generationen »legal« die Umwelt, weil sie nebenbei ein paar KP-Funktionäre bestochen haben) und wenn sich solch ein Arbeiter wehrt, riskiert er Leib und Leben. Mit diesem bestialischen und ökologischen Blödsinn verdienen sich ein paar wenige Unternehmer, Lobbyisten und Politiker eine goldene Nase, während die meisten Menschen von diesem System nicht profitieren – eher im Gegenteil. Das ist das System des Kapitalismus – damals wie heute. Der Kommunismus ist auch ganz einfach erklärt: Alles gehört dem Staat. Ihm gehören die ganzen Produktionsstätten. Er regelt alles von oben und bestimmt was unten zu tun ist. Wohin die Kollektivierung von oben geführt hat, konnten wir ja bis vor einiger Zeit beobachten. Umso erstaunlicher ist Spanien. Was im Juli 1936 begann und im Januar 1939 endete, hat seine Faszination bis heute nicht verloren.



Marina Ginestà – Barcelona 1936 Foto: Hans Gutmann (Juan Guzmán)

»Tatsächlich konnte an jenem 20. Juli die Enteignung der Produktionsmittel, der großen Geschäfte und Lager als vollendete Tatsache gelten. Dass es zu dieser Situation gekommen war, hatte einen eindeutigen Grund: Es war die unmittelbare Folge, die direkte Antwort auf den Militärputsch. Die Generalitat, die autonome Regierung, die darauf hingearbeitet hatte, dass sich das Volk bei einer Konfrontation, sofern es dazu käme, heraushalten oder als bloße Staffage fungieren sollte, wurde von den Ereignissen überrollt, schon bevor diese stattfanden. [?] Aufgrund derselben Dialektik der Ereignisse waren die Fabrik- und Verteidigungskomitees bald Herren der Lage. Die Hauptzentren der Metallindustrie traten in Aktion, indem sie Lastwagen panzerten und Handgranaten herstellten. Die Elektrizitäts- und Gaswerke, die Telefonzentrale, das Hauptpostamt und das Telegrafenamt wurden noch in derselben Nacht vom 19. auf den 20. Juli unter Arbeiterkontrolle gebracht. Als die Kämpfe am Nachmittag des 20. Juli vorüber waren, hatten die Arbeiter ganz Barcelona unter Kontrolle, sowohl was die Produktionsmittel, die großen Geschäfte usw. betraf [?]

Ohne ein klares Bewusstsein über das Ausmaß des Geschehenen zu haben, bildete de facto das Netz aus Fabrikkomitees, Verteidigungskomitees, Barrikaden und Arbeiterkontrollen an den Zufahrtsstraßen der Stadt in seiner Gesamtheit die Substanz, die Lebensadern der Welt, die eben aus dem revolutionären Impuls heraus geboren wurde.« (Paz, Bd.2, S. 17-18)

Was Abel Paz beschreibt, war die Kollektivierung von unten, die anarchistische, die überall da, wo das Volk über das putschende Militär siegte, von Teilen des Volkes organisiert wurde. Sie lief freiwillig und ohne staatliche Gewalt ab.

Als die Arbeiter nach dem Generalstreik in ihre Fabriken zurückkehrten, hatten sich nicht nur die politischen sondern auch die wirtschaftlichen Machtverhältnisse radikal verändert. Die Fabrikbesitzer und Kapitalisten, die sowieso eher mit dem Franco-Regime sympathisierten, waren geflohen. Die ArbeiterInnen nahmen die Betriebe selbstständig unter Besitz und führten sie unter eigener Kontrolle weiter. (Unternehmer, die geblieben waren und die Kollektivierung akzeptierten, wurden als gleichberechtigtes Kollektivmitglied ihren Fähigkeiten entsprechend eingestellt.) Die Belegschaft wählte eine Betriebsleitung und was anfangs an Erfahrungen fehlte wurde durch Engagement, Enthusiasmus und Initiative wettgemacht.

Sehr schnell war das kapitalistische Wirtschaftssystem in eine Kollektivwirtschaft umgewandelt. Die ökonomische Revolution, die soziale Revolution, hatte sich durchgesetzt. Dabei vollzog sich der Wechsel der Besitzverhältnisse ohne Stockungen und Chaos und erfasste alle wirtschaftlichen Bereiche, vom produzierenden bis zum Dienstleistungsgewerbe. Selbst die öffentlichen Dienstleistungen wurden von den Gewerkschaften der Anarchosyndikalisten in eigener Regie aufrechterhalten.

Die Übernahme der Produktionsstätten war der erste Schritt zur Kollektivierung der Wirtschaft, hauptsächlich in den Regionen, in denen die anarcho-syndikalistische CNT den größten Rückhalt in der Bevölkerung besaß, wie z.B. in Katalonien. Der zweite Schritt bestand in der Zusammenarbeit aller Betriebe innerhalb der Industriegewerkschaften. Die Gewerkschaften verwandelten sich in sozialisierte Industriekartelle, die die Verteilung und den Austausch organisierten. Dies geschah durch einen Delegiertenrat, deren einzelne Mitglieder jederzeit von ihren Kollektiven abgewählt werden konnten. So sollte der Amtsmissbrauch und eine Günstlingswirtschaft verhindert werden.

Trotzdem gab es Schwierigkeiten, die überwunden werden mussten. Durch den Bürgerkrieg war die Peseta abgewertet worden. Dies und der Boykott der demokratischen Regierungen verteuerten die Rohstoffe, die aus dem Ausland eingekauft werden mussten. Allerdings wurden die Waren nicht verteuert, trotz einer Lohnerhöhung um 15 Prozent. Die Belegschaften strichen einfach die hohen Direktorengehälter und schafften die Ausgaben für Zwischenhändler ab (gleichzeitig wurde die 40-Stundenwoche eingeführt). Überschüsse wurden an die Gewerkschaftskasse abgeführt, Unternehmergewinne und Aktiendividenden gab es nicht mehr. Eingeführt wurde zugleich eine Renten- und Krankenversicherung. Die Löhne der Frauen wurden denen der Männer gleichgesetzt.

Das dieses gewaltige soziale Experiment trotz Bürgerkrieg funktionierte, mögen hier ein paar Beispiele verdeutlichen. Die Metallindustrie in Katalonien war bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges nur schwach entwickelt. Durch den Waffenboykott mussten die spanischen ArbeiterInnen (leider zuerst) eine eigene Kriegsindustrie zur Verteidigung der Revolution aufbauen. Sie wurde aus dem Nichts geschaffen und beschäftigte am Ende des Krieges 80.000 ArbeiterInnen. Der Aufbau dieser Industrie war das Werk der Menschen selbst und keine staatlich gelenkte Aufgabe. Aber auch die großen Betriebe, wie die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke (vor dem Bürgerkrieg in Privatbesitz), wurden von der Belegschaft kollektiviert und ohne große Ausfälle von den ArbeiterInnen in eigener Regie weitergeführt.

Ausländische Beobachter haben sich oft darüber gewundert, wie gut die Kollektivierung der Betriebe funktioniert hat und das durch die Kollektivierung sogar die Produktivität gesteigert wurde. Auch die Kleinbetriebe schlossen sich zu einem gewerkschaftlichen kollektiven Produktionsverband zusammen, was ihnen ein sicheres Einkommen ermöglichte. Das Geheimnis für diesen Erfolg lag in der Vorbereitung der Anarchosyndikalisten auf die soziale Revolution. *»Der spanische Kollektivismus war nicht das Werk überstürzter Revolutionsmaßnahmen und unüberlegter Handlungen. Er hatte im Volke tiefe Wurzeln und ist von langer Hand vorbereitet worden.«* (Souchy, S. 161) Betriebskommissionen machten sich mit der Arbeit vertraut und bereiteten sich auf Übernahme vor. Delegierte überwachten die Produktion und die Kollektivierung entwickelte bei der Belegschaft ein hohes Verantwortungsgefühl, zu dem die syndikalistischen Organisationen ihre Mitglieder jahrelang hingeführt hatten.

Auch auf dem Land wurde die Kollektivierung ebenfalls von der Bevölkerung vorangetrieben. Die kleinbäuerlichen Betriebe schlossen sich zusammen, das brachliegende Land der geflüchteten Großgrundbesitzer wurde übernommen und alles wurde kollektiv bearbeitet. *»Die Begeisterung für den Kollektivismus war groß. Unter dem neuen Wirtschaftssystem blieben die LandarbeiterInnen im Besitz der Früchte ihrer Arbeit. Die Kleinbauern standen der neuen Bewegung anfangs skeptisch gegenüber. Einige machten die Sache mit und gingen ins Lager der Kollektivisten über. Andere verhielten sich abwartend. Im Laufe der Zeit gewann der Kollektivismus durch das bloße Beispiel mehr Anhänger. Viele Kleinbauern gelangten zur Überzeugung, dass der Kollektivismus die Lage verbesserte und schlossen sich den Kollektivisten ihres Dorfes an. Im Laufe von zwei Jahren hatte sich der Landkollektivismus über das ganze Land verbreitet.«* (Souchy, S. 154) Niemand wurde zur Mitarbeit oder zum Übertritt in die Kollektive genötigt. Den Anarchosyndikalisten war klar, das Zwang zur Sabotage führte. *»Die Anbauplanung des Kollektivs setzte der Parzellierung ein Ende, und so konnte der Arbeitsaufwand verringert werden. Eigentlich entstand das Kollektiv aus der freiwilligen Zusammenlegung des Bodens. Aber zu Beginn war da noch ein weißer Fleck: das Land von Mateut, dem einzigen Reichen im Dorf, das von bezahlten Arbeitskräften – Tagelöhnern – bestellt wurde. Die Frage war: Was sollte man mit Mateut machen? Man schlug ihm vor, dem Kollektiv beizutreten, doch er weigerte sich. Man wies ihn darauf hin, dass es ihm in seinem Familienbetrieb freigestellt sei, seinen Boden zu bebauen, aber dass man im Kollektiv die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und den Handel abgeschafft hätte und er es daher schwer haben werde, im Dorf unabhängig zu bestehen. Allmählich musste sich Mateut der Realität beugen und er wurde Teil des Kollektivs. Wahrscheinlich passte ihm das nicht, aber seinen Söhnen, die Jugendliche waren, schon.«* (Paz, Bd.2, S. 186)

Die Kommunisten stellten das anarchosyndikalistische Wirtschaftsmodell als eine »utopische Wahnvorstellung« dar, das nicht funktionieren könne. Aber der Ausbruch der Spanischen Revolution hat gezeigt, dass Utopien Wirklichkeit werden können. Der Diktatur des Proletariat von Marx und Engels stellten die Anarchisten die Soziale Revolution entgegen und verzichteten auf die Eroberung des Staates. Nach anarchosyndikalistischer Auffassung sollte eine Revolution den Staat schwächen und nicht stärken, und die Sozialisierung des Volkes wurde in die Werkstätten, Fabriken und auf die Felder verlegt. Als am 19. Juli 1936 Francos Truppen putschten, war das Volk bereit für ein neues soziales Experiment. Die Revolution von 1936 war keine Revolution eines Staates oder einer Partei, es war die Revolution von Menschen.

So sehr wir aber nach Spanien 1936 schauen, darf nicht vergessen werden, dass die anarchosyndikalistische Utopie sich nur kurz beweisen konnte. Zu groß war der Druck von außen und – durch die Stalinisten – von innen.

»Am 19. Juli 1936 begann die Hoffnung der Arbeiterklasse auf eine bessere Zukunft. 1939 wurde das einzigartige Experiment beerdigt. Die Totengräber waren der Stalinismus und der Faschismus. Die Demokratien haben die Schaufeln geliefert. Aber die Hoffnung konnten sie nicht begraben.« (Abel Paz) Es wäre interessant gewesen, dieses »Experiment« im Heute zu betrachten. Würden wir immer noch nach Spanien schauen? Mühselige Frage. Fest steht: 1936 wäre eine andere Welt möglich gewesen.●

Andreas W. Hohmann

Benutzte Literatur:

Abel Paz, Anarchist mit Don Quichottes Idealen. Innenansichten aus der Spanischen Revolution (Biographie Bd.2), Lich 2008

August Souchy, Nacht über Spanien, Grafenau 1992

Walter L. Bernecker, Anarchismus und Bürgerkrieg, Nettersheim 2006

Heleno Sana, Die libertäre Revolution, Hamburg 2000

SITUATION DER FRAUEN

SPANISCHER BÜRGERKRIEG

Frauen im Spanischen Bürgerkrieg

Frauen waren in Spanien vor dem Bürgerkrieg in den verschiedensten Bereichen stark benachteiligt. Ihre Lebensbedingungen waren extrem repressiv. Frauen litten an allgemeiner Unterernährung, harte Arbeit war schlecht bezahlt – um die Hälfte schlechter als die der Männer. Von 1913 bis 1922 stieg das Einkommen der Männer um 107,1%, hingegen das der Frauen um 67,9%. Erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg wurden wichtige Verordnungen zum Schutz der Arbeiterinnen offiziell verabschiedet, obwohl zur Jahrhundertwende in nahezu jedem Industriezweig in Spanien Frauen beschäftigt waren.

Im gesellschaftlichen Leben nahmen bezeichnender Weise die Männer an Versammlungen teil, während Haushalt und Kinder Frauensache waren. Bestimmende Struktur war für Frauen die Familie, hier war sie eingebunden und für Haushalts- und Erziehungstätigkeiten verantwortlich, was natürlich ökonomische Abhängigkeit vom Mann mit sich brachte. 1872 nahmen erstmalig zwei weibliche Delegierte am Kongress der Arbeiterföderation Spaniens teil. Ab 1902 erschien in Valencia die Zeitschrift »Freie Menschheit« von und für Frauen. Anfang der 20er Jahre entwickelte sich eine Bewegung für Frauenrechte. Das Mutterschaftsgeld wurde eingeführt, 1931 erhielten beide Geschlechter das Stimmrecht ab 23 Jahre, die Möglichkeit zur Scheidung wurde festgelegt. 1936 legalisierte die Gesundheitsministerin der Volksfrontregierung, Federica Montseny, als erste Amtshandlung die Abtreibung. 1933 bildete sich die Frauenorganisation »Mujeres Antifascistas«. 1936 entstanden die feministische Organisation »Mujeres Libres« und die gleichnamige Zeitschrift.

Milicianas 1936 Foto: Gerda Tarot

Zu Beginn des Bürgerkriegs

In den ersten Gefechten des Bürgerkriegs kämpften Frauen mit den Männern voll mit. Die milicianas trugen Hosen (bekannt wurde der typische Overall) und waren bewaffnet. Sie führten im Kampf das gleiche Leben wie die Männer und trugen aktiv zur Verteidigung bei, durch Barrikadenbau oder als Flakhelferinnen. In Barcelona wurde sogar ein eigenes Frauen-Bataillon gebildet.

Jedoch negierten viele Frauen bestimmte unabänderlich frauenspezifische Bedürfnisse, um nicht als schwächer oder ungeeigneter zu gelten. Menstruationswatte wurde heimlich verbuddelt und eines der großen Probleme der Frauen im Kampf war, nicht schnell im Stehen pinkeln zu können. War die Frau wie ein Mann, wurde sie anerkannt.

Bei Versammlungen waren Frauen wohl allgemein anwesend, standen aber nicht notwendigerweise auf der gleichen Stufe wie die Männer, was sich an der geringeren Zahl von Redebeiträgen beobachten ließ. In den Städten kümmerten sich Frauen um Massenorganisationen und betrieben Propaganda und organisierten das Alltagsleben. Sie betrieben Gemeinschaftsküchen und Kinderkrippen, was oft unter erschwerten Bedingungen geschah, da sie die Ausgangssperre brechen mussten, um einen guten Platz in den Lebensmittelschlangen zu ergattern.

Theoretisch forderten die AnarchistInnen eine Verbesserung der Stellung der Frau, praktisch jedoch verliefen die Denkstrukturen meist in den traditionellen Bahnen. Dazu kam noch, dass die Auflösung von Familie und Kirche gefordert wurde, was aber in erster Linie sozial bedeutende Strukturen für die Frauen waren. Die Auswirkungen durch die Abschaffung wurden nicht einmal angedacht.

Im weiteren Verlauf

Mit der Zeit änderte sich die Einstellung zu Frauen im Kampf. Im November 1936 gab es noch Milizionärinnen, aber es wurden immer weniger. Verstärkt waren Frauen nun hinter den Gefechtslinien in den traditionellen Bereichen wie Sanitätswesen und Wach- und Küchendiensten zu finden. Wurde der Anblick von Frauen mit Waffen anfangs als völlig normal empfunden, so wurden sie später häufig ausgelacht.

Letztendlich wurde von Largo Caballero (Ministerpräsident) ein Dekret erlassen, nach dem Frauen der Kampf an der Front verboten wurde. Begründet wurde dies damit, dass eine »normale bürgerliche« Armee aufgestellt werden sollte, um in der Verteidigung besser zu werden. Frauen sollten ihre Energien auf die Arbeiten im Hinterland richten, da dies mehr ihrem Wesen entspräche.

Mit der Zeit ließ sich ein Wandel in der Kleidung beobachten: weg von Hosen und Overall hin zur Ausgehkleidung.

In den Kollektiven wurde eine unterschiedliche Bezahlung beibehalten, z.B. erhielt ein Mann im landwirtschaftlichen Kollektiv »Segorbe« 5 Peseten Tageslohn, während eine alleinstehende Frau 4 Peseten erhielt und eine verheiratete sogar nur 2 Peseten, mit der Erklärung, Frauen bräuchten weniger Geld.

Unter den Opfern der Mai-Kämpfe in Barcelona befanden sich zahlreiche Frauen, ähnlich verhielt es sich bei den Gefangenen.

Insgesamt zeigt sich, dass nach dem euphorischen Beginn der Kämpfe die Frauen stark in ihre alten Positionen zurückgedrängt wurden. Durch die soziale Veränderung zu Ausbruch des Bürgerkriegs war es möglich, auch alte stark verfestigte Strukturen aufzubrechen, jedoch konnte sich dieser Zustand nicht halten. Die Stellung der Frau verschlechterte sich zusehends im Laufe des Bürgerkriegs.

Frauenorganisationen

Mujeres Libres

Die »Mujeres Libres« (die freien Frauen) gründeten sich im April 1936. Sie waren klar anarchistisch orientiert, blieben aber eine autonome Gruppierung innerhalb der anarchistischen Bewegung.

Das Ziel der »Mujeres Libres« war einerseits, den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der AnarchistInnen, wenn es um die Befreiung der Frau ging, aufzudecken und zu bekämpfen. Andererseits sollten mehr Frauen für die anarchistische Bewegung gewonnen werden, um diese zu stärken. Es bildeten sich insgesamt 147 regionale Gruppen, in allen größeren Städten waren die »Mujeres Libres« vertreten, die Mitfrauenzahl stieg auf weit über 20.000. Sie gaben die Zeitung »Mujeres Libres« heraus mit folgenden Positionen:

- Sie griffen die Familie als Institution an, die Unterdrückung der Frau im Privaten.
- Mutterschaft als bestimmendes Element im Leben der Frau lehnten sie ab, warben für die Anerkennung auch der Frauen, die sich gegen Kinder entschieden hatten.
- Sie forderten die gleichberechtigte Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben und an der Erwerbstätigkeit – natürlich bei gleichen Löhnen für beide Geschlechter.
- Sie lehnten Prostitution (nicht die Prostituierten) ab.
- Von der Sexualaufklärung über den Haushalt bis zur Kindererziehung, nichts ließen sie unangetastet – auch zum Leidwesen mancher Genossen, die sie nicht als autonome Organisation anerkannten.

Den Standpunkt der »Mujeres Libres« kann man als »Proletarischen Feminismus« bezeichnen: *»Ihr Ziel war in erster Linie ein soziales und politisches Bewusstsein zu schaffen:*
– das hieß: Identifizierung mit den Interessen der Arbeiterklasse. An zweiter Stelle ein feministisches Bewusstsein – das bedeutete die Forderung nach Befreiung der Frau aus dem Zustand ihrer Unterdrückung als Frau.

Dieser »Proletarische Feminismus« ist wohl das, was die Organisation am besten kennzeichnet.«
(Mary Nash, aus dem Buch »mujeres libres«)

Mujeres Antifascistas

Ihrer Satzung nach standen die »Mujeres Antifascistas« (Antifaschistische Frauen) für jede Frau offen, waren aber kommunistisch dominiert. Sie waren aus den 1933 von der KP gegründeten »Mujeres contra la guerra y el fascismo« (Frauen gegen Krieg und Faschismus) hervorgegangen, organisierten die Mädchen in der »Union de Muchachas« (Vereinigung junger Frauen) und gaben die Zeitschrift »Mujeres« heraus. Sie stellten Arbeitsbrigaden auf, errichteten Lehrwerkstätten für Mädchen, Kindergärten und sanitäre Hilfsdienste, alles im Hinterland, da sie der Überzeugung waren, dort sei der Platz der Frau während des Krieges, ihre Aufgabe sei die Versorgung.
Ihre Positionen waren nicht so weitreichend wie die der »Mujeres Libres«. Sie erklärten den Kampf gegen Faschismus zur absoluten Priorität, der die Frauen sich und ihre Forderungen unterzuordnen hätten. Die Mütterlichkeit wurde von ihnen hochgehalten und propagandistisch eingesetzt, auch Dolores Ibarruri, »La Pasionaria«, appellierte in ihren Ansprachen immer wieder an den »Instinkt der Mütter«.

Mika Etchebéhère – Kommandantin einer bewaffneten Einheit

Mika Etchebéhère, Argentinierin, ging 1931 nach Europa und 1936 ins revolutionäre Spanien. Nachdem ihr Gefährte Hippolyte, Chef einer Kolonne der POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista), in einem der ersten Gefechte getötet wurde, wurde Mika Etchebéhère das Kommando übertragen. Selbst nach dem Dekret vom Juli 1937, das Frauen den Frontdienst verbot, blieb sie und wurde sogar offiziell zum »Hauptmann« befördert. Sie kämpfte in Zentralspanien und bei der Verteidigung von Madrid. Erst Ende 1938 wurde ihr durch eine trügerische Beförderung das Kommando ihrer Kompanie entzogen. Sie überlebte und konnte aus dem franquistischen Spanien fliehen.

Etchebéhère war sich ihrer absoluten Ausnahmestellung bewusst: als Frau und Ausländerin an der Spitze einer bewaffneten Einheit zu stehen, noch dazu im Spanien der 30er Jahre mit seinen rückständigen und restriktiven Vorstellungen von der Rolle der Frau. Durch besonders mutiges und tapferes Handeln versuchte sie, die Männer ihr Geschlecht vergessen zu machen, wurde von ihnen auch als quasi geschlechtsneutral betrachtet: »Was bin ich für sie? Vermutlich weder Frau noch Mann, ein Zwitterwesen besonderer Art«, aber auch »eine Frau, ihre Frau, eine außergewöhnliche Frau, rein und hart, der man ihr Geschlecht verzeiht, solange sie keinen Gebrauch davon macht«.

Mika Etchebéhère sorgte dafür, dass die milicianas völlig gleichberechtigt kämpften, ohne »typisch weibliche« Aufgaben erledigen zu müssen, wie in anderen Kolonnen üblich: »Die Mädchen, die sich unter uns befinden, sind Milizinnen, keine Dienstboten. Wir alle kämpfen für die Revolution, Männer wie Frauen, alle sind einander gleich, das dürfen wir nie vergessen«.

So wechselte eine miliciana von der kommunistischen Kolonne »Pasionaria« zu ihrer Einheit: »Ich habe gehört, dass in eurer Kolonne die Milizfrauen dieselben Rechte haben wie die Männer, dass sie sich weder ums Geschirr noch um die Wäsche kümmern. Ich bin nicht an die Front gekommen, um mit einem Putzlumpen in der Hand zu krepieren. Ich habe schon genug Töpfe für die Revolution gescheuert«.

In umsichtiger Organisationsfähigkeit kümmerte sich Mika Etchebéhère sorgfältig um Verpflegung und medizinische Versorgung: »Wieder einmal bin ich ein Hauptmann-Hausmütterchen, das auf Kinder-Soldaten aufpasst«. Sie bemühte sich um solch banal klingende Dinge wie Thermosflaschen und warme Kleidung, die jedoch wesentlich halfen, die Widrigkeiten des Krieges an vorderster Front zu ertragen.

Zwar wurde die Kommandantin von den Männern ihrer Umgebung voll respektiert, doch in all ihrem Handeln ist immer der Gedanke präsent, tapferer als diese sein zu müssen: »Ich spüre Blei in den Armen, eine Eisenkette schnürt mir den Hals zu, die Angst der schlimmen Tage lähmt meinen Magen, kriecht mir in die Kehle hoch. Ich muss weitergehen, ich darf nicht hinfallen, ich darf nicht schreien, fast ist es vorbei, morgen noch, dann werde ich meine Einsamkeit haben, ich werde die Maske der starken Frau fallen lassen können, werde weinen und schlafen können.«

Dass ihre Befürchtungen berechtigt waren, das Ansehen der Männer durch angebliche »weibliche Schwäche« zu verlieren, bestätigte sich in einem Augenblick der Trauer angesichts sinnloser Opfer: »Na was denn, Kleine, hör auf zu weinen, tapfer wie du bist, da weinst du! Aber natürlich, du bist eben eine Frau, trotz allem«, bekommt sie von einem Genossen zu hören, dem sie entgegnet: »Ja, es ist wahr, eine Frau, trotz allem, und du mit deinem ganzen Anarchismus, ein Mann, trotz allem, stinkend von Vorurteilen wie irgendein Mannsbild.«

In dem Buch »Mika Etchebéhère. Eine Frau kämpft für Spanien« hat sie ihre Erinnerungen zum Spanischen Bürgerkrieg in lebendiger Weise geschildert.

Wandel des Frauenbildes: von der revolutionären Heldin zur Gefahr für den Soldaten

In den ersten Kriegstagen, bei den spontanen Aufständen gegen die Franquisten in vielen Städten kämpften Frauen oft Seite an Seite mit den Männern. Die selbstbewusste Milizionärin mit der Waffe in der Hand prangte auf den Plakaten, wurde glorifiziert und zum Symbol für heldenhaften Widerstand. Das änderte sich im Verlauf des Bürgerkriegs. Hieß es erst noch »Frauen an die Front!« wurde ihnen nun der Kampf mit der Waffe verboten und es hieß: »Frauen in die Etappe!« – wo sie ihnen angemessene Arbeiten verrichten sollten und in traditionelle Rollen zurückgedrängt wurden. Milizionärinnen wurden diffamiert und als Huren beschimpft, Frauen zur Gefahr für die Soldaten erklärt.●

Dieser Text stammt von der Ausstellungsgruppe »Pueblo en Armas« und wurde CONTRASTE für diese Ausgabe zur Verfügung gestellt. Die Ausstellung ist derzeit noch zu sehen (siehe Kasten auf Seite 10).

DOSSIER 1936

SPANISCHER BÜRGERKRIEG

Die schwarz-roten Straßenbahnen von Barcelona

Die Straßenbahnen waren in Barcelona das wichtigste Transportmittel. 60 Linien zogen durch die Stadt und fuhren zu den Vororten und den umliegenden Ortschaften: Pueblo Nuevo, Horta, Sarria, Badalona, Sens, Bonanova, Gracia, Casa Anunez usw. Die Allgemeine Straßenbahngesellschaft, eine AG mit hauptsächlich belgischem Kapital, beschäftigte 7.000 Lohnempfänger, die die Wagen fuhren und den Fahrpreis kassierten und in den 8 Depots und in den Reparaturwerkstätten arbeiteten.

Ungefähr 6.500 von diesen 7.000 Arbeitern waren in der CNT, wo sie die ihrem Fachgebiet entsprechende Sektion der Industriegewerkschaft der Transportmittel bildeten. Die anderen bedeutend kleineren Sektionen waren die der U-Bahn (2 Linien), der Taxifahrer, die sich in der Folge getrennt organisierten, der Autobusse und schließlich der beiden Drahtseilbahnlinien nach Montjuich und dem Tibidabo-Berg.

Die Straßenkämpfe hatten den ganzen Verkehr lahmgelegt, die Straßen waren durch die Barrikaden versperrt, deren Hauptmaterial eben oft aus Straßenbahnen und Bussen bestand. Man mußte also alles ausräumen und den Weg freimachen, um die in der Großstadt unerläßlichen Transportmittel wieder in gang zu setzen. Nun beauftragte die gewerkschaftliche Straßenbahnsektion eine Kommission von sieben Genossen damit, die Verwaltungsräume zu besetzen, während andere die Bahnen besichtigen und sich einen Überblick über die nötigen Aufräumungsarbeiten verschaffen sollten.

Vor dem Gesellschaftslokal fand die Kommission eine Bereitschaftsgruppe der Zivilgarde, die den Zugang verhindern sollte. Der sie befehligende Unteroffizier erklärte, er habe den Befehl erhalten, keinen Menschen hineinzulassen. Mit Gewehren und Granaten bewaffnet und zum Teil durch den Panzerwagen, der für den Geldtransport der Gesellschaft bestimmt war, gut geschützt, drohten unsere Genossen anzugreifen. Der Unteroffizier bat seine Vorgesetzten telephonisch um die Erlaubnis zum Rückzug und sie wurde ihm gewährt.

Verweilen wir einen Augenblick bei einer kleinen, amüsanten Einzelheit. Das gesamte höhere Personal war nicht da, und in den Büroräumen fand die Gewerkschaftsdelegation nur den Anwalt vor, dessen Aufgabe es war, die Gesellschaft zu vertreten und für sie Verhandlungen durchzuführen. Der Genosse Sanchez, der aktivste und erfahrenste Militante, kannte diesen Herrn sehr wohl, der ihn vor zwei Jahren bei einem 28monatigen Streik zu 17 Jahren Gefängnis hatte verurteilen lassen – dieser Verteidiger der Interessen der Gesellschaft hatte sogar eine Strafe von 105 Jahren Gefängnis gegen ihn beantragt! (Sanchez war zusammen mit Tausenden anderer Genossen dank der nach den Wahlen im Februar 1936 gewährten Amnestie aus dem Gefängnis entlassen worden.)

Dieser Herr empfing ihn auf sehr liebenswürdige Weise, indem er erklärte, er würde die neue Situation akzeptieren und sich sogar als Anwalt den Arbeitern zur Verfügung stellen. Sanchez' Genossen wollten ihn auf der Stelle erschießen, dieser aber war dagegen und ließ ihn sogar weggehen. Es war Freitag, und man machte für den nächsten Montag ein Treffen aus. Vertrauensvoll bat der Mann darum, daß man ihn heimbegleitete, da auf den Straßen so viele bewaffnete Revolutionäre wären. Man tat es, aber er kam am folgenden Montag nicht wieder und wurde dann nie wieder gesehen.

Das Komitee der sieben rief sofort die Delegierten der verschiedenen Gewerkschaftssektionen – Elektrizitätswerk, Kabel, Reparaturen, Verkehr, Schaffner, Lagerräume, Buchführung, Büros, Verwaltung usw. – zusammen: wieder einmal gelang die Synchronisierung der Industriegewerkschaft hervorragend. Einstimmig wurde beschlossen, die Straßenbahnen unverzüglich wieder in gang zusetzen.

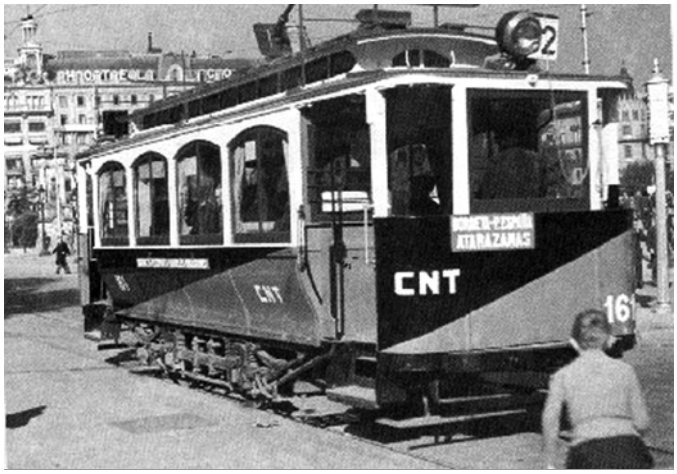
Am folgenden Tag wurden die Handarbeiter und Techniker durch den Rundfunk zusammengerufen – so wie die Metallindustriegewerkschaft es mit ihren Mitgliedern getan hatte – es fehlten nur einige Faschisten. Alle Ingenieure stellten sich der Gewerkschaft zur Verfügung, ein alter Oberst miteinbegriffen, der wegen seiner aktiven Sympathie für die Arbeiter bereits vom Posten des Leiters der Verkehrsabteilung und Direktors der U-Bahn in die Archivabteilung zurückversetzt worden war.

Fünf Tage nach dem Abschluß der Kämpfe fuhren 700 – anstatt 600 – Straßenbahnen mit den schwarz-roten Schrägstreifen der FAI durch Barcelona. Ihre Zahl war vergrößert worden, um die Anhänger abzuschaffen, die viele Unfälle verursachten. Dafür hatte man Tag und Nacht und mit allgemeiner Begeisterung gearbeitet, um ungefähr 100 zum alten Eisen geworfene, weil für unbrauchbar gehaltene Wagen zu reparieren.

Natürlich konnten die Dinge deshalb so schnell und so gut organisiert werden, weil die Menschen selbst gut organisiert waren. Denn wir finden hier eine Gesamtheit von Sektionen vor, die nach Berufszweigen und auf industrieller Basis gemäß der Arbeitsorganisation gegründet worden sind, und zwar sowohl auf Betriebs- als auch auf Gewerkschaftsebene. Mechaniker, Schaffner, Autoschlosser, Tischler usw. bildeten jeweils einander ergänzende Gruppierungen, die über den bloßen, herkömmlichen Berufsrahmen hinausgingen, um sich in einer einzigen Organisation zu vereinigen.

An der Spitze jeder Sektion standen ein in Übereinstimmung mit der Gewerkschaft ernannter Ingenieur und ein Vertreter der Arbeiter: so wurde zu gleicher Zeit für die Arbeit und für die Arbeiter gesorgt. Auf der nächsthöheren Stufe bildeten die versammelten Delegierten das lokale Generalkomitee. Die Sektionen kamen getrennt zusammen, wenn es sich um ihre spezifischen Aktivitäten handelte, die also unabhängig von den anderen betrachtet werden konnten; wenn es um allgemeine Probleme ging, hielten dagegen alle Arbeiter aller Berufe eine Vollversammlung ab.

Es bestand also auch eine permanente Übereinkunft zwischen Ingenieuren und Arbeitern. Kein Ingenieur durfte eine wichtige Maßnahme ergreifen, ohne das Lokalkomitee um Rat zu fragen, nicht nur, weil alle gleichermaßen an den Entscheidungen teilhaben sollten, sondern auch deswegen, weil die Handarbeiter meistens in praktischen Fragen mehr Erfahrung haben als die Ingenieure.



Von Anarchosyndikalisten kollektivierte Verkehrsbetriebe in Barcelona

Die spontane Disziplin und das hohe ethische Bewußtsein der Arbeiter waren allgemein anerkannt. Alle stimmten dem gemeinsamen Werk zu und nahmen daran teil, und jeder entwickelte seine eigene Phantasie, um technische Verbesserungen und neue Arbeitsmethoden zu finden.

Diese Mitarbeit ging sogar über den Betriebs- bzw. Gewerkschaftsrahmen hinaus. Die gut ausgerüsteten Werkstätten stellten z.B. Raketen und Haubitzen für die aragonesische Front her. Die Arbeiter machten also kostenlos Extrastunden und kamen sogar Sonntags in die Fabrik, um dem gemeinsamen Kampf ihren unentgeltlichen Beitrag zu leisten.

Zum Abschluß will ich noch betonen, daß überall Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit herrschten. Gewiß hat es einige wenige Fälle von Unehrlichkeit gegeben, sie beschränkten sich aber innerhalb von Jahren auf sechs kleinere Diebstähle, die nicht einmal nennenswert wären, aber wir wollen nicht den Anschein erwecken, das Unangenehme zu übergehen. Am ernstesten war folgender Fall: Ein Arbeiter nahm ab und zu kleinere Mengen Kupfer mit nach Hause, die er dann verkaufte, sobald er ein Kilo zusammen hatte. Er wurde entlassen, als seine Frau aber zum Betriebskomitee ging und erklärte, sie hätte ein Kind, das darunter zu leiden haben würde, gab man ihr den Lohn für drei oder vier Wochen und versetzte ihren Mann in eine andere Werkstatt.●

Gaston Leval

Aus: »Die Aktion« Nr. 161/164
Dossier zu Spanien 1936

INNENANSICHTEN AUS DER SPANISCHEN REVOLUTION

Barcelona in Flammen

Barcelona hatte sich in ein Labyrinth von Barrikaden verwandelt. Viele waren vom Strategischen her gesehen nutzlos, doch die Logik ihrer Existenz lag darin, dass sie aus einem kollektiven Impuls heraus errichtet worden waren, der in jedem aufgestapelten Pflasterstein den Entschluss zum sozialen und politischen Wandel hinterlassen hatte.

Es herrschte eine drückende Hitze und obwohl der Hochsommer normalerweise die Jahreszeit ist, in der das Blau des Himmels am intensivsten strahlt, war an diesem Tag kaum etwas davon zu bemerken, da eine Schicht grauen Rauches von den brennenden Kirchen und Klöstern den Himmel bedeckte. Die Atemluft, die durch Kehle und Lungen strömte, war zum Schneiden, was von dem Pulverdampf der im Kampf gegen die Aufständischen verschossenen Munition herrührte, der sich in der Atmosphäre niederschlug.

In der Nähe unseres Viertels war die Bar Fornos mit ihren großen Billardsälen, die im Nu in eine Volksküche umgewandelt worden war und jeden versorgte, der essen oder trinken wollte. Die Nahrungsmittel waren auf verschiedenen Wegen dorthin gekommen: Die Arbeiter der Brauerei Damm hatten hunderte von Flaschen gebracht, die Angestellten der Lebensmittellager waren mit haufenweise Schinken und Wurstwaren gekommen und die Bäckereien, in denen die ganze Nacht gearbeitet worden war, belieferten die Orte, wo Volksküchen eingerichtet worden waren, mit noch warmem Brot.

Tatsächlich konnte an jenem 20. Juli die Enteignung der Produktionsmittel, der großen Geschäfte und Lager als vollendete Tatsache gelten. Dass es zu dieser Situation gekommen war, hatte einen eindeutigen Grund: Es war die unmittelbare Folge, die direkte Antwort auf den Militärputsch. Die Generalitat, die autonome Regierung, die darauf hingearbeitet hatte,

dass sich das Volk bei einer Konfrontation, sofern es dazu käme, heraushalten oder als bloße Staffage fungieren sollte, wurde von den Ereignissen überrollt, schon bevor diese stattfanden.

Angesichts des bevorstehenden Militärputsches hatten die Gewerkschaften der CNT, die den Großteil der Arbeiterklasse kontrollierten, ihre gewerkschaftliche und revolutionäre Infrastruktur ins Spiel gebracht, das heißt, die Komitees in den Fabriken und Produktionszentren und die Verteidigungskomitees der einzelnen Stadtviertel. Die Fabrikkomitees wurden mit der Aufgabe betraut, die Produktionszentren zu besetzen und die Fabriksirenen heulen zu lassen, sobald die Truppen die Kasernen verließen, um die Arbeiter vor der drohenden Gefahr zu warnen; die Verteidigungskomitees sollten im Falle eines Militärputsches den Einsatz der Leute koordinieren. Als dann der Militärputsch stattfand, hielten die Fabrikkomitees, nachdem sie die Arbeiter mit dem Lärm der Sirenen gewarnt hatten, die Fabriken besetzt, und die Verteidigungskomitees verwandelten sich in Angriffs- und Verteidigungsorgane der Arbeiter gegen die Aufständischen.

Aufgrund derselben Dialektik der Ereignisse waren die Fabrik- und Verteidigungskomitees bald Herren der Lage. Die Hauptzentren der Metallindustrie traten in Aktion, indem sie Lastwagen panzerten und Handgranaten herstellten. Die Elektrizitäts- und Gaswerke, die Telefonzentrale, das Hauptpostamt und das Telegrafenamt wurden noch in derselben Nacht vom 19. auf den 20. Juli unter Arbeiterkontrolle gebracht. Als die Kämpfe am Nachmittag des 20. Juli vorüber waren, hatten die Arbeiter ganz Barcelona unter Kontrolle, sowohl was die Produktionsmittel, die großen Geschäfte usw. betraf als auch hinsichtlich seines Kriegs- und Verteidigungspotenzials, das sich im bewaffneten Volk ausdrückte, in dem auch die Sicherheitskräfte der Generalitat aufgegangen waren, das heißt, Mitglieder der Guardia de Asalto, der Guardia Civil und die Teile des Militärs, die hinter der Republik standen.

Ohne ein klares Bewusstsein über das Ausmaß des Geschehenen zu haben, bildete de facto das Netz aus Fabrikkomitees, Verteidigungskomitees, Barrikaden und Arbeiterkontrollen an den Zufahrtsstraßen der Stadt in seiner Gesamtheit die Substanz, die Lebensadern der Welt, die eben aus dem revolutionären Impuls heraus geboren wurde.

Für mich war der Aufenthalt bei der Barrikade in El Clot von großer Wichtigkeit. Dort erlebte ich Momente, die sich mir tief ins Gedächtnis eingebrannt haben.●

Abel Paz, Anarchist mit Don Quichottes Idealen. Innenansichten aus der Spanischen Revolution. Eine Biographie (1936 bis 1939).

GEIST DER REVOLTE

SPANISCHER BÜRGERKRIEG

»Man macht nicht zweimal dieselbe Revolution«

Länger als reale Erinnerungen leben Legenden. Geschichte unterliegt Verklärungen und Verdrängungen. Hinzu kommt das Vergessen. Zwangsläufig ergeht es so auch der Spanischen Revolution von 1936-1939.

Von Hans Jürgen Degen ● Diese Revolution ist gescheitert. Gerade deshalb sollte es den Sinn machen, sie der Vergessenheit zu entreißen: ihr Scheitern zu analysieren – ihre Triebkräfte, ihre Schwächen, ihre Fehler; selbstredend nicht zuletzt auch ihre Stärken aufzuzeigen. Immer wird die eine Bilanz sein: »Man macht nicht zweimal dieselbe Revolution« (die französische Spanienkämpferin Emilienne Morin).

Keine historische Erfahrung geht aber wirklich verloren. Auch deswegen ist die Zukunft offen. Und nicht ausgeschlossen sind zukünftige Revolutionen. Nicht theoretisch ausgeklügelte, nicht verschwörerisch vorbereitete. Solche »Revolutionen« sind allemal in der Vergangenheit gescheitert. Jedenfalls an dieser »Krankheit« ist die Spanische Revolution nicht gescheitert. Denn sie war ein »spontaner« Aufstand der bis dahin nicht gekannte konstruktive sozialistische Experimente (Kollektivierungen) in Gang setzte. Diese wurden zeitweise in einigen Teilen Spaniens freiwillig von fast absoluten Volksmehrheiten durchgesetzt und getragen. Das »Chaos«, das die hauptsächlich marxistisch-leninistischen Gegner dieser Revolution von ihr zeichnen, das war das spontane Handeln der Volksmassen zur »richtigen« Zeit – mit mehr oder weniger konkreten Vorstellungen – wie eine freie, d.h. anti-kapitalistische, sich selbstverwaltende sozialistische Gesellschaft sein sollte. Alles das ohne den Befehl einer »Zentrale«. Diese gab es nicht. Und das war/ist eben der fundamentale Unterschied zu durchgeplanten »Revolutionen«.

Ein abschreckendes, ein nicht auszulöschendes Beispiel ist und bleibt immer die »Große sozialistische Oktoberrevolution« 1917, die in Wirklichkeit keine gewesen ist. Sie war ein gewöhnlicher Putsch einer politischen Minderheit. Eine bolschewistische Verschwörung. Solche putschende Pseudo-Revolutionäre lassen sich nur von Parteibeschlüssen leiten. Ihr eigenes Wollen ist deformiert. Verständnislos sind sie deshalb gegen alles, was ihren Parteirichtlinien zuwiderläuft. Und was nicht ihre »Revolution« ist, ist keine. Auch deshalb der terroristische Amok der Stalinisten gegen die Spanische Revolution.

»Der kurze Sommer der Anarchie« (Hans Magnus Enzensberger) fand sein Ende durch stalinistischen Terror und den Sieg des sog. »Franco-Faschismus« über die Spanische Republik 1939. Rigoros zerstörte das Franco-Regime alle revolutionären Strukturen gemeinschaftlichen Wirtschaftens. Allerdings billigte dieses Regime in den »Hungerjahren« (1939 bis Mitte der 1950er Jahre) stillschweigend die sich »clandestin« bildenden wirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen. Das nur aus Selbsterhaltungsgründen, um Hungerrevolten zu begrenzen. So wirtschafteten z.B. in Tossa de Mar (Katalonien) die Fischer wie eh und je genossenschaftlich. Allerdings ohne »Statut«. Der zu Beginn der 1960er Jahre einsetzende Massentourismus beendete diese Kooperation. Den Fischbedarf deckt nun die Industriefischerei.

Fast verblasst sind die konkreten Erinnerungen an die Spanische Revolution. Der in ihr steckende »Geist der Revolte« ist jedoch überaus lebendig. Beweis: das vielfältige Aufstehen gegen die gewollte Passivität in vielen Ländern unter verschiedenen Vorzeichen und mit unterschiedlichen Zielen. Die Geschichte ist eben offen. Das Lehrstück Spanische Revolution könnte zukünftigen Sozialen Bewegungen Anregungen und auch Richtungen geben. Eine kleine Bilanz der Spanischen Revolution zog 1986 der Anarcho-Syndikalist Arthur Lehning (1899-2000):

»In der Geschichte des Sozialismus, und das bedeutet auch: in der Geschichte des Kampfes 'zwischen der Freiheit des Individuums und der Autorität des Staates', sind diese Kollektivierungen die wichtigsten und umfangreichsten Versuche gewesen, den Sozialismus zu verwirklichen, und zwar nicht dadurch, dass man den Staat zu einem allmächtigen Unternehmer machte, sondern mittels eines föderalistischen Aufbaus der Gesellschaft und der Übernahme des wirtschaftlichen und sozialen Lebens durch die Arbeiter selbst. Ungeachtet der Tatsache, dass dieses große Experiment mit Gewalt vernichtet wurde, stellt es ein Vorbild dar, das seine international inspirierende Wirkung nicht verlieren wird.«

Das ist eine fast nur historische Bilanz. Eine andere Bilanz weist noch mehr in Zukunft: Das Lehrstück der Spanischen Revolution hat nicht nur zeitbedingte Resultate gebracht; es weist in die Zukunft, die auf der Vergangenheit aufbaut: Fast ununterbrochene Versuche, das Leben – nicht nur das ökonomische – in die eigenen Hände zu nehmen. Jede Fremdbestimmung abzuschütteln. Das unter unterschiedlichen Lebensbedingungen. Konkret waren das in Spanien die vor der Revolutionen schon weitverbreiteten Genossenschaften. Sie konnten sich unter den revolutionären Bedingungen weiter entfalten. In Kombination mit den sozialisierten (kollektivierten) Betrieben bildeten sie das Fundament des spanischen sozialistischen Experiments.

Stets zeigen sich Parallelen zwischen historischen und aktuellen Experimenten. Die »Alternativbewegungen« der 1970er und 1980er Jahre gehören hier dazu. Ebenfalls die heute große Palette des »Solidarischen Wirtschaftens«: mittels »Kommunen, Haus- und Gartenprojekten, Projekten in den Bereichen Soziales, Kunst und Kultur, Bildung und Medien, Frauenprojekten, Tauschringen, Umsonstläden und Open-Source-Projekten, Finanzierungsstrukturen, Netzwerken und Verbände« (Elisabeth Voß). Alles das ist Ausdruck eines nicht zentralistischen Wirtschaften. Der Versuch Selbstverwirklichung durch Selbstbestimmung: um gegen die »herrschende, an Kapitalinteressen orientierte Wirtschaftsweise [...] weltweit menschenwürdige Lebensverhältnisse herzustellen« (Elisabeth Voß).●

Foto: Archiv

Literatur:

Hans Magnus Enzensberger: Der kurze Sommer der Anarchie. Buenaventura Durrutis Leben und Tod, Frankfurt/M. 1972 (1. Aufl.)

Arthur Lehning: Die Spanische Tragödie, in: Tranvía. Revue der Iberischen Halbinsel, Nr. 2/ Juli 1986 (Berlin)

Elisabeth Voß: Wegweiser Solidarische Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich, Neu-Ulm 2010 (1. Aufl.)

MYTHOS & HOFFNUNG

Um Spaniens Freiheit...

Eine politische Biographie ist oftmals verbunden mit der Solidarität zu fremden Ländern, zu Bücher, die einen berührten, zu Aktionen, die aus Wut und/oder Solidarität das eigene Leben mitbestimmten. Mein Land war vermutlich Spanien.

Spanien gehörte hier mit zu meinen ganz frühen Schnittpunkten politischen Handelns und Denkens. Ich erinnere mich noch gut an eine Solidaritätsdemonstration für den spanischen Anarchisten Salvador Puig Antich in Westberlin: Es war eine traurige Demonstration, weil nur wenige Menschen daran teilnahmen. Salvador gehörte zu den Anarchisten und war einer der letzten Menschen, der in Spanien durch die Garotte, einem mittelalterlichen Hinrichtungsstuhl, zu Tode gebracht werden sollte. Wir, aber auch andere Menschen auf der Welt, haben es nicht verhindern können, dass er am 2. März 1974 hingerichtet worden ist, ca. eineinhalb Jahre vor Francos Tod und dem Ende jener faschistischen Diktatur.

Der Spanische Bürgerkrieg war schon zu jener Zeit ein Mythos, wenngleich die Literaturlage noch nicht so ausgiebig war wie heute. Wir wussten nicht viel von jenen Ereignissen in Spanien in der Zeit von 1936-39, aber wir wussten, dass Anarchie nicht nur ein Hirngespinst war. Und dies war sicherlich ein starkes Gefühl, um weiter zu machen.

In jenen frühen 1970er Jahren habe ich auch eine kleine Geschichte von einem Spanienkämpfer gelesen – ich weiß heute weder den Namen des Autors noch wo diese Geschichte abgedruckt war – in der ein Mann davon erzählte, wie er Ende der 1960er Jahre in den beliebten Urlaubsorten der Deutschen an der spanischen Mittelmeerküste mit einem Zimmermannshammer in die teuren Autos der Touristen Löcher in die Motorhauben schlug: aus Rache. Unspektakulär, aber befriedigend. Das hat mich irgendwie beeindruckt.

In die frühen 70er Jahre gehört auch mein erstes Theatererlebnis. Es war gleich ein Schock fürs Leben: »Und sie legen den Blumen Handschellen an« von dem spanischen Dramatiker Fernando Arrabal, der im Pariser Exil lebte. Auch hier spielte eine Hinrichtung durch die Garrotte eine Rolle. Diese Szene am Schluss war sehr beeindruckend: Danach ging für ca. 3 Minuten das Licht aus, es war mucksmäuschenstill und stockdunkel im Theater. Plötzlich dröhnte aus den Lautsprechern der Schlager von Udo Jürgens »Und immer immer wieder geht die Sonne auf...« Was hat dieser Franco nur mit meinem Spanien gemacht?

Was immer auch Arrabal in den 80er Jahren dazu bewegte eine konservativere Haltung anzunehmen, so war er doch in seiner damaligen Theaterarbeit, seinen im höchsten Maße poetischen Büchern und Filmen, jener, der mich stark prägte.

Weniger Eindruck in meinen Kindertagen hinterließ bei mir das Buch über Don Quichotte von Miguel de Cervantes aus dem frühen 17. Jahrhundert, aber eigentlich ist dies kein Kinderbuch, wie so einige Bücher (Robinson Crusoe von Daniel Defoe, Gullivers Reisen von Jonathan Swift usw.). Bücher, die durchaus für alle LeserInnen jeglichen Alters gewinnbringend sind, wurden hier zu »Kinder- und Jugendbüchern« heruntergekürzt und verstümmelt. Der Träumer Don Quichotte, jener Kämpfer gegen Windmühlen, war sicherlich eine traurige Gestalt, aber er war ein Kämpfer, der sich nicht beirren ließ – so was kann Kinder schon beeindrucken.

Als ich dann selbst das erste Mal mit einem Interrail-Ticket nach Spanien reiste, um selbst mal in Barcelona auf den Spuren der AnarchistInnen zu wandeln, herrschte immer noch das Franco-Regime und jede Begegnung mit einem »Lackhelm« (der Guardia Civil) war für mich mit unangehmen Gefühlen verbunden. Der Schmerz saß tief über die verlorene Freiheit Spaniens. An die Menschen in den Zügen erinnere ich mich heute noch gerne. Sie waren feundlich, teilten ihr Essen mit mir, und dass obwohl ich kein Wort spanisch konnte. Aber letztlich wollte ich Spanien schnell hinter mir lassen. Dieses Spanien.

Nach Francos Tod 1975 wandelte sich Spanien langsam und passte sich politisch in die neu entstehende europäische Gemeinschaft ein. Mit Parlament, Parteien und einem Königshaus. Die anarchistische Idee geriet unter der Diktatur in Vergessenheit und viele ExilantInnen kehrten nie wieder in das Land ihrer Hoffnungen zurück. Die AnarchistInnen stritten sich auf recht unwürdige Weise über das Erbe der großen CNT, jener anarchosyndikalistischen Gewerkschaft, die im Spanischen Bürgerkrieg versuchte, gleichzeitig eine Soziale Revolution umzusetzen.

Wenn in den heutigen Tagen die spanische Jugend – trotz der Verbote – auf die Straße geht, um zu demonstrieren,, schwingt bei mir immer noch die Hoffnung mit, dass es nicht nur um besser bezahlte Jobs geht, sondern, dass vielleicht ein wenig der damalige Geist der Revolution mit auf den Plätzen und Straßen weht. Um Spaniens Freiheit... Es könnte dann auch die unsrige werden.●

Bruno Bär

Anzeige

325

iz3w

Vorsicht Baustelle! – Chinas roter Kapitalismus

Außerdem: ▸ Repression in Ägypten ▸ Misere in Uganda ▸ Eskalation in Syrien ▸ Debatte um Sklavenhandel ...

56 Seiten, € 5,30 + Porto

auch als PDF-Download

iz3w - PF 5328 - 79020 Freiburg - Tel. 0761-74003 - www.iz3w.org

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

AUSSTELLUNG »PUEBLO EN ARMAS«

Bürgerkrieg und Revolution in Spanien 1936-1939
Ausstellung und Veranstaltungsreihe
19.7.2011 – 31.07.2011

Villa Leon
Amt für Kultur und Freizeit der Stadt
Nürnberg, Gewerbemuseumsplatz, 90403 Nürnberg

19.7., Ausstellungseröffnung
19.7., 20 Uhr
Kampf der Erinnerungen
Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft, 1936 bis 2011

20.7., 20 Uhr
Eine andere Welt war im Juli 1936 möglich!
Die Biographie von Abel Paz

21.7. 20 Uhr
George Orwell »Mein Katalonien«

22.7., 20 Uhr
Geschichte der CNT

23.7., 20 Uhr
Augustin Souchy
Biographie

24.7., 18 Uhr
Geschichte der Freien Arbeiter Union (FAU)

24.7., 20.15 Uhr
»Land and Freedom«, Spielfilm von Ken Loach

26.7., 20 Uhr
»Ich bin nicht an die Front gekommen, um mit dem Putzlumpen in der Hand zu krepieren.«
Frauen im Spanischen Bürgerkrieg

VERNETZUNGSTREFFEN VON GEMEINSAMEN ÖKONOMIEN UND FINANZKOOPERATIVEN

Die Unsichtbarkeit Gemeinsamer Ökonomien

Hier zu Lande gibt es eine Vielzahl gemeinsamer Ökonomien (GemÖk, auch: Finanzkooperativen), also Gruppen von Menschen, die ihr Privateigentum zumindest teilweise zugunsten von Gemeinschaftseigentum aufgegeben haben und gemeinsam versuchen solidarisch, hierarchiefrei und bedürfnisorientiert zu wirtschaften. In der Regel führt die Gruppe ein Gemeinschafts-Konto, auf das laufende Einnahmen eingezahlt werden und über das alle gleichermaßen selbstbestimmt verfügen können. In manchen Fällen sind auch Ersparnisse, Erbschaften und Schulden kollektiviert. Viele der GemÖks sind außerhalb von Kommunen organisiert und agieren im Privaten – ohne Vernetzung und Sichtbarkeit nach außen.

Foto: Martin Langer/Focus

Von ranuk ● Welche Voraussetzungen braucht Mensch, um sich in einer Gemeinsamen Ökonomie mit anderen wohl zu fühlen? Sicherlich den Willen durch konkretes Handeln zumindest im Kleinen Besitzunterschiede zu überwinden und ungleiche Chancenverteilung aufzubrechen. Vielleicht auch den Wunsch nach Freiräumen. Einen Schritt weg vom Arbeitszwang, von der kapitalistischen Waren- und Verwertungslogik, die jeder Arbeit einen Geldwert zuordnet, unabhängig davon, welchen Sinn diese für Mensch und Mitwelt macht. Freiräume für mich und Andere, die Platz für politische Arbeit, Reproduktion und Regeneration schaffen. Ganz sicher braucht es aber auch die Bereitschaft einen Umgang mit inneren und äußeren Grenzen zu finden.

Innere und Äußere Grenzen

Auch wenn ich die politische Idee verfolge, mit meiner GemÖk durch langfristige solidarische Beziehungen ein gemeinsames Sicherheitsnetz zu bauen, das diejenigen mit geringerem oder keinem Einkommen trägt, das dem gesellschaftlichen Trend der Marginalisierung, Armut und Individualisierung entgegenwirkt, bin ich immer wieder mit der Ungleichzeitigkeit zwischen meinem Denken, Handeln und Fühlen konfrontiert. Selbst wenn ich die Umwandlung von Privat- in Gemeineigentum wichtig und richtig finde, auch danach handle – in meiner GemÖk und anderswo – kann es trotzdem sein, dass mein Gefühl hinterherhinkt. Einfach weil ich es anders gelernt habe oder in meiner Umwelt ständig mit Individualisierung, Wachstumszwang und Profitmaximierung konfrontiert bin. Interessant wird es, wenn die Ressourcen knapp sind. Wie finanzieren wir einem meiner GemÖk-Mitglieder die berufliche Umorientierung, wenn gerade sowieso Ebbe in der Kasse ist? Tief in mir regt sich ein »Kann er nicht einfach weiter als Schreiner arbeiten? Es war doch gar nicht so schlimm und verdient hat er auch besser. Ich muss ja gerade auch ganz schön ranklotzen«. Hoppla, da war sie wieder, die kapitalistische Verwertungslogik. Dabei hatte ich doch schon mal für mich klar, dass ich möchte, dass wir nach unseren Fähigkeiten arbeiten und nach unseren Bedürfnissen leben. Ach und da war ja noch was. Ich wollte ja auch auf meine eigenen Bedürfnisse achten. Ich MUSS ganz schön Ranklotzen? Da hat mich auch noch meine protestantische Arbeitsethik links überholt. Immer wieder wird deutlich: GemÖk bietet viel Raum für gemeinsame und individuelle Reflexion. Über Arbeitsverhältnisse, Konsummuster, Wohlstand und Bedürfnisse.

Schwerpunkte für die inneren Grenzen sind von Person zu Person und von Gruppe zu Gruppe unterschiedlich. Viel hängt davon ab, welchen Umgang ich mit Austausch, Gegenseitigkeit und Vertrauen gelernt habe. Entscheidend ist aber auch, in welchen Rahmenbedingungen sich die Gruppen bewegen. Sind die Einkommensunterschiede in der Gruppe sehr groß? Sind die Lebensrealitäten der Mitglieder sehr unterschiedlich? Haben sie Kinder? Sind Eltern zu versorgen? Gibt es große Unterschiede bezüglich der Konsumgewohnheiten? Gibt es viele Überschneidungen im Alltag oder leben alle an weit voneinander entfernten Orten? Bin ich bereit, Vertrauen in mein Gegenüber aus mir selbst heraus zu generieren oder mache ich den Umweg über die Kontrolle?

Grenzen werden auch von Außen gesetzt. Wer in einer GemÖk solidarisch mit anderen wirtschaftet und in Kontakt mit Ämtern tritt (z.B. durch den Bezug von Hartz IV) wird immer wieder von Außen individualisiert. Auch unser Erbrecht sieht keine Gemeinsamen Ökonomien außerhalb der Ehe vor.

Für diese und andere Herausforderungen entwickeln GemÖks kreative Lösungen. Manchmal wird über lange Zeiträume diskutiert, mit sich und den Anderen gerungen, bis ein stimmiges Konzept dafür ausgearbeitet ist, wie z.B. mit Flügen umgegangen wird, wie eine solidarische Ausstiegsregelung aussehen kann, wie für die Ausbildung von Kindern in der GemÖk gesorgt werden kann oder wie im Fall der Fälle das Erbe einer Person geregelt wird.

Vernetzung der GemÖks und FinanzKoops

Da zahlreiche gemeinsame Ökonomien im Privaten agieren und ausschließlich über persönliche Beziehungen miteinander vernetzt sind, verbleibt ein großer Reichtum an Erfahrungen, Wissen und Lösungsansätzen im kleinen Kreis. Für die einzelnen Gruppen und auch für Menschen, die nach solidarischen Alternativen zu herrschenden Modellen von Alltagsökonomie, Arbeit und Eigentum suchen, ist das ein großer Nachteil. Sie könnten voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen. Auch das gesellschaftsverändernde Potential durch Ausstrahlung auf andere Menschen bleibt auf der Strecke.

Um der Vereinzelung der unterschiedlichen Gruppen entgegen zu wirken, haben nun vier gemeinsame Ökonomien ein Wochenendseminar zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung von bestehenden GemÖks und FinanzKoops organisiert. Es wird vom 28. bis 30. Oktober 2011 in Kassel stattfinden. Vor allem soll auf diesem Treffen Platz sein, konkrete Fragestellungen und Problemlagen aus den unterschiedlichen GemÖks zu diskutieren und sich über Erfahrungen, Modelle, Lösungsansätze aus anderen Gruppen zu informieren. Der zweite Teil des Seminars dient der Vernetzung nach Innen und Außen. Es wird sich zeigen, ob die TeilnehmerInnen ein Interesse daran haben, sich zukünftig auch finanziell gegenseitig zu unterstützen. Ob es einen gemeinsamen Topf für Notlagen geben könnte oder gar ein Finanzausgleichsmodell. Auf dem Programm steht auch die Frage, ob die GemÖks in Zukunft gemeinsam nach außen auftreten möchten um das Modell FinanzKoop bekannter zu machen. Spannend an diesem Punkt ist die Frage: An welchen Punkten wird eine Gemeinsame Ökonomie oder eine FinanzKoop eigentlich politisch?●

Vernetzungstreffen von gemeinsamen Ökonomien und Finanzkooperativen, Freitag 28. bis Sonntag 30. Oktober 2011, Karoshi, Gießbergstraße 41-47, 34127 Kassel.
Anmeldung und Informationen: ranuk@web.de

Anzeige

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Laienverteidigungsnetzwerk gestartet
Laut § 138,2 StPO können »andere Personen« als RechtsanwältInnen u.ä. »mit Genehmigung des Gerichts? zugelassen werden«. In den Kommentaren zu diesem Paragraphen finden sich Hinweise, dass das Gericht vor allem die Rechtskunde und Vertrauenswürdigkeit des/r LaienverteidigerIn prüfen muss. Ist die gegeben, muss es zustimmen. Auf dieser Grundlage, aus Überzeugung, dass gegenseitige Hilfe und Selbstermächtigung emanzipatorischen Zielen mehr entsprechen als Abhängigkeit von Geld und AnwältInnen, und aus der Hoffnung, dass politisch offensive Verteidigung vor Gericht so gefördert werden kann, entwickelte sich in den vergangenen Monaten eine Praxis, nach der sich AktivistInnen gegenseitig vor Gericht unterstützten. Trainings zum Umgang mit Gerichten vermittelten das nötige Know-How. Anfang Mai nun gaben knapp 15 Personen auf einem Treffen in der Projektwerkstatt Saasen den Startschuss nicht nur für eine bessere Organisierung und Schulung der Selbst- und gegenseitigen Verteidigung vor Gericht, sondern auch für Schulungen, die das Wissen für verteidigende Personen stetig erweitern. Zur Abwehr haben viele Gerichte inzwischen unter Missachtung des § 138,2 LaienverteidigerInnen verboten – hiergegen laufen Verfassungsklagen.
Mehr unter www.laienverteidigung.de.vu.

Vorbehalte gegen Oberstaatsanwalt bestätigt
In den Prozess gegen den Polizeibeamten Andreas Schubert im Fall Oury Jalloh versucht Oberstaatsanwalt Preissner, die uniformierten TäterInnen zu schützen. Nachdem ein Zeuge dargelegt hatte, dass die Polizeibeamten März und Scheibe – entgegen ihrer eigenen Angaben – kurz bevor Oury Jalloh verbrannte, noch einmal in der Zelle waren, deutet alles darauf hin, dass die beiden etwas mit dem Tod des Afrikaners zu tun haben könnten. Doch der Oberstaatsanwalt freute sich gar nicht über Belastendes: Er forderte, die Beamten erneut zu laden, um zu beweisen, dass sich der Belastungszeuge getäuscht haben muss. Mehr Ungereimtheiten und Vertuschungsmanöver auf
http://de.indymedia.org/2011/05/307831.shtml.

Strafprozess um Flughafenausbau:
Fraport zieht Strafanträge nach öffentlichem Druck zurück
Am Dienstag, den 10. Mai fand vor dem Amtsgericht Rüsselsheim ein Prozess gegen die Flughafenausbaugegnerin Franziska statt, der zur Last gelegt wurde im Frühjahr 2009 zweimal Bäume in der Nähe der Rodungsfläche besetzt zu haben und sich während der polizeilichen Räumung des Widerstandsdorfes im Kelsterbacher Wald in einem Baumhaus festgekettet zu haben. Das Verfahren aufgrund des Vorwurfs des dreifachen Hausfriedensbruchs wurde im Verhandlungsverlauf eingestellt, nachdem die Fraport AG die Strafanzeigen zurückzog. Vorher hatte die Angeklagte mit einem umfangreichen Befangenheitsantrag begründet, warum der Ausbau des Flughafens unerträglich sei, andererseits aber die Richterin befangen sein müsse, weil ihr Arbeitgeber gleichzeitig Mehrheitseigner der Fraport AG sei.
http://de.indymedia.org/2011/05/307740.shtml
und http://waldbesetzung.blogsport.de

Neues Buch bietet Einblicke in Knastalltag
Im Frühjahr dieses Jahres erschien vom für die taz tätigen Journalisten, Sozialpädagogen und Soziologen Kai Schlieter das Buch »Knastreport – Das Leben der Weggesperrten«. Auf 254 Seiten bietet es einen ungeschminkten Einblick in den bundesdeutschen Strafvollzug; er lässt neben einigen Gefangenen auch Professor Kröber (Berlin), einen der bekanntesten deutschen forensischen Psychiater zu Wort kommen. Niemand, der dieses Buch liest, wird auf die BILD -Berichterstattung hereinfallen, wonach Gefängnisse letztlich etwas abgespeckte Hotels seien. Wer neben allgemeinen und auch statistischen Informationen über den Strafvollzug Interesse hat, sich Einzelschicksale von Inhaftierten zu öffnen, dem sei der Kauf dieses Buches uneingeschränkt empfohlen. Er oder Sie wird danach Gefängnisse mit anderen Augen betrachten. Eine ausführliche Rezension findet sich unter
http://de.indymedia.org/2011/05/308112.shtml.
Kai Schlieter, »Knastreport – Das Leben der Weggesperrten« (2011, Westend-Verlag, 254 S., 17,95 EUR, ISBN 978-3-938 060-67-4)

5 Jahre Gießener Federballnacht
Ca. 30 Personen spielten in der Nacht vom 13. auf den 14. Mai 2011 in Gießen an vier Orten rund um Justizkomplex und Knast Federball. Sie erinnerten damit an einen absurden Versuch von Innenministerium, Landes- und regionaler Polizei in gemeinschaftlicher, krimineller Vereinigung mit Gießener RichterInnen und Staatsanwaltschaft, kritische Oppositionelle hinter Gitter zu bringen. Das Oberlandesgericht verglich die Vorgehensweise über ein Jahr später mit den Methoden im Dritten Reich. Um den inzwischen zum Ministerpräsidenten aufgestiegenen Volker Bouffier sowie die Uniform- und RobenträgerInnen nicht wegen ihrer offensichtlichen Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung, Verfolgung Unschuldiger usw. belangen zu müssen, erklärte sich die Gießener Staatsanwaltschaft komplett für befangen, während die dann beauftragte Wiesbadener Staatsanwaltschaft durch Dauerverfahren einen Abschluss und damit einen gerichtlichen Entscheid verschleppt. Derweil regiert Bouffier, dürfen RechtsbrecherInnen in Robe und Uniform weiter Menschen jagen oder über sie richten. Peinlich winden tun sich die Verantwortlichen auch vor dem Innenausschuss im Hessischen Landtag. Ende Mai brachte Landespolizeichef Münch (laut FR, 28.5.2011) eine neue Erklärung ins Spiel, die diametral allen bisherigen Erklärungen und allen Vermerken der beteiligten Polizisten entgegen steht: Die Polizei hätte von allem nichts gewusst
...Bericht zum 5-Jahres-Spiel:
http://de.indymedia.org/2011/05/307837.shtml
Hintergrundseite: www.projektwerkstatt.de/14_5_06

Fakes gegen Zensus
Der Zensus ist in vollem Gange und hat mit diversen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie man auf der Homepage der ZENSUS2011-GegnerInnen lesen kann (http://zensus11.de/). Auch in Ostsachsen klappt nicht alles so reibungslos, wie die Datensammler sich das wünschen würden. Zuletzt tauchten im ganzen Landkreis Görlitz angeblich gefälschte Schreiben des Statistischen Landesamtes Sachsen auf. In diesen wird vor den BefragerInnen gewarnt, da sich unter diesen Nazis, Sektenmitglieder und andere fragwürdige Gestalten eingeschleust haben könnten. Eine Tatsache, die selbst der Erhebungsbeauftragte in Zittau, Edgar Juschkeit, in einem Artikel der Sächsischen Zeitung nicht leugnet. Ein bezeichnendes Verhalten der ZENSUS2011-Offiziellen.
http://de.indymedia.org/2011/05/307757.shtml
(Infoseite zu Fakes: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/dan/fake.html)●

Jörg Bergstedt

ALTMARK:

Kollektiv in die Arbeitsgemeinschaft

Arbeitsgemeinschaften sind im Baugewerbe keine Seltenheit. Allerdings schließen sich dort vornehmlich Unternehmen zur Abwicklung großer Bauprojekte zusammen. Dass es auch anders geht, zeigte eine Arbeitsgemeinschaft aus der Altmark.

Von Mario Simeunovic ● Dass eine Arbeitsgemeinschaft durchaus auch als Rahmen für kollektives Arbeiten taugt, bewies eine AG freier HandwerkerInnen in der Altmark. Jonas Kuckuk vom Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker (BUH e.V.) berichtete im FREIBRIEF 2/2010 über den ungewöhnlichen Versuch, den vereinten Meistern und Großbetrieben ein Schnippchen zu schlagen.

Anlass war ein Bauvorhaben eines alternativen Bildungsvereins. Das Projekt selbst war zu groß, als dass ein meisterfreier Alleinunternehmer es hätte allein bewältigen können. Die Aufgabenstellung erforderte die Zusammenarbeit unterschiedlicher Gewerke/Branchen. Die untereinander bekannten HandwerkerInnen überlegten, wie sie dennoch zum Zug kommen könnten.

Das ARGE-Projekt Foto: BUH e.V.

In guter Gesellschaft

Es musste ein verbindlicher Rahmen geschaffen werden, um Verantwortlichkeit, Organisation und Abrechnung zu klären. Zudem sollte die Zusammenarbeit zeitlich auf das Bauprojekt beschränkt sein. Bekannte Gesellschaftsformen wie eine GmbH oder eine Genossenschaft schieden somit aus, denn beide sind auf Dauer angelegt und erfordern zur Gründung entweder einen erheblichen Einsatz an Kapital (GmbH) oder an Gebühren und Aufwand. Bei Genossenschaften sind dies Kosten für die Eintragung ins Genossenschaftsregister und die jährliche Prüfung durch den Verband. Um also Kosten und Aufwand für Notare, Gewerbeanmeldung, aufwendige Buchhaltung und Bilanzierung zu sparen, blieb eigentlich nur noch die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) als Gesellschaft der Wahl.

Ihrer Natur nach ist eine ARGE eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), mit gleichen Rechten der Beteiligten und gesamtschuldnerischer Haftung. Gegründet wurde die ARGE durch die Unterschrift der HandwerkerInnen unter einen ARGE-Vertrag. In ihm wurde das Bauprojekt als Zweck festgelegt sowie die Beiträge der einzelnen HandwerkerInnen zur Abwicklung festgelegt.

Drum prüfe, was sich bindet

Schriftlich fixiert werden musste auch die Bezahlung und Abrechnung, wer die Arge nach außen, gegenüber dem Auftraggeber, vertritt und wer für die Abrechnung verantwortlich ist. Es sollte nach Arbeitsstunden abgerechnet werden, jede und jeder zu einem einheitlichen Stundensatz. Um Streit um die Anerkennung geleisteter Stunden zu vermeiden, wurde eine Person bestimmt. Sie erfasste die Stunden und nur was sie notierte, war verbindlich und galt bei der Abrechnung.

Weiterhin sollte ein/e Sicherheitsbeauftragte/r gewählt werden, um über die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen und der Sicherheit am Bau zu wachen. Im Übrigen sollte jede/r für seinen Beitrag zum Bau einstehen und verantwortlich sein. Auch ein Geschäftskonto wurde benötigt. Schnell stellte sich heraus, dass damit an den ARGE-Vertrag hohe Ansprüche gestellt waren, so dass mit der Formulierung ein Anwalt beauftragt wurde.

Vorsicht, einen Vertrag gibt's auch ohne Papier!

Da für eine ARGE als Gesellschaft bürgerlichen Rechts keine Schriftform vorgesehen ist, kommt eine ARGE schon zustande, wenn mehrere HandwerkerInnen ein gemeinsames Angebot abgeben. In diesem Fall kann nachträglich noch ein ARGE-Vertrag aufgesetzt werden, sofern alle einverstanden sind und unterschreiben. Weigert sich jedoch ein/s Gesellschafter/in, gibt es keinen schriftlichen Vertrag und dieser kann auch nicht verlangt werden. Für alles was nicht vereinbart wurde, gelten die – unter Umständen ungünstigen – Bestimmungen des BGB. Dann müsste beispielsweise jede/r HandwerkerIn gleiche Anteile an der Arbeit verrichten. Es ist also von Vorteil, die konkreten Leistungsanteile zu vereinbaren.

Gerade Fragen der Begrenzung der Haftung von einzelnen Mitgliedern einer ARGE bei Vertragsverletzungen nach außen können ein Kollektiv sprengen und gerichtliche Auseinandersetzungen langwierig und teuer machen. Wer denkt schon an ein Mitverschulden, weil der unerfahrene Kollege von der erfahrenen Kollegin nicht ausreichend beaufsichtigt wurde? Alle diese Unwägbarkeiten können eine eingehende Beratung und Prüfung des ARGE-Vertrages auch für jede GesellschafterIn einzeln sinnvoll erscheinen lassen. Hier muss von Fall zu Fall, immer aber im Vorhinein, entschieden werden, wo Vertrauen ausreichend oder eine schriftliche Festlegung notwendig ist.

Weitere wichtige Fragen sind, wie beim Ausscheiden einer/s HandwerkerIn, also einer GesellschafterIn, verfahren werden soll oder auch bei Krankheit. Bei großen und teuren Projekten mit hohem Risiko können weitere Absicherungen im Vertrag sinnvoll sein. Möglich ist dabei auch die Festlegung der Zusammensetzung und Einrichtung eines Schiedsgerichts, welches Streitigkeiten außergerichtlich beilegen kann.

Trotzdem die Chancen nutzen

Aber von den hier aufgezählten Risiken sollte sich niemand abschrecken lassen. Art und Umfang der Regelungen sowie der für die Umsetzung notwendige Aufwand wird letztlich vom Risiko des gemeinsamen Projekts bestimmt. Wenn dieses Risiko existenzbedrohende Ausmaße annehmen könnte, so sollte entsprechende Sorgfalt auf den ARGE-Vertrag verwendet werden. Ob hier Musterverträge ausreichend sind, wie sie gegen Gebühr im Internet verfügbar sind, ist zumindest fraglich.

Die Menschen machen die Arbeitsgemeinschaft

ARGEn selbst sind übrigens nicht gewerbesteuerpflichtig. Eine einfache Einnahme-Überschussrechnung genügt für die Abschlussbilanz. Die Gewinnausschüttung nach Auflösung der ARGE muss dann jedes Mitglied für sich als Einnahme versteuern. Diese Einnahmen sind dann auch gewerbesteuerpflichtig.

Doch zurück zu unseren HandwerkerInnen aus der Altmark. Nachdem der ARGE-Vertrag von allen unterschrieben wurde und sowohl der Bildungsverein als auch deren Architekt vom Angebot überzeugt waren, ging es in einfachen Schritten weiter. Dem Kunden wurden zwei AnsprechpartnerInnen genannt. Mit dem ARGE-Vertrag wurde bei einer Bank ein Geschäftskonto eröffnet und beim Finanzamt eine Steuernummer abgeholt.

Ein tägliches gemeinsames Mittagessen sorgte für nachhaltig gute Stimmung und beim Feierabend-Kaffee wurde Organisatorisches besprochen. Selbstverständlich traten auch Konflikte und Reibereien auf, aber nichts, was nicht mit etwas Gelassenheit gelöst werden konnte. Gelassenheit sei übrigens eine unverzichtbare Voraussetzung für die Beteiligung an einer ARGE, meinte am Ende einer der InitiatorInnen. Es sei zwar nicht gerecht, aber doch vertretbar gewesen, dass einige Maschinenverschleiß gehabt und dennoch nur den Einheitsstundenlohn erhalten hätten. Die Idee einer egalitären Form von Vergütung sei ihnen wichtiger gewesen.

Zum Abschluss waren alle Beteiligten zufrieden mit ihrer Arbeitsgemeinschaft, dem Kollektiv, dem Ergebnis und besonders den gewonnenen, wertvollen Erfahrungen.●

www.buhev.de

Anzeige

ÜBER 30 JAHRE AKTIV – DAS GÖTTINGER MITTELAMERIKA-KOMITEE

Mehr als Samba und Salsa

Der Berliner Lateinamerika-Redakteur André Scheer berichtete im April 2011 über den Parteitag in Kuba und resümiert: »Die Kubaner haben einiges zu verlieren. Auf der anderen Seite der Mauer lauern nicht die leuchtenden Schaufenster Westberlins, sondern die Slums von Haiti.« In dieser Spannung lebt die Insel. Kuba ist auch das Semesterthema des Göttinger Mittelamerika-Komitees.

Von Kai Böhne, Redaktion Göttingen ● »Für uns besteht Mittelamerika nicht nur aus Samba und Salsa«, erklärt die Diplompädagogin Friederike Flade. Die Dozentin einer Altenpflegeschule engagiert sich seit mehreren Jahren im Göttinger Mittelamerika Komitee. »Wir wollen uns mit der Kultur und vor allem den sozialen und politischen Hintergründen in den Ländern Mittel- und Südamerikas auseinandersetzen. Jedes Semester wählen wir ein anderes Land oder ein anderes Thema. Peru, Migration in die USA oder Befreiungstheologie waren frühere Schwerpunkte.«

Inhaltlich und organisatorisch arbeitet das Mittelamerika-Komitee eng mit Gruppen zusammen, die sich ebenfalls für diese Region engagieren. Das sind in Göttingen vor allem der Verein »Amistad con Nicaragua«, der sich für eine Städtepartnerschaft zwischen Göttingen und La Paz Centro in Nicaragua einsetzt, die Regionalgruppe der Freundschaftsgesellschaft »BRD – Kuba e.V.« und der Weltladen in der Nikolaistraße. Gemeinsam ist es mehreren Göttinger Gruppen gelungen, 2003 die bekannte Schriftstellerin Gioconda Belli und 2006 den Priester und Befreiungstheologen Ernesto Cardenal zu Lesungen nach Göttingen einzuladen.

Bereits im Sommer 1978 gründeten Studierende der Georg-August-Universität das Mittelamerika-Komitee. Durch die sandinistische Revolution in Nicaragua 1979 und die Ernennung von Ernesto Cardenal zum Kulturminister hatte »Lateinamerika« in Folgejahren Hochkonjunktur in Dritte-Welt-Gruppen und unter engagierten Studierenden.

»Das Mittelamerika-Komitee bestand damals aus drei Gruppen«, erinnert sich Ingrid Schellhammer, »einer Guatemala-, einer Nicaragua- und einer El Salvador-Gruppe.« Schellhammer studierte bis 1981 evangelische Theologie in Göttingen und arbeitete in der Guatemala-Gruppe mit. Heute lebt die Datenbankprogrammiererin in Mutterstadt in der Pfalz. Dort hat sie mit anderen einen Weltladen aufgebaut.

Die Mittelamerika-AktivistInnen, Friederike Flade und Martin Bock, freuen sich auf neue MitstreiterInnen, anregende Diskussionen und neue Projekte Foto: Kai Böhne

Teigtaschen mit herzhafter Fleischfüllung

Auch Susanne Bergmann war während ihrer Göttinger Studienzeit, Anfang der 80er Jahre, gemeinsam mit ihrem damaligen Freund in der Guatemala-Gruppe aktiv. »An unserem Stand auf dem Kunstmarkt haben wir selbstgemachte Empanadas verkauft«, erzählt Bergmann, die heute in Mannheim wohnt. »Die halbmondförmigen Teigtaschen mit ihrer herzhaften Fleischfüllung fanden reißenden Absatz.«

Anlässlich der Wahlen in Guatemala und um auf einen Guerilla-Sender hinzuweisen, führte die Gruppe auf der Weender Straße Straßentheaterstücke auf. Samstags informierte ein regelmäßiger Büchertisch vor dem Alten Rathaus. »Unsere Broschüre 'Kein Tourismus in den Faschismus' löste heftige Kontroversen aus«, weiß Bergmann. »Guatemala wurde wegen seiner Indianerkultur von der Tourismusbranche entdeckt und von dort wurde viel Schmuck exportiert. Das haben wir kritisiert.«

»Seit den 80er Jahren gab es verschiedene Phasen der Beteiligung. Inzwischen sehen wir es als wichtige Aufgabe an, Erstsemestern und anderen Neuankömmlingen dabei zu helfen, sich in Göttingen besser zurechtzufinden und sich zuhause zu fühlen«, meint Martin Block, der in Göttingen als Seelsorger und Ethikdozent arbeitet.

»Wir freuen uns über jeden Interessierten, der zu uns kommt«, ergänzt Friederike Flade. »Neben der inhaltlichen Arbeit wird auch gekocht und gefeiert.«●

Martin Block beantwortet gern telefonische Fragen unter (05 51) 531 56 05. Das Mittelamerika Komitee trifft sich jeden Dienstag um 18.30 Uhr im Gruppenraum der Evangelischen Studierenden Gemeinde in der Oberen Karspüle 30.

STADTTEILGENOSSENSCHAFT HALLE-NEUSTADT

Von Bürgertreff bis Wohnservice

Breites Angebotsspektrum zielt auf mehr Lebensqualität

Halle-Neustadt ist noch immer gekennzeichnet durch Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher und die fehlende Einkommens- und Kaufkraft. Mit der Gründung einer Stadtteilgenossenschaft, also einer Genossenschaft, die die Entwicklung und Stärkung ihres Stadtteils und der dort lebenden Menschen in den Vordergrund stellt, soll dem entgegengewirkt werden. Die systematische Vorbereitung der Gründung als Projekt lässt hoffen, dass diese Sisyphusarbeit auf guten Fundamenten aufbaut. Sisyphusarbeit als eine Aufgabe, die trotz großer Mühen so gut wie nie erledigt sein wird, kann als typisch für viele Stadtteilgenossenschaften gelten. Sie stellen sich schwierigen Themen, denen die meisten anderen Unternehmen ausweichen.

Von Winfried Haas, Red. Genossenschaften ● Nach der Grundsteinlegung im Jahr 1964 entstanden in Halle-Neustadt 9 Wohnkomplexe mit insgesamt 35.000 Wohnungen für 90.000 Einwohner. Heute leben in diesem Programmgebiet »Soziale Stadt« noch etwa 48.000 Einwohner. In Halle-Neustadt besteht der Trend der Abwanderung weiterhin, wenn auch leicht rückläufig. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch und hier leben überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund. Schwierige Zukunftsperspektiven für Jugendliche und Perspektivlosigkeit kennzeichnen die Situation vieler Neustädter. Ein Einkommens- und Kaufkraftverlust geht damit einher, der auch die wirtschaftliche Entwicklung der im Stadtteil verankerten Betriebe und Unternehmen gefährdet.

Geförderte Projektentwicklung

Folgerichtig wurde bei der Fortschreibung des Integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes darauf orientiert, die lokale Ökonomie zu stärken, um damit die Lebensbedingungen für die Neustädter zu stabilisieren. Neue Arbeitsplätze sollten besonders in den Dienstleistungsbereichen geschaffen werden, die für die Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil wichtig sind. Hier setzte das Anfang 2009 gestartete und im Rahmen des ESF-Bundesprogramms »Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier« (BIWAQ) aus dem Europäischen Sozialfonds der EU und aus Mitteln des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geförderte Netzwerk WABI »Wohnen, Arbeiten, Bildung und Integration in Halle-Neustadt« an.

Als eines von vier Teilprojekten soll die »Gründung der Stadtteilgenossenschaft Halle-Neustadt« insbesondere arbeitslosen Personen neue Erwerbsperspektiven bieten und für diese Gruppe neue Arbeitsplätze und Beschäftigung schaffen. Es wurde von Beginn an das Ziel verfolgt, in der zu gründenden Stadtteilgenossenschaft wirtschaftlich tragfähige Jobs und Dienstleistungen zu schaffen. Mit diesen gilt es, die vorhandenen Angebote im Stadtteil zu ergänzen und die Lebensqualität in Halle Neustadt zu verbessern. Durch die Stärkung der Selbsthilfekräfte von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen soll dem Gedanken der gegenseitigen Hilfe und starken Gemeinschaft in genossenschaftlicher Organisationsform zum Durchbruch verholfen werden.

Vorbereitende Aktivitäten

Die Initiatoren des Projektes – die »SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH« (Träger

Kurzporträt

Gründungsjahr: 2011
Geschäftstätigkeit: Haushaltnahe Dienstleistungen, Betrieb Bürgertreff Hemingway und Pustecafé, Gestaltung Werbematerialien, Kinderservice
Zahl der Beschäftigten: einer / weitere freiberufliche Mitwirkende
NutzerInnen: Privathaushalte, Familien mit Kindern, SeniorInnen, Unternehmen, Vereine
Förderauftrag: Förderung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Belange der Mitglieder, kulturelle und soziale Stärkung des Stadtteils
Art der Mitglieder: juristische Personen (Wohnungsgenossenschaft, Vereine, Selbständige) sowie Bürgerinnen und Bürger
Mitgliederanzahl: 15
Pflichtanteil: 100 EUR
Finanzierung: Einnahmen durch Geschäftstätigkeit

Der Einstieg in verschiedene Geschäftsfelder erfolgte über den Bereich Kinderbetreuung. In dieser frühen Phase waren die unterstützenden Organisationen visuell eher zu dominant vertreten

des BIWAQ-Projektes) in Halle und die »innova eG« (Entwicklungsagentur für Selbsthilfegenossenschaften) in Leipzig – begannen zunächst mit dem Aufbau eines Projektbegleitenden partnerschaftlichen Netzwerkes. Dieses gewährleistet die Einbeziehung und Mitwirkung von im Stadtteil tätigen Unternehmen, Vereinen und anderen Gemeinwesenakteuren. Als wichtige Projektpartner begleiteten die Stadt Halle, das Quartiersmanagement von Neustadt, die ARGE SGB II GmbH, das kommunale Wohnungsunternehmen

Anzeige

GWG sowie Wohnungsgenossenschaften engagiert die weiteren Arbeitsetappen bis zur Genossenschaftsgründung.

Zunächst wurden in einer von der ARGE geförderten Maßnahme 18 langzeitarbeitslose TeilnehmerInnen durch Qualifizierung und fachliche Begleitung befähigt und unterstützt, in ihrem lokalen Umfeld neue Angebote und Beschäftigungsperspektiven zu entwickeln. Dabei stand zunächst eine intensive Situationsanalyse auf der Tagesordnung: Für Halle-Neustadt wurde ein Infrastruktur-, Kultur- und Sozialatlas erstellt, der in 762 Datensätzen alle sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Angebote und Institutionen dokumentiert. In einem weiteren Analyseschritt erfolgte eine Bürgerbefragung von Halle-Neustädtern zwischen 18 bis 85 Jahren zu den Wohn- und Lebensbedingungen im Stadtteil. Aus den 647 vorliegenden Fragebögen ergaben sich vielfältige Hinweise darauf, wo »der Schuh drückt«, welche Dienstleistungen, sozialen und kulturellen Angebote in den einzelnen Quartieren fehlen.

Meilenstein Geschäftsfelder

Auf diesem umfangreichen Datenfundus baute der nächste Meilenstein auf: Die Erarbeitung von Geschäftsideen und Geschäftsfeldern wurde mit bedarfsgerechten Fortbildungsbausteinen begleitet, die die ProjektmitarbeiterInnen sowohl für die Erarbeitung eines Geschäftsplanes (betriebswirtschaftliche Grundlagen, Marketing, Kundengewinnung und -bindung, usw.) befähigen als auch für die Gründungsvorbereitung qualifizieren (Satzung, genossenschaftliche Organe, Rechte und Pflichten von Mitgliedern).

Durch eine transparente Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit gelang es, in vielfältiger Weise und in verschiedenen Medien über die Aktivitäten zu berichten. Regelmäßige Veranstaltungsinfos in Tageszeitungen, Anzeigenblättern sowie auf der Internetplattform Halle-Forum, auch in Beiträgen des Regionalfernsehens, machten das Projekt im Stadtteil und darüber hinaus bekannt. Auf Stadtteilfesten und verschiedenen Info-Veranstaltungen der Stadtverwaltung, der Wohnungswirtschaft, in Bürgertreffs und der Kirchgemeinde kamen die MitarbeiterInnen mit den Unternehmen, mit BürgerInnen, Vereinen und anderen Akteuren im Stadtteil ins Gespräch, konnten neue Partner und Unterstützer gewinnen.

Gründung der Genossenschaft

Nach gründlicher zweijähriger Vorbereitung gründete sich am 10. Februar 2011 die »Stadtteilgenossenschaft Halle-Neustadt Service und Dienstleistungen eG«. 14 Mitglieder beschlossen die Satzung, wählten Aufsichtsrat und Vorstand. Und sie trugen sich feierlich in die Gründungs-Urkunde ein. Gründungsmitglieder sind u.a. der »Bauverein Halle & Leuna eG«, selbständige Unternehmer, freiberufliche Journalisten und Einzelpersonen. Der »Genossenschaftliche Prüfverband Halle/Saale e.V.« hatte mit dafür gesorgt, dass das Gründungsprocedere ordnungsgemäß »über die Bühne ging« und sagte seine weitere Unterstützung bei der Stabilisierung und Konsolidierung der Genossenschaft zu.

Die Stadtteilgenossenschaft will sich als Gemeinschaftsunternehmen ihrer örtlich verwurzelten und aktiven Mitglieder engagieren, Halle-Neustadt als zukunftsfähigen Teil der Stadt Halle weiter zu entwickeln. Gemäß ihrem Leitbild leistet sie einen Beitrag

- zu gemeinschaftlich selbstverantwortlichem Handeln der Bewohner und Akteure im Stadtteil, zu bürgerschaftlichem Engagement und Eigenarbeit,
- die Lebensqualität durch ihre Leistungen im Stadtteil für alle Altersgruppen zu erhöhen,
- Halle-Neustadt als Wohnstandort attraktiver zu gestalten,
- wohnungsnahe Arbeitsplätze, insbesondere mit arbeitslosen Personen zu schaffen und zu sichern,
- zur ökonomischen Integration für Menschen mit Migrationshintergrund und zum interkulturellen Gemeinwesen
- das Image des Stadtteiles zu verbessern,
- zur Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts für Halle- Neustadt.

Verschiedene Geschäftsfelder

Zur Umsetzung dieser Ziele errichtete die Genossenschaft einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Dieser sieht folgende soziale und kulturelle Service- und Dienstleistungen vor:

- Haushaltsnahe Dienstleistungen;
- Bürgertreffpunkt Neustadt in der Hemingwaystraße 19;

Stadtteilgenossenschaft Halle-Neustadt
Service und Dienstleistungen eG

- Gestaltung von Werbematerialien wie Flyer, Banner u.ä.;
- Kinderservice – Service für Eltern, die kurzfristige Kinderbetreuung brauchen;
- Betrieb des Pustekaffees im Nachbarschaftszentrum Pusteblume;
- Neustädter Wohnservice – Serviceangebote für Studierende.

Für den Geschäftsbereich Haushaltsnahe Dienstleistungen hat die Stadtteilgenossenschaft Halle-Neustadt eine eigene Werbefigur geschaffen

Ziel der Stadtteilgenossenschaft ist darüber hinaus die Förderung der wirtschaftlichen Belange ihrer Mitglieder. Dabei sollen die Genossenschaftler z.B. folgende Vorteile als Mitglieder erhalten:

- Nutzung gemeinsamer Ressourcen;
- 10% Rabatt für Genossenschaftsmitglieder auf Nutzungsgebühren für Veranstaltungsräume der Genossenschaft;
- 10% Rabatt auf Angebote der Genossenschaft.

Anstehende Aufgaben

Während eines Genossenschaftstreffens am 24. Mai 2011 führten die Mitglieder eine kritische Bestandsaufnahme der Entwicklung des genossenschaftlichen Geschäftsbetriebes in den ersten drei Monaten durch. Neben Erfolgen bei der Gewinnung neuer Partner und dem Start des Bürgertreffs in der Hemingwaystraße lassen sich die künftigen Schwerpunkte mit folgenden Stichworten skizzieren:

• Generell werden die Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Das gilt für alle Geschäftsfelder.
• Mitgliedergewinnung und Ausbau des Kundenstammes: Geplant ist eine »Werbetour« bei Neustädter Unternehmen, um das Angebotsprofil der Genossenschaft bekannt zu machen und Mitglieder zu gewinnen. Dafür wurden bereits Imagemappen erstellt. Auf dem o.g. Genossenschaftstreffen im Mai 2011 wurde vereinbart, dass jedes Mitglied ein neues Genossenschaftsmitglied gewinnt (vor allem im persönlichen Kontakt).
• Herausgabe der Stadtteilzeitung »Neustädter Nachrichten« als Auftrag für die Gestaltung, Werbung und Verteilung der Zeitung. Im Jahr 2011 sind zwei Ausgaben geplant.
• Die Eröffnung des Pustecafé wird für September 2011 vorbereitet.
• Die Kooperation mit Wohnungsbaugenossenschaften/-gesellschaften wird weiter ausgebaut. Desweiteren soll die Zusammenarbeit mit Pflegediensten vorbereitet werden.

Um das innergenossenschaftliche Leben weiter zu entwickeln, findet alle zwei Monate ein Genossenschaftstreffen statt, um die Einbeziehung der Mitglieder sowie deren Identifikation mit der Genossenschaft zu verbessern.●

Kontakt:
Stadtteilgenossenschaft Halle Neustadt Service und Dienstleistungen eG
Vorstand: Tino Kazmarzik, Kerstin Schöne Hemingwaystraße 19, 06126 Halle
Telefon (03 45) 673 49 10

Was ist links?

Christoph Ruf berichtet in seinem Buch von der Basis und dem Mittelbau der drei von ihm als links angesehenen Parteien SPD, Grüne und LINKE. Seine These lautet, dass es vor Ort und in den Regionen schon eine Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern dieser drei Parteien gäbe, die es so auf Bundesebene und auch zwischen den Parteien als Ganze noch nicht geben würde.

Der vierzigjährige Ruf schreibt als freier Journalist vor allem für linksliberale Medien. Die Recherchen für das Buch hat er noch vor Fukushima abgeschlossen. Ruf hat deutliche Sympathien für die Linke, die für ihn aber weiter zu fassen wäre als die drei Parteien und die in ihnen aktiven Menschen. Für ihn sind die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften die Säulen, auf denen das linke Lager steht. Diese Säulen sind nur am Rande Gegenstand seines Buches. Die inhaltlichen Unterschiede zwischen den drei Parteien werden zu wenig herausgearbeitet.

Seine durchaus witzig geschriebenen Beobachtungen zeichnen ein anschauliches Bild der politischen Akteure in Karlsruhe oder Leipzig, in Gera oder Nürnberg – und andernorts. Die prominenteren Ereignisse wie die Koalitionsbildung in Thüringen oder im Saarland, die Kommunismusdebatte oder die Wahl des Bundespräsidenten fließen mit ein. Die Leserin erfährt viel über die vielerorts personell desaströse Lage der SPD, über die großen kulturellen Unterschiede innerhalb der LINKEN und über das Selbstbewusstsein der Grünen als Partei der Mitte. Spannend ist dabei der Blick, denn der Leser erfährt vieles aus dem Alltag der Politik, was sonst so nicht in den Tageszeitungen steht, etwa über die Grünen als neue Volkspartei. Ja, es wird einem Nils Schmid, der baden-württembergische SPD-Vorsitzende, über den Ruf unter anderem zu berichten weiß, er sei mit einer Migrantin verheiratet, plötzlich schon fast sympathisch.

Prominente wie die InitiatorInnen des Institut Solidarische Moderne oder der attac-Gründer Sven Giegold kommen zwar auch vor, stehen aber nicht im Mittelpunkt der Reportagen. Inhaltlich will Ruf einen ausgleichenden modernen Kapitalismus, der auf sozialen Zusammenhalt und ökologische Aspekte achtet. Damit dürfte er genau dort unterwegs sein, worauf es derzeit nach dem postulierten Ende des Neoliberalismus eh hinausläuft. Sein flüssig zu lesendes Buch zeigt: Das Personal dafür steht bereit. Mit den Konzepten kann es aber noch etwas dauern. Offen bleibt, ob man die dafür braucht. Denn eine Antwort, ob für Politik vor allem Inhalte gebraucht werden, bleibt Ruf schuldig. Ja, er treibt – ungewollt? – den Trend zur Personalisierung von Politik weiter voran.●

Bernd Hüttner

Christoph Ruf: Was ist links? Reportagen aus einem politischen Milieu; C.H.Beck Verlag, München 2011, 256 S., 12,95 EUR

Abenteuer DDR.

Kubaner im deutschen Sozialismus

Eben noch eingehüllt in feuchtschwüle tropische Wärme, standen sie plötzlich bibbernd und manchmal sogar ohne Wintermantel in einem Land, dessen Sprache es erst noch mühsam zu lernen galt. Warum um alles in der Welt brachen Menschen von der Karibikinsel Kuba auf, um ausgerechnet in der DDR zu studieren oder zu arbeiten? Ein Aufbruch in die Fremde, den immerhin rund 30.000 Kubaner wagten. Sie blieben mehrere Jahre, blieben um etwa Kunst oder Chemie zu studieren, Maschinen in Textilfabriken zu bedienen oder im Automobilwerk Eisenach am Fließband den »Wartburg« zusammenzubauen.

In Kuba haben 15 Kubaner, die zwischen 1961 und 1989 in der DDR lebten, ihre Erinnerungen an jene Jahre – und somit auch ihre Geschichte mit und in der DDR – dem Journalisten Wolf-Dieter Vogel erzählt. Dabei wurden sie von Ricardo Ramírez Arriola fotografiert, hinzugekommen sind Fotos aus der Zeit der Auslandsaufenthalte. Ein Vorwort der Ko-Autorin Verona Wunderlich und ein Artikel von Wolfram Adolphi, die beide wesentlich am Zustandekommen des Buches beteiligt waren, runden die Ausgabe ab. Die Interviews sind von Wolf-Dieter Vogel häufig in Essays oder Reportagen eingeflochten worden.

Entstanden ist ein schillerndes Kaleidoskop aus Erinnerungen, Bildern, Momenten, Bewegungen. Spiegelungen des DDR-Alltags in kubanischen Biografien, so wie sie 2009 erinnert wurden. Aber es enthält auch Spiegelungen des politischen Welttheaters: der Bau der Berliner Mauer 1961, die Raketenkrise 1962, das Einrücken Kubas in den sozialistischen Block, der Einmarsch in Prag 1968, der Mauerfall 1989, das Ende der DDR. Oft ist es nur eine Anmerkung im Interview, die im Essay an anderer Stelle durch den Autor leichthin mit Fakten und Hintergrund aufgefüllt wird. Manchmal sind es explizite Interviewfragen, wie etwa die, ob Rudi Dutschke ein Thema war.

Wie haben die Kubaner hier gelebt, geliebt, gearbeitet, gefeiert? Wie verlief ihr Leben nach der Rückkehr in die Heimat? Was haben sie mitgenommen aus der DDR? Haben sie Rassismus erlebt? Wie lebte es sich in den Wohnheimen der Ausländer? Und die Liebe, was war mit der Liebe? Um diese Fragen kreisen die Geschichten und geben vielfältige Antworten.

Die mit 18 Jahren in die DDR gekommene Mercedes Portilla arbeitete im Textilkombinat Schmalkalden, ehe die Wende ihr Leben umstülpte und sie von einem Tag auf den anderen zurückkehren musste. Alberto Suzarte studierte mit 19 Jahren Chemie an der Bergakademie Freiberg. Er kam 1963 in Berlin an: »Die Stadt lag noch halb in Trümmern. Das hatte ich nicht erwartet«, sagt er. Suzarte hat heimlich ein Kind mit einer Deutschen, das er zurücklässt, als er heimkehrt. Erst nach dem Mauerfall kam der Sohn in besuchen.

Die strenge Aufsicht in den Heimen und die Wege, sie zu umgehen, das Kichern über den hölzernen Tanzstil der Deutschen, die gegenseitige soziale Kontrolle der Kubaner, die harte Arbeit am Fließband, die zu verheimlichenden oder abzutreibenden Schwangerschaften, weil sonst die Rückkehr droht, Kulturschocks im freizügigen Umgang mit Nacktheit, Kinder großziehen in der Fremde im Studentenheim, der Kampf der Kubaner um Disziplin und Pünktlichkeit. Das Zurückkehren. Alles wird angerissen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Es ist ein höfliches Buch. Die ehemaligen Gäste, inzwischen wieder daheim, vom ehemaligen Gastgeber bei einer Stippvisite befragt: »Wie war's denn eigentlich? Damals. Bei uns. Hat's dir gefallen?«, halten die Contenance. Der Autor bleibt bei den Protagonisten, auch wenn die großen Stränge der Politik, die wirtschaftliche Funktion der Gastarbeiter, der kalte Krieg eingeflochten werden. Katastrophen und Glück werden kontextualisiert, bleiben aber immer persönliche Erlebnisse. Und das ist gut so.

Dadurch ist ein packendes Stück deutsch-kubanischer Erinnerungsgeschichte entstanden. Die Geschichten sind lebendig erzählt, das Buch schwer wieder aus der Hand zu legen. Diese Sammlung ist nicht zuletzt ein reizvolles Angebot, deutsche Geschichte aus dem Blickwinkel von Bewohnern eines sozialistischen Karibikstaates der Dritten Welt zu betrachten.

Wer allerdings weder mit der DDR-Geschichte vertraut ist oder nicht über Vorwissen zu Kuba verfügt, sollte hinten anfangen und das Nachwort zuerst lesen. Dort wird vieles zusammengebunden und in einen Kontext gestellt, was unbedarfte Leser überfordern könnte.●

Bettina Hoyer

Wolf-Dieter Vogel/Verona Wunderlich: Abenteuer DDR. Kubanerinnen und Kubaner im deutschen Sozialismus, Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin, 2011, 184 Seiten, 16,90 EUR

Wegweiser zum eigenen Internetauftritt

Der eigene Internet-Auftritt ist für viele gemeinnützige Organisationen selbstverständlich geworden. Eine gut gemachte Website gilt als Aushängeschild einer Organisation oder eines Vereins. Viele Initiativen, Projekte und Vereine stehen jedoch immer wieder vor dem Problem, ohne große finanzielle Mittel eine ansprechende Website zu konzipieren und dann auch umzusetzen. Doch was macht eine qualitativ gute Webseite aus, was muss sie können und was nicht? Eine neue Publikation der Stiftung MITARBEIT stellt praxisnah den Weg zu einem gelungenen Internet-Auftritt vor.

Über 1,5 Milliarden Menschen nutzen weltweit das Internet. Gemeinsam mit den NutzerInnen wächst alljährlich die Zahl der verfügbaren Webseiten, Schätzungen gehen weltweit von mindestens 155 Millionen Internetseiten aus. Auch für gemeinnützige Vereine, Initiativen und NGOs ist es zunehmend selbstverständlich, mit einer eigenen Internetpräsenz im WorldWideWeb vertreten zu sein. Der Aufwand, der eine gute Internetpräsenz geleistet werden muss, wird allerdings häufig unterschätzt. Dabei gibt es genügend warnende Beispiele wie die vielen Internetpräsenzen beweisen, deren Qualität stark zu wünschen übrig lässt, weil sie nichts mitteilen, nicht aktuell sind und eher abschrecken als begeistern. Was gilt es also zu beachten, wenn eine eigene Website ins Netz gebracht werden soll? Grundsätzlich gilt: Eine Website ist ein Medium der Kommunikation und des Beziehungsaufbaus, das vor allem inhaltlich gefüllt werden muss. Damit dieses Unterfangen sinnvoll und effektiv gelingt, bedarf es eines guten Konzepts und einer sorgfältigen Planung sowie technischer und gestalterischer Kompetenz. Diese Investition in Arbeit und Zeit für Konzept und Planung ist die Voraussetzung für eine zügige Umsetzung und ein zufriedenstellendes Resultat.

Andreas Schulte-Hemming empfiehlt kleinen Vereinen und Initiativen, im Vorfeld selbstkritisch zu prüfen, ob sich der Gang ins Internet für die eigene Organisation wirklich lohnt: Welche Ziele und Zielgruppen sollen mit einer Website erreicht werden? Mit welchem Aufwand an Zeit und Geld muss gerechnet werden? Steht der Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen?

Auch Vereine und Initiativen, die bereits im Netz vertreten sind, können von den Tipps und Hinweisen der Praxishilfe profitieren und Verbesserungen, Korrekturen oder – wenn nötig – eine grundlegende Überarbeitung ihrer Webpräsenz angehen.

Die Publikation hilft, eine Balance zu finden zwischen dem »Selbermachen« und dem »Abgeben«, zwischen der Entwicklung eigener Kompetenzen und dem Rückgriff auf professionelle Unterstützung. Es wird deutlich, wie es trotz aller gestalterischen und informationstechnischen Herausforderungen und geringer finanzieller Ressourcen gelingen kann, eine qualitätsvolle Website zu erstellen, die den eigenen Erwartungen und denen der Nutzer/innen gerecht wird.●

Aus mitarbeiten 01/11

Schulte-Hemming, Andreas: Erfolgreich ins Netz. Ein Wegweiser zum eigenen Internetauftritt für Vereine, Initiativen und Projekte. Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2011, 122 S., 10 EUR zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit. de

Das zarte Pflänzchen Solidarität

Vor vier Jahren wurden im Sommer 2007 erst Axel, Florian und Oliver in Brandenburg verhaftet; und nur wenige Stunden später Andrej in Berlin. Ihnen wurde von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen Mitglieder der militanten gruppe (mg) zu sein.

Jetzt, eineinhalb Jahre nachdem der Prozess gegen Axel, Florian und Oliver mit einer Verurteilung endete, erschien seitens des »Bündnis für die Einstellung der § 129(a)-Verfahren« eine 86-seitige Publikation zur Nachbereitung, der Soliarbeit und auch gedacht als Handreichung für künftige Soli-Gruppen.

In vier Kapiteln werden neben den Fallen und Freuden der Soliarbeit (S. 9-30), die Öffentlichkeits- und Pressearbeit (S. 31-45), die konkrete Soliarbeit rund um den Prozess (S. 46-64) sowie die Ermittlungsmethoden (S. 65-72) ausführlich dargestellt.

In erfreulich ungeschminkter Direktheit werden neben den eigenen Stärken auch die Schwächen aufgezeigt; angefangen bei der Herausforderung, eine gemeinsame Basis mit dem speziell um Andrej (einem Wissenschaftler einer Universität) herum entstandenen Solikreis zu finden, der konkreten materiellen und persönlichen Unterstützung der Verhafteten und im Gefängnis befindlichen Beschuldigten, der hierdurch bedingten Auseinandersetzung mit dem Thema Knast, bis hin zur Prozessbegleitung, Prozessberichterstattung.

Gerade die Darstellung, soweit dies in einer für die Öffentlichkeit gedachten Publikation verantwortbar ist, ohne auch den staatlichen Repressionsbehörden allzu viel zu verraten, des Entwicklungsprozesses von der Entstehung und dem Verlauf der Soligruppe(n) und Soliarbeit, wie auch die Darstellung der Methoden der Polizei-/Verfassungsschutzbehörden macht diese Veröffentlichung zu einem auch künftig wichtigen »Ratgeber«, wie in § 129(a/b)-Verfahren eine sinnvolle und wirkungsvolle Solidaritätsarbeit geleistet werden kann, aber mit welchen Schwierigkeiten auch zu rechnen ist.

Hier ist den AutorInnen dafür zu danken, kein falsches, rosiges Bild gezeichnet zu haben. Solidarität ist in der Tat ein zartes Pflänzchen, das gehegt, gepflegt und gegossen werden will; das mg-Verfahren ist ein anschaulicher Beleg hierfür.●

Thomas Meyer-Falk

Bündnis für die Einstellung der § 129(a)-Verfahren: »Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen – Zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg)«, edition assemblage, 86 Seiten, 4,80 EUR, www.edition-assemblage.de, http://einstellung.so36.net/de/1815

»Minderwertige Psychopathen«

Bunt gefärbte Scans von Verbrechergehirnen, die Wiederentdeckung der »gefährlichen Menschen« in der gegenwärtigen Debatte um die Sicherungsverwahrung von Straftätern, die erregte Auseinandersetzung um angebliche Milde gegenüber »jugendlichen Intensivtätern«: Die aktuellen Aufreger in der Kriminal- und Strafpolitik sind nicht so neu, wie sie scheinen.

Schon in der Weimarer Republik reagierte die Gesellschaft auf wirtschaftliche und soziale Krisenphänomene mit einem verstärkten Blick auf Straftäter, suchte im Körper und im Charakter des Täters nach den Ursachen für Devianz – und stellte diese mit Ausgrenzung und Typisierungen zugleich selbst her.

Wie das im Einzelnen aussah, analysiert der Gießener Historiker Thomas Kailer in seiner Dissertation zur »Kriminalbiologischen Untersuchung« in Bayern. Theodor Viernstein, Arzt im Zuchthaus Straubing, entwickelte ab 1923 umfangreiche Vermessungs- und Erfassungspraktiken bei Strafgefangenen. Wegen der hohen Rückfallzahlen bei Kriminellen war der Strafvollzug in eine Effizienzkrise geraten. Daher versuchte man, die Inhaftierten in besserungsfähige Gelegenheitsverbrecher und unverbesserliche Gewohnheitsverbrecher einzuteilen. Nur die Besserungsfähigen sollten den 1921 eingeführten pädagogisch ausgerichteten Stufenstrafvollzug durchlaufen, die Unverbesserlichen bloß verwahrt werden.

Die Kriminalbiologische Untersuchung – Kailer hat dafür erstmals eine Stichprobe aus den zehntausenden Fragebögen ausgewertet – unternahm deshalb eine umfassende Vermessung und Einordnung des Gefangenen: Seine Lebensgeschichte wurde auf kriminelle Marker (frühe Kriminalität, zerrüttetes Elternhaus) überprüft, sein Charakter auf Labilität, Impulsivität, Leichtsinn und Aggressivität durchleuchtet. Kailers konzise Analyse macht deutlich, dass weniger die Erkenntnisse der sich formierenden Kriminologie, sondern vielmehr lebensweltliche Annahmen und Vorurteile über die Liederlichkeit und Haltlosigkeit der »gefährlichen Klassen« und die aufscheinende Angst vor der Degeneration der Gesellschaft die Untersuchung bestimmten. Der Körper des Gefangenen wurde zwar aufwändig anthropometrisch vermessen, der Untersuchte zudem nackt fotografiert. Kailer zeigt, dass die Untersuchung trotzdem weniger kriminalbiologisch als vielmehr kriminalcharakterologisch ausgerichtet war. Und trotz des ständigen Bezugs auf eine durch Biologie und Charakter des Täters evozierte Andersartigkeit, blieb die Schuldfähigkeit des Straffälligen unangetastet. Auch ein Straftäter, der durch die Kriminalbiologische Untersuchung als »minderwertiger, gefühlskalter Psychopath« mit einer ins Psychiatrische reichenden Terminologie etikettiert war, wurde immer noch für seine Taten voll verantwortlich gemacht.

Die Untersuchungen von Gefangenen in den einzelnen bayerischen Strafanstalten wurden durch eine zentrale Kriminalbiologische Sammelstelle ergänzt, die ab 1927 in München bei der »Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie« – einem Thinktank der Rassenhygiene – angesiedelt war. Hier erweiterte sich der Focus. Im Mittelpunkt der erbbiologischen Ausmittlung stand nicht mehr der einzelne Täter, sondern die Untersuchung von Verwandtschaftsverbänden in Hinblick auf Kriminalität und Abweichung. Dahinter schien – schon in Weimar – die Idee einer rassenhygienischen Durchleuchtung des gesamten »Volkskörpers« auf.

Im November 1933 wurde mit dem Gewohnheitsverbrechergesetz schließlich das heute so in die Kritik geratene Instrument der »Sicherungsverwahrung« gefährlicher Täter über das Strafende hinaus geschaffen – ein nationalsozialistisches Gesetz, das aber letztlich nur den Endpunkt einer langen Diskussion um die Strafrechtsreform seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert darstellte. Die »Unschädlichmachung« von Rückfalltätern, die der Jurist Franz von Liszt bereits 1882 gefordert hatte, mündete in der NS-Zeit in die rassehygienische Verfolgung und Ermordung von Straftätern – einer bis heute weitgehend unbekannten Opfergruppe.

Thomas Kailer hat seine Arbeit wissenshistorisch angelegt. Er untersucht die Techniken der Wissensgenerierung, die Rolle von wissenschaftlichen Experten und die Netzwerkarbeit der Rassenhygieniker, das Wechselspiel zwischen kriminologischer Theoriebildung und praktischer Strafvollzugspolitik. Die in den Untersuchungsbögen zu bloßen Fallgeschichten und Kategorien geronnenen Strafgefangenen bleiben bei einem solchen Ansatz verständlicherweise weitgehend unsichtbar. Eine sozialgeschichtlich und anthropologisch orientierte Gefängnisgeschichte, in der die Gefangenen auch als handelnde Menschen vorkommen, ist in der deutschen kriminalhistorischen Forschung immer noch ein Desiderat.●

Frauke Klinge

Thomas Kailer: Vermessung des Verbrechers. Die Kriminalbiologische Untersuchung in Bayern, 1923-1945, Bielefeld 2011, transcript-Verlag, 436 S., 35,80 EUR

Anzeige

PROJEKTE

Südeifel – Landleben im Dorf
Frauengemeinschaft in Gründung hat Platz, Gast oder ganz? Einfach subsistent leben, Garten, Handwerk, Vernetzung, Jahreskreis.
☎(0 65 22) 10 46

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06120 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich**: **A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

**Wir können auch anders!
Leben in der Kommune**

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 23.-25.9.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

Vernetzungstreffen von gemeinsamen Ökonomien / Finanzkooperativen

Wir möchten euch einladen zu einem Vernetzungstreffen und Erfahrungsaustausch mit Menschen, die bereits in einer Gemeinsamen Ökonomie bzw. Finanzkooperative leben. Wir gehen davon aus, dass es einen großen Reichtum an Erfahrungen und Wissen in den einzelnen Finanz-Koops gibt, die aber häufig in der Gruppe bleiben. Dabei sind wir alle vermutlich mit ähnlichen Problemen konfrontiert, bei denen wir voneinander lernen und uns unterstützen könnten.

Auf dem Vernetzungstreffen wollen wir uns einerseits über alltagsrelevante Fragen, wie den Umgang mit Einkommensunterschieden, Kindern in der Gemeinsamen Ökonomie, Erben, getrennte Wohnorte usw. austauschen.

Andererseits stellen sich die Fragen: können wir uns untereinander besser vernetzen? Wäre ein Finanzausgleich zwischen einzelnen Gruppen denkbar? Wollen wir gemeinsam nach außen politischer auftreten? Und was ist überhaupt politisch an Gemeinsamer Ökonomie?

Diese und andere Fragen, die ihr aus Eurer Praxis mitbringt, wollen wir gemeinsam diskutieren. Dazu setzen wir uns vowiegend in Kleingruppen zusammen. Die Themen wollen wir gemeinsam festlegen (siehe auch Seite 11 in dieser Ausgabe)
Schlafplätze bei Privatpersonen, sowie Kinderbetreuung sind auf Anfrage möglich. Für die verbleibenden Kosten streben wir eine solidarische Umverteilung vor Ort an.
Wir freuen uns auf viele TeilnehmerInnen!
Termin: 28.-30.10.2011
Ort: Karoshi, Gießbergstrasse 41-47, Kassel
Information und Anmeldung
(bis Ende September):
ranuk@web.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

ÖSTERREICH

Neuer Kongress 2012

Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: www.solidarische-oekonomie.at

BRD

Forum Solidarische Ökonomie

Vom **7.-9.10.2011** findet in Kassel die Tagung »Forum Solidarische Ökonomie – Kultur der Kooperation« statt. Das Forum soll der Vernetzung der unterschiedlichen Projekte, Initiativen und Einzelpersonen, die in der SÖ tätig sind, dienen.

Info:
www.solidarische-oekonomie.de/
uploads/files/Forum/forumkonzept.pdf

Solidarisch wirtschaften

Vom **16. bis 17.9.2011** veranstaltet die »Initiative Solidarische Ökonomie« gemeinsam mit der Ev. Akademie Bad Boll, ver.di und dem Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung (ZEB) eine Tagung unter dem Titel »Solidarisch wirtschaften – Eine andere Ökonomie ist möglich«.
Wirtschaften zum Wohle der Menschen: Wie diese Vision in die Praxis umgesetzt wird, zeigen bei dieser Tagung Genossenschaften, Dorfläden, selbstverwaltete und von der Belegschaft übernommene Betriebe wie perspektivisch »hessnatur«. Immer mehr Unternehmen und Projekte beweisen, dass selbstverantwortliches, solidarisches, gemeinwohlorientiertes und demokratisches Wirtschaften möglich ist.
Ort: Bad Boll
Anmeldeschluss: 13.8.2011
Weitere Informationen:
www.ev-akademie-boll.de/
index.php?id=142&tagungsid=270311

Solidarische Ökonomie – lohnt sich das überhaupt?
Die PaG-Commons-Tour 2011

Solidarität heißt nicht: die einen spenden, die anderen sammeln ein – sondern es bedeutet das gemeinsame Knüpfen eines wachsenden Netzes gegenseitiger Hilfe. Und das lohnt sich. Für jede und jeden.
Die Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (PaG) besteht aus Stadt- und Land-Projektgruppen und vielen einzelnen Personen. Wir teilen unser Wissen, die praktische Arbeit und wir teilen die EigentümerInnenschaft an den Projektgeländen und -gebäuden. Die Überführung unseres Besitzes in allgemein verfügliche Güter (commons), also die schrittweise Öffnung der Eigentumsverhältnisse ist unser Ziel. Dazu müssen die bestehenden Projekte stabilisiert und ausgebaut und das Netz erweitert werden.
Vielleicht möchtest du einen Beitrag dazu leisten?

Wir laden dich zur PaG-Commons-Tour 2011 ein! Du lernst auf Bustouren die bestehenden Projekte der PaG kennen.
Nachfolgend die verbleibenden zwei Touren:
Am Sonntag, den **17. Juli** wird die Fahrt zur Stadtkommune »aller_Dings« nach Strausberg führen.
Dort lernst du neben dem Projekt der PaG und deren ortsübergreifende gemeinsame Ökonomie die alternative Struktur der Stadt in einem Stadtspaziergang kennen.
Und schließlich erwartet dich am Samstag, den **10. September**, die »Lokomotive Karlshof« bei Templin.
In der Kooperative werden seit fünf Jahren nach dem dort entwickelten Prinzip der »nicht-kommerziellen Landwirtschaft«, also bedarfs- und bedürfnisorientiert, Kartoffeln, Getreide und mehr produziert.
Während der Anfahrten zu den einzelnen Projekten gibt es Gelegenheit, sich über die Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit zu informieren und zu diskutieren. Für die kulinarische Versorgung vor Ort wird gesorgt sein. Was du mitbringen solltest: festes Schuhwerk und jede Menge kritische Fragen.
Abfahrt des Busses ist jeweils um 11 Uhr vor dem Bahnhof Berlin-Gesundbrunnen. Dort wirst du zwischen 18 und 19 Uhr wieder eintreffen. Die Busfahrt ist kostenlos, wir freuen uns aber über Spenden.
Anmeldung:
busfahrt@gegenseitig.de
Weitere Informationen unter:
www.gegenseitig.de

TAGUNG

Gutes Leben für Alle!
Soziale Infrastruktur: Gesundheit, Bildung, Wohnen, Stadt, Mobilität?
Vorschläge für eine radikale Reform

Ob Lehman Brothers oder Hartz IV, ob Lampedusa oder Fukushima: So darf es nicht weiter gehen! In ihrem Text »Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur« hat die Frankfurter AutorInnengruppe links-netz eine radikale Alternative formuliert: Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Wohnen usw. sind als Grundrechte anerkannt. Die Gesellschaft stellt dafür die notwendigen Mittel zur Verfügung. Für alle. Eine solche radikale Reform ließe sich bereits im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse umsetzen. Doch gleichzeitig weist sie darüber hinaus und zielt auf neue Formen der Vergesellschaftung (siehe www.links-netz.de).
Mit der bundesweiten Tagung wollen wir den links-netz-Entwurf reflektieren und konkretisieren. Wir greifen verschiedene lokale und überregionale Debatten (Commons, Grundeinkommen, u.a.) ebenso auf wie verschiedene Praxiserfahrungen. Und wir wollen untersuchen, ob der Entwurf auch in den Ländern des Südens brauchbar ist. Schafft das Konzept tatsächlich gleiche Zugänge für alle? Werden Bildung, Gesundheit usw. dadurch auch besser? Wie sind Menschen an der Ausgestaltung beteiligt? Welchen Raum haben meine individuellen Bedürfnisse?
Termin: 8.-9.7.2011
Ort: Kulturzentrum franz.k, Reutlingen
Anmeldung: zak@buko.info
Tagungs-Infos und Materialien:
www.zak-tuebingen.org

ATTAC

European Network Academy

Das Europäische Attac-Netzwerk lädt zur »European Network Academy for Social Movements« (ENA) vom **9. bis zum 14. August 2011** in Freiburg. Nach der ersten europaweiten Attac-Sommeruniversität, die 2008 in Saarbrücken stattfand, wollen wir einen wichtigen Meilenstein der Erfolgsgeschichte Attacs in einer neuen Periode der Globalisierung und der globalisierungskritischen Bewegung setzen. Begegnungen mit Aktiven aus ganz Europa und vielen anderen Teilen der Welt, über 100 spannende Workshops, zahlreiche Foren, Diskussionsveranstaltungen, interessante Exkursionen, Aktionen vor Ort und ein buntes Kulturprogramm erwarten Euch! Über die Perspektiven der sozialen Bewegungen in Tunesien und Marokko wird es Informationen aus erster Hand geben.
Info: www.ena2011.eu

Sommerakademie 2011 in Österreich »Wirtschaften wie noch nie! Alternative Ansätze in Diskurs und Praxis«

Was kommt nach der Krise? Finanz- und Wirtschaftskrise, Klima- und Energiekrise, Armuts- und Ernährungskrise, sowie letztlich die Demokratiekrise haben tiefe Spuren in der globalen Menschengemeinschaft hinterlassen und manifestieren sich in Sparpaketen, Budgetkürzungen und verstärkten sozialen Spannungen.
Wurden die Zeichen der Zeit erkannt und die politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Weichenstellungen für zukunftsfähige Ökonomien und Gesellschaften gelegt, die ein »gutes Leben für alle« ermöglichen? Anders ausgedrückt: sind wachstumsorientierte und umweltbelastende Wirtschaftssysteme der nachhaltige Weg, oder welche alternativen Wirtschaftsmodelle stehen schon zur Anwendung bereit?
Mit dem Thema »Wirtschaften wie noch nie! Alternative Ansätze in Diskurs und Praxis« hat sich die 10-Jahre-Jubiläums-Sommerakademie von Attac einer besonderen Herausforderung angenommen: Modelle des alternativen Wirtschaftens – wie sie global auch schon vereinzelt existieren – zusammenzuführen und Schritte zu deren Umsetzung zu diskutieren!
Zentrale thematische Ankerpunkte sind daher

- Postwachstumswirtschaft
- Gemeinwohl-Ökonomie
- Commons/Gemeinschaftsgüter
- Solidarische Ökonomie

In der Diskussion über konkrete, alternative Wirtschaftsmodelle wird vor allem eines sichtbar: Eine andere Wirtschaft ist möglich! Ein Wirtschaftssystem, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und am Gemeinwohl orientiert. Den Ziel- und Dialoggruppen wird damit eine Diskussions- und Forderungsgrundlage für ihr jeweiliges Umfeld gegeben und eine schrittweise Umsetzung alternativer Wirtschaftsmodelle im lokalen wie im nationalen und internationalen Kontext ermöglicht.
Die Attac Sommerakademie findet seit 2002 jährlich statt und behandelt in Vorträgen, Diskussionen, Seminaren und Workshops aktuelle Themen im Bereich Globalisierung.
Termin: 13. bis 17.7. 2011
Ort: Graz, Caritas Schulzentrum, Grabenstraße 41
Info: www.attac.at/soak2011.html

BUKO

Wege ans Mittelmeer

Europa lieben alle. Die EU hingegen bleibt für viele innerhalb und außerhalb Europas aber eine schwer durchschaubare, träge und sperrige Figur, von der man sich lieber fernhält. Zu komplex ist die Struktur mit 27 Mitgliedstaaten und diversen politischen Organen, die Entscheidungsprozesse sind nicht transparent und selbst nach bürgerlich-liberalen Vorstellungen alles andere als demokratisch und partizipativ. Über die »EU-Politik« wird in den Medien nicht immer viel berichtet; sie ist deswegen weniger Gegenstand öffentlicher Diskussion als nationale Politik. Ungeklärt ist bisher, wo und wie über die europäische Dimension von Politik und ihre Auswirkungen auf unser alltägliches Leben diskutiert werden kann.
Auch für soziale Bewegungen steht »Europa« und die Rolle der EU in der Welt in den letzten Jahren nicht weit oben auf der politischen Agenda. Unseres Erachtens müssen soziale Bewegungen neu Position beziehen und sich ins politische Handgemenge begeben, wenn es um die Themen EU und EU-Außenpolitik geht.
Das Seminar der »Bundeskoordination Internationalismus« soll zu einer solchen Positionierung beitragen. Auch angesichts der für viele in Europa überraschenden Revolten, in denen sich seit Januar fast alle Länder Nordafrikas und der arabischen Welt befinden wird deutlich, wie sehr es einer Analyse fehlt und einem differenzierten Blick auf das Verhältnis von Europa und seinen südlichen Nachbarn, den Ländern des Mittelmeerraumes mangelt. Der Raum um das Mittelmeer, der in unmittelbarer geographischer Nähe zur EU liegt, ist für die EU von besonderer Bedeutung. Auf ihn konzentriert sich das Seminar, dort wollen wir ansetzen. (...)
Termin: 4.-10.9.2011
Ort: Salecina (Schweiz) www.salecina.ch
Das Seminar findet in dem selbstverwalteten Tagungshaus Salecina im Kanton Graubünden statt. Wir werden selbst einkaufen, kochen und putzen. Wir gehen davon aus, dass der Teilnahmebeitrag bei 50-120 Euro (Selbsteinschätzung) liegt. Fahrtkosten müssen die TeilnehmerInnen selbst tragen. Aber wie immer gilt dabei das BUKO-Motto, dass die Teilnahme nicht am Geld scheitern soll.
Info: www.buko.info

JUNGE LINKE

Kapitalismus abschaffen, Schlaraffenland aufbauen!
...oder war da noch was? – Über das Verhältnis von Ökonomie und (anderen) Herrschaftsstrukturen

Sind marxistische Vokabeln wie »Proletariat«, »Klassenkampf«, »Ausbeutung« und »Entfremdung« angesichts der Entwicklungen in den westlichen Industrieländern im 20. Jahrhundert nicht inzwischen völlig unbrauchbar, um gegenwärtige gesellschaftliche Verhältnisse zu begreifen? Und verkennt marxistisches Denken nicht die Eigendynamik anderer gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse wie beispielsweise lechtverhältnisse, Heteronormativität und Rassismus völlig verkennt?
In diesem Seminar wollen wir uns neuere materialistische Ansätze anschauen, einen Abstecher in die feministische Ökonomie wagen und uns Stimmen im antikapitalistischen Diskurs zuwenden, die die Verschränkung von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und das Fortwirken kolonialer Strukturen betonen.
Fragen, denen wir dabei folgen, sind beispielsweise, welche neomarxistischen Erklärungen es für die relative Stabilität des Kapitalismus und die (vorübergehende?) »Bändigung« des Klassenkonflikts in den westlichen »Wohlfahrtsstaaten« gibt? Lassen sich heutige Klassenverhältnisse nicht viel eher als Ausbeutungsverhältnis zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden begreifen? Wie sind Selbstbilder und Ökonomie miteinander verknüpft und welche Verschiebungen gab es in diesem Bereich in den letzten Jahren? Wie werden Ungleichheiten immer wieder neu hergestellt und legitimiert?
Termin: 8.-10.7.2011, Fronhausen
Anmeldung: info@jdjl.org
Info: www.jdjl.org

TAGUNG

»Transformationen der Lebensweise«

Ein Ziel der Tagung »Transformationen der Lebensweise – Wissen um Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus« besteht darin, vor dem Hintergrund aktueller Auseinandersetzungen und wissenschaftlicher Einsichten einige Ansatzpunkte radikaler Transformation genauer benennen zu können. Dafür wollen wir AkteurInnen aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Spektren zusammen bringen.
Die Tagung wird veranstaltet vom Renner-Institut und Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien mit Unterstützung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung.
Termin: 8.-9.7.2011, Wien
Info:
http://alternativentagung.
wordpress.com/

KULTUR

Markt der Möglichkeiten

Seit 15 Jahren gibt es die Kulturtage auf den Tübinger Wagenplätzen Kuntabunt und Bambule. Die WagenbewohnerInnen freuen sich darauf, Gästen ihre alternative Lebensform nahezubringen. Statt einer großen Bühne wird es mehrere dezentrale Veranstaltungen am Platz geben.
Termin: 22.-24.7.2011
Info: www.kububabu.de

Musikfestival

In einem schmucklosen Plattenbau im Berliner Stadtteil Marzahn, sinnigerweise in der Frank-Zappa-Straße gelegen, haben Musiker in Eigenregie das wahrscheinlich größte selbstverwaltete Musikprojekt der Welt gegründet. »Die lauteste Platte der Stadt«, beherbergt auf dem ehemaligen Gelände des DDR-Film-, Tonband und Kassettenherstellers ORWO, 100 Proberäume für 200 Bands mit insgesamt 800 Musikern. Das Highlight des Jahres ist das ORWOhaus-Festival, das am **8. und 9. Juli** zum vierten Mal stattfindet. Auf drei Bühnen ist Innovatives aus Rock, Pop, Elektro, Hip-Hop und Experimentalmusik zu entdecken.
Info: www.orwohaus-festival.de

SOMMERCAMPS

Ferien von Deutschland machen

Dieses Jahr wird zum vierten Mal das Sommercamp der *jungen linken* in Niedersachsen stattfinden. Und nun gibt es auch für all die Menschen, die immer so weit fahren mussten oder die das auch abschreckte: Das Sommercamp im Süden der BRD.
Termin Niedersachsen:
28.7. bis 4.8.2011
Termin Baden-Württemberg:
26. bis 30.8.2011
Mehr Info:
www.junge-linke.org

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
www.contraste.org/terminka.htm

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg